

71/KOMM XXIII. GP

Kommuniké

des Untersuchungsausschusses betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen (1/GO XXIII. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll (1/GO) 35. Sitzung, 15.05.2007 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen hat am 13. Juni 2007 auf Antrag der Abgeordneten Dr. Günther **Kräuter**, Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter**, Mag. Werner **Kogler**, Mag. Ewald **Stadler** und Mag. Gernot **Darmann** einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

TONBANDABSCHRIFT
Untersuchungsausschuss
betreffend
Beschaffung von Kampfflugzeugen

35. Sitzung / öffentlicher Teil

Dienstag, 15.05.2007

Gesamtdauer der Sitzung:

09:13 Uhr – 18:12 Uhr

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2007 06 14

Jochen Pack
Schriftführer

Dr. Peter Pilz
Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

betreffend

Beschaffung von Kampfflugzeugen



TONBANDABSCHRIFT

35. Sitzung/ öffentlicher Teil

Dienstag, 15. Mai 2007

Gesamtdauer der 35. Sitzung:
9.13 Uhr – 18.12 Uhr

Lokal VI

Beginn der Sitzung: 9.13 Uhr

Obmann Dr. Peter Pilz: So, schönen guten Morgen, bitte die Positionen einzunehmen, nachdem wir, ich schaue nur kurz in der Runde, ob irgendwas geschäftsordnungsmäßig zu besprechen ist, wenn das nicht der Fall ist, dann ersuche ich, Herrn Lohberger als erste Auskunftsperson in den Saal zu bitten, und einen kurzen Schwenk der Kameras zuzulassen. So, danke schön, noch einmal danke schön. So, Wir kommen nun noch zur Anhörung von Herrn Dr. Lohberger als Auskunftsperson. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre Pflicht zur Angabe der Wahrheit und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Wir kommen zur Ihren Personalien, bitte das Mikrofon zu benützen, und immer da auf die Taste zu drücken, wenn es rot leuchtet, dann sind Sie auf Sendung. Ihr vollständiger Name lautet?

Dr. Rudolf Lohberger: Rudolf Lohberger.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihr Geburtsdatum?

Dr. Rudolf Lohberger: 9.7.1949.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihre Anschrift?

Dr. Rudolf Lohberger: 1050 Brüssel, Rue de la Vallee 35.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und Ihr Beruf?

Dr. Rudolf Lohberger: Angestellter der Wirtschaftskammer Österreich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich bediensteter?

Dr. Rudolf Lohberger: Nein, immer nur bei der Wirtschaftskammer.

Obmann Dr. Peter Pilz: Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte auf eine konkrete Frage hin, einer dieser Gründe Ihrer Meinung nach schlagend werden, wenden Sie sich bitte an den Verfahrensanwalt, der neben Ihnen sitzt, oder an mich, werden wir die weitere Vorgangsweise besprechen. Vor Eingang in die Befragung haben Sie das Recht auf eine persönliche Erklärung zum Beweisthema. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen?

Dr. Rudolf Lohberger: Ja, vielleicht ganz kurz, ich bin zuständig für den Bereich Gegengeschäfte in der Wirtschaftskammer Österreich. Da gibt es die AG

Offset. Dort bin ich Geschäftsführer, und bin Mitglied der Plattform Gegengeschäfte im Wirtschaftsministerium.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke schön. Weil wir heute wieder tonbandabhängig sind, gilt wieder die Regel, alle Mitglieder des Ausschusses, wenn sie mit ihren Fragestellungen beginnen, bitte um eine deutliche Namensnennung. Beginnen tut die ÖVP, die Frau Kollegin Fekter, die jetzt gleich sagen wird, wie sie heißt, bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Meine Stimme glaube ich ist denen, die die das Tonband abschreiben, im Zweifel bekannt, und wenn es einen

Zwischenruf gibt, kommt der im Zweifel von mir. Also, einen schönen guten Morgen wünsche ich auch, Herr Lohberger. Können Sie uns erläutern, wie die ARGE Offset gestartet ist, mit welchen Aufträgen sie gestartet ist, wie man das organisiert hat, und was ganz konkret den Arbeitsbereich der ARGE Offset darstellt?

Dr. Rudolf Lohberger: Die ARGE Offset wurde nach Vertragsunterfertigung EADS mit dem Verteidigungsministerium respektive dem Gegengeschäftsvertrag gestartet, das war im Herbst, oder im Spätsommer 2003 und, wo effektiv begonnen wurde mit den Arbeiten, mit dem Vorbereitungsarbeiten, dazu gab es ja bereits vorher, die ARGE Offset gehört der Wirtschaftskammer Österreich und den Regionalkammern. Es sind auch noch dabei das Verteidigungsministerium, Wirtschaftsministerium, und BMVIT. Aufgabe ist die Moderation zwischen den Gegengeschäftsverpflichteten, im Plural, und der österreichischen Wirtschaft.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sind Sie, jetzt sage ich einmal, vor diesem Zeitpunkt, also vor der Vertragsunterfertigung, die war ja im Juli 2003, in dieser Causa in irgendeiner Form bereits tätig geworden?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich bin in dieser Form, für Vorbereitungsarbeiten, tätig geworden, die Plattform Offset und vorher ein Beirat hat ja vor diesem Zeitpunkt ja bestanden und wir haben uns auf die Gegengeschäfte dementsprechend vorbereitet.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wie war die Anbahnung einerseits Gegengeschäftspartner EADS und dann die Anbahnung passende Gegengeschäftspartner in Österreich zu finden? Wie geht man da vor?

Dr. Rudolf Lohberger: Das hat eigentlich erst nach der Vertragsunterzeichnung begonnen. Wir haben, beginnend, glaube ich, mit Wien, in den Bundesländern so genannte Offset-Konferenzen veranstaltet, wo wir die Gegengeschäftsverpflichteten eingeladen haben und über die Landeskammern oder Regionalkammern die Veranstaltung ausgeschrieben haben. Das war Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, dann in Vorarlberg glaube ich war es in Feldkirch, ja, in Klagenfurt und Graz, Burgenland haben wir mit Wien mitgemacht, und Niederösterreich. Und dort haben sich die Gegengeschäftsverpflichteten vorgestellt, haben die Produkte mehr oder weniger präsentiert, die verbundenen, die damit verbundenen Unternehmen und nach dieser Vorstellungsrunde gab es dann Einzelgespräche mit verschiedenen Wirtschaftsbetrieben.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie haben gesagt, Moderation zwischen den Partnern. Ist die ARGE auch für Kontrolle zuständig?

Dr. Rudolf Lohberger: Nein.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, die ARGE bringt nur die Leute zusammen, kontrolliert aber nicht, was ein Gegengeschäft ist?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich habe Sie akustisch nicht verstanden.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die ARGE, kontrolliert die ARGE in Hinblick auf die Geschäftstätigkeit, ob es sich um eine Gegengeschäft handelt? Weil nicht alles, was ein Geschäft ist, ist ein Gegengeschäft.

Dr. Rudolf Lohberger: Nein.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Können Sie uns dann erläutern, welche Kriterien für ein Gegengeschäft gelten?

Dr. Rudolf Lohberger: Die Kontrolle liegt beim Wirtschaftsministerium. Da gibt es die Abteilung, die sich um diese Offset-Geschäfte kümmert. Es wurden offenbar im

Gegengeschäftsvertrag die Kriterien festgelegt. Den Gegengeschäftsvertrag kenne ich nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): In welchen Branchen oder mit welchen Technologieschwerpunkten sind Sie in diese, sage ich jetzt einmal, Informationsveranstaltungen gegangen?

Dr. Rudolf Lohberger: Die Technologieschwerpunkte ziehen sich eigentlich quer durch den Technologie- und Hochtechnologiebereich. Wenn ich heute zurückblicke, dann ist natürlich doch ein Schwerpunkt in der Luftfahrt. Natürlich auch im automatisierten Bereich. Okay. Und es gibt auch verschiedene Technologieprojekte. Die laufenden Ausbildungsprojekte betrifft aber jetzt, was die Information und die Teilnahme an solchen Sitzungen betrifft, betrifft es nicht mehr mich, weil wir daran nicht teilnehmen. Aber Schwerpunkt sind eben Software, Flugzeugtechnologie, automatische Technologie, Triebwerke, Motoren, und so weiter. Also ich habe mich dann auch nicht so detailliert mit den Inhalten bei den Abwicklungen, die ja von der, in der Plattform sehe, auseinandergesetzt, es sind ja unzählige, also ich bin da nicht in die Tiefe gegangen, weil mir das ja nichts bringt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es hat ja ganz zu Beginn auch kritische Stimmen gegeben, und zwar sind plötzlich Firmen in der Liste der Gegengeschäfte aufgetaucht, die dann gesagt haben, wir haben ja gar kein Gegengeschäft gemacht. Wie war das, wie kann das passieren? Wie bahnt man das an und wie, sage ich jetzt einmal, trennt man die Spreu vom Weizen, was ein Gegengeschäft ist, und was keines ist? Können Sie uns da ein bisschen Details sagen?

Dr. Rudolf Lohberger: Wir haben nach diesen Konferenzen in und mit den Telefonanfragen knapp, tausend waren es nicht, aber unter tausende Anfragen behandelt oder bearbeitet, mit denen ist man auf uns zugekommen, und da gibt es dann welche, die für uns klar sind, also von den Sachinhalten her, wo wir Auskunft gegeben haben und die Verbindung zu EADS hergestellt haben. Dann gab es aber welche, die direkt hinausgefahren sind. Ich meine, es haben bei uns Heurigenwirte genauso angerufen, wo wir gesagt haben, bitte, das ist sinnlos, das hat da nichts verloren dabei. Aber schlussendlich, wenn man, wie man eine grobe Selektion gemacht hat, hat man die dann doch weiterverwiesen ans Wirtschaftsministerium, weil uns ja, wie bereits erwähnt, die Vertragsinhalte nicht bekannt waren und bis heute nicht bekannt sind.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich habe eine, Sie erwähnt vorhin, dass Sie bereits vor der Vertragsunterfertigung, hat es diesen Beirat gegeben, wo man sich dann darum gekümmert hat. Gab es den auch schon vor der Typenentscheidung?

Dr. Rudolf Lohberger: Sie meinen jetzt Anfragen, oder?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Na ja, die ARGE ist ja erst nach Vertragsunterfertigung konstituiert und tätig geworden. Aber es hat ja bereits vorher schon Kontakte, Informationen, Erfahrung mit Gegengeschäften gegeben. Wir haben ja früher auch Gegengeschäfte gehabt. Waren Sie in den früheren Gegengeschäften involviert?

Dr. Rudolf Lohberger: Es hat also diese Konstruktion, wie sie jetzt existiert, nicht gegeben. Es hat einen Beirat gegeben im Wirtschaftsministerium, der vielleicht, ich weiß es jetzt nicht mehr genau, einmal im Jahr, alle zwei Jahre einmal getagt hat und diese Konstruktion, die jetzt am Tisch liegt, die gab es in dieser Art vorher nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bei dem Beirat, Sie waren ja in diesem Beirat, der hat ja die früheren Gegengeschäfte abgewickelt. Da sind ja hauptsächlich Gegengeschäfte mit schwedischen Konzernen involviert gewesen, oder?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich bin am 1. Juni 1999 in die Wirtschaftskammer gekommen und zu diesem Zeitpunkt waren die Gegengeschäfte, die Sie jetzt ansprechen, nicht relevant, zumindest bin ich nicht damit konfrontiert worden.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, die Draken-Gegengeschäfte waren abgeschlossen und bezüglich anderer Beschaffungsvorgänge hat es dann keine intensiven Gegengeschäftsaktivitäten mehr gegeben?

Dr. Rudolf Lohberger: Richtig.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Kontaktaufnahme. Weil Sie gemeint haben, Sie haben das sozusagen moderiert. Das heißt, die Veranstaltungen in den Bundesländern, in den Länderkammern organisiert, die in Frage kommenden Betriebe angeschrieben, diese Einladungen ausgesprochen, das ist klassische Aufgabe der Wirtschaftskammer im Hinblick auf solche Veranstaltungen. Was muss man sich dann noch dazu vorstellen? Hat dort jemand von EADS referiert oder hat irgendwer eine Powerpoint gemacht im Hinblick auf Gegengeschäfte? Oder was ist dort in Wirklichkeit den Betrieben übermittelt worden? Was war die Message?

Dr. Rudolf Lohberger: Man muss glaube ich unterscheiden zwischen den Offset-Konferenzen, die wir gemeinsam mit den Gegengeschäftsverpflichteten, nämlich mit den Konsozialpartnern auch veranstaltet haben. Dort gab es Powerpoint-Vorträge, die einzelnen Gegengeschäftsverpflichteten auf der einen Seite und auf der anderen Seite gab es dann die Einzelgespräche mit den österreichischen Firmen, die sich für diese Gegengeschäftsveranstaltungen in Wien oder den Bundesländern angemeldet haben. Wir haben natürlich diese Veranstaltungen ausgeschrieben. Wir haben darauf hingewiesen, und so kamen diese Kontakte als Ableitung aus den Konferenzen zustande.

Zweitens gab es natürlich auf Grund der Publizität dieser Beschaffung eine Menge persönliche Kontakte und Telefonkontakte, denen wir dann die Verbindung zu EADS hergestellt haben.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Würden Sie die Gegengeschäftsidee, so wie wir sie durchgezogen haben und wie die österreichischen Unternehmen davon profitiert haben, als Erfolg bezeichnen, auch im Hinblick auf das Ziel und die Größenordnung?

Dr. Rudolf Lohberger: Aus heutiger Sicht, es gibt jetzt die Abrechnung 2006, muss ich sagen, ja, das ist bis jetzt zumindest ein Erfolg, doch mit einigen Hürden, auf die ich gerne noch Bezug nehme, vor allem in der Luftfahrtindustrie glaube ich, dass es eine große Chance gegeben hat, die wir eben dabei sind, wahrzunehmen. Ich spreche von dem Teil, der die gewerbliche Wirtschaft betrifft. Ich spreche nicht von dem Teil, der die Forschung und Entwicklung betrifft, weil es hier eine eigene Arbeitsgruppe gibt, in der ich nicht drinnen bin, und deshalb auch darüber nicht urteilen kann. Dasselbe gilt für den Bereich des Bildungsbereiches. Da haben wir uns als Wirtschaftskammer oder als ARGE Offset nicht damit detailliert auseinandergesetzt, sondern nur in dem Ausmaß, wie es eben die Firmen betrifft. Was jetzt die Luftfahrt betrifft, so ist es nicht so sehen, dass man jetzt dasteht und sagt, jetzt verteilt man regelmäßig oder mit irgendeinem System über die österreichische Wirtschaft Aufträge, sondern die Latte liegt hier deshalb sehr hoch, weil die qualitativen Anforderungen also doch sehr beachtlich sind und wir dann doch aufgefordert waren, den Betrieben mit Zertifizierungen zu helfen

und unter die Arme zu greifen, weil ohne Zertifizierung kann das Produkt in eine Flugzeug nicht eingebaut werden. Und da gab es doch sehr viele Hürden zunehmen, vor allem deshalb, weil wir dann versucht haben, eine Zertifizierung für die Firmen vorzuschlagen oder den Firmen zu empfehlen, die für die Firmen auch die Möglichkeit bietet, an andere Luftfahrzeugehersteller zu liefern. Das läuft gerade, die ÖQS hat ein solches Programm auf die Beine gestellt und ist heute in der Lage, Betriebe unabhängig von Airbus zu zertifizieren, sodass man sagen kann, über diese Achse hat man es geschafft, dass die Industrie, die sich jetzt etabliert, auch an andere Unternehmen wie Airbus liefern kann. So gesehen hat man eine Chance damit wahrgenommen. Aus meiner Sicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, der Technologiezugang und die Eröffnung neuer Märkte haben Synergien für Österreich gebracht.

Dr. Rudolf Lohberger: Wie ich es eben beschrieben habe. Ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es wird ja immer vom Ausstieg medial berichtet. Hat die ARGE Offset schon einmal seriös darüber diskutiert, im Hinblick auf die Folgen, was das für die Gegengeschäfte bedeuten würde?

Dr. Rudolf Lohberger: Wir beschäftigen uns intensiv damit, nämlich mit der Moderation, sodass wir unsere Betriebe mit Informationen versorgen. Ich möchte mich aber und kann mich auch auf Spekulation, was ist wenn, da nicht einlassen, weil mir einfach auch die Grundlagen dazu fehlen. Fest steht, dass ausgelieferte Verträge, das kann ich mir nicht vorstellen, wie das reversibel ist. Wir haben in etwa darüber hinaus rund eine Milliarde Euro an Kontrakten laut Auskunft Wirtschaftsministerium, aber das können ja die Herren wahrscheinlich viel besser beantworten wie ich. Wie das auf dieser Seite ausschaut, ob es hier Stornomöglichkeiten gibt, wird schlussendlich nur der betroffene Industriebetrieb beantworten können.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Kräuter, bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Dr. Lohberger! Einen Tag, nachdem dieser Untersuchungsausschuss eingesetzt wurde, hat die Wirtschaftskammer Österreich folgendes veröffentlicht:

„Wirtschaftskammer in Beschaffung überhaupt nicht involviert. Reinhold Mitterlehner, stellvertretender Generalsekretär der WKÖ stellt fest, dass die Wirtschaftskammer weder direkt noch indirekt in die Beschaffung der Eurofighter inklusive der Typenentscheidung eingebunden war. Im Rahmen der Beschaffung gab es weder eine formale Rolle für die WKÖ, noch eine Einflussnahme in Form von Intervention für den Anbieter. Erst nach der Typenentscheidung für den Eurofighter Typhoon im Jahr 2002 hat die WKÖ ...“ und so weiter, und so weiter.

Ich möchte Ihnen da ein Schreiben zeigen, ich kann es Ihnen auch gerne vorlegen, von der Wirtschaftskammer Österreichs, Sie haben es unterschrieben, an den Herrn Divisionär Spinka, wo Sie sagen:

„Wir erlauben uns höflichst mitzuteilen, dass die Firma EADS-Eurofighter durch Ihren Generaldirektor, Herrn Aloysius Rauen, mitgeteilt hat, dass Herr Erhard Steininger ihr offizieller Repräsentant für Österreich in Bezug auf die Beschaffung Abfangjäger ist.“

Soll ich Ihnen das vorlegen? Wollen Sie das Schreiben?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich kenne dieses Schreiben. Es ist schlussendlich dann auch im letzten „News“ abgebildet.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Folgende Frage dazu: Das Schreiben ist ja vom Dezember 2001, also ganz entgegen von der Wirtschaftskammer, dass man auch nicht formal etwas zu tun hat in der Typenentscheidung, schreiben Sie da. Wann hat Sie der Herr Aloysius Rauen eigentlich aufgefordert, das hohen Militärs mitzuteilen, dass Herr Steininger offizieller Repräsentant ist?

Dr. Rudolf Lohberger: Herr Rauen war wie andere Firmen genau so in der Wirtschaftskammer bei mir, und es war unklar, während es bei den anderen klar war, wer EADS mit dem Produkt Eurofighter vertritt. Und zu dem Zeitpunkt Anfang, Mitte November 2001 konnte mir Rauen die Fragen nicht beantworten. Allerdings hat er gesagt, er wird das abklären und sobald sie eine Entscheidung gefunden haben oder getroffen haben, wird er mich davon in Kenntnis setzen. Es hat dann Information gegeben von Seiten EADS, ob das jetzt Rauen war oder aus einem seinem Umfeld, kann ich mich nicht mehr erinnern, und ich wurde auch ersucht, die Herren zu informieren was ich auch getan habe. Und ich kann aber keine Intervention für Eurofighter aus diesem Schreiben ableiten oder sehen. Wenn Sie es ableiten, dann war es sicher nicht meine Absicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich habe nur vorgelesen.

Dr. Rudolf Lohberger: Ich glaube, das ist nicht der Fall.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Dr. Lohberger! Ich habe nur eine Frage vorgelesen was die Wirtschaftskammer Österreich dazu gesagt hat. Ich habe gar nichts dazu unterstellt. Hat man Ihnen gesagt, wem Sie das mitteilen sollen beim Bundesheer beziehungsweise wie sind Sie darauf gekommen, genau diese Zeilen dem Herrn Divisionär Spinka und dem Herrn Mag. Wall mitzuteilen?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich habe es auch noch dem, soweit ich mich erinnern kann, dem Chef des Sektion 4, dem General Corrieri mitgeteilt, weil ich eben ersucht worden bin. Ich habe mir das nicht einfach zusammengedacht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, also Sie sind ersucht worden, namentlich genannten hohen Militärs mitzuteilen, dass der Herr Steininger der offizielle Repräsentant von der Firma EADS ist?

Dr. Rudolf Lohberger: Richtig und das habe ich dann gemacht. Ob das Rauen war oder ich kann es Ihnen leider nicht mehr sagen, wer das war. Ich weiß es schlicht und einfach nicht mehr. Ich kann mich nur mehr erinnern auf das Gespräch wie die Situation unklar war und das danach weiß ich beim besten Willen nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Welche Gegenleistung war verknüpft mit dieser Vermittlungsleistung der Wirtschaftskammer?

Dr. Rudolf Lohberger: Also ich sehe keine Vermittlungsleistung, sondern Information, die ich gegeben habe und es gibt keine Gegenleistungen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie nicht, ich meine das war ja immerhin ein halbes Jahr vor der Typenentscheidung, haben Sie auch für andere Firmen solche Vermittlungen gemacht oder nur für Eurofighter EADS?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich muss noch einmal sagen, ich sehe das nicht als Vermittlung in irgendwelcher Art. Sondern ich habe eine Information auf Ersuchen weitergegeben und hätte mich ein anderes Unternehmen darum ersucht, hätte ich es genauso gemacht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber Sie haben es nur für EADS Eurofighter gemacht?

Dr. Rudolf Lohberger: In diesem Fall, nachdem diese Information offen war.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja. Hat Sie die Firma EADS oder die Eurofighter Jagdflugzeuge GmbH ersucht, Steininger als offiziellen Repräsentanten zu nennen?

Dr. Rudolf Lohberger: Die Firma EADS, und ich habe mir das Schreiben natürlich bevor ich hier herging noch einmal genau angeschaut. Ich habe auch nicht die Eurofighter GmbH genannt, sondern die Firma EADS und das Produkt erwähnt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Geschrieben ist Firma EADS-Eurofighter.

Dr. Rudolf Lohberger: Ja.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Dr. Lohberger! Eines habe ich noch nicht ganz mitbekommen, also die Adressaten sind Ihnen genannt worden von Herrn Rauen oder jemand anderen.

Dr. Rudolf Lohberger: Oder irgend jemand, der EADS.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Die sind Ihnen genannt worden. Also dass Sie das an den Herrn Spinka, an den Herrn Wall und den Herrn Corrieri, also nur an diese drei?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich muss nachschauen, vielleicht habe ich es hingeschickt, das weiß ich jetzt nicht auswendig.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, ist das mündlich an Sie her oder hat man Ihnen da eine Liste geschickt, an wen Sie das mitteilen sollen?

Dr. Rudolf Lohberger: Das ist soviel ich weiß telefonisch geschehen, weil sonst gäbe es einen Schriftverkehr. Den habe ich mir durchgeschaut.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Jetzt ganz einfach, um mir das vorzustellen. Sie sind angerufen worden von entweder Rauen oder sonst jemand von EADS mit dem Ersuchen, ganz bestimmten namentlich aufgezählten Militärs mitzuteilen, dass der Herr Steininger offizieller Repräsentant ist in Österreich?

Dr. Rudolf Lohberger: Ja. Ich habe das bereits gesagt und habe dem eigentlich nichts mehr hinzuzufügen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja eine andere Frage, weil Sie gerade vorher gesprochen haben von Profil oder News, da ist von einer gemeinsamen Firma, die Sie mit dem Herrn ehemaligen FPÖ-Finanzchef Neudeck innehaben oder hatten. Harmlos sagen beiden. Können Sie das harmlos ein bisschen näher definieren?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich kann das ganz genau definieren. Es gab einen Insolventenbetrieb in Sankt Lamprecht in der Steiermark. Dort habe ich Teil meines Berufslebens verbracht und aus der Insolvenz haben Herr Neudeck und ich die Liegenschaft gekauft, fremdfinanziert zum Zwecke der Vermietung und Verpachtung. Das haben wir dann auch gemacht. Uns ist leider der Mieter in Konkurs gegangen. Jetzt steht die Sache leer, und wir suchen weiter Mieter. Sind aber weder mit EADS noch mit irgendeinem anderen aus diesem Umfeld in Verbindung. Und es gibt auch, ich möchte auf den Konkursakt des Landesgerichtes Leoben verweisen. Masseverwalter war der Dr. Scherbaum. Wenn Sie sich das dort anschauen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ist bei dieser Firma in welcher Form auch immer Beteiligung oder so, sind da weitere Politiker irgendwie die dabei sind, der Herr Scheibner zum Beispiel, weil man das immer wieder hört?

Dr. Rudolf Lohberger: Also ich kenne den Herrn Neudeck schon sehr sehr lange und das hat weder mit der politischen Tätigkeit was zu tun, sondern eher damit, dass er im Immobilienbereich tätig war.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Können Sie über Ihre Funktion im Rahmen der NATO ein bisschen was erzählen?

Dr. Rudolf Lohberger: Also in der NATO habe ich keine Funktion, sondern an der Außenhandelsstelle in Brüssel betreue ich den Bereich Sicherheit. Da gehört dazu die Europäische Verteidigungsagentur. All das was unter NATO-PfP läuft.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Klar, Sie sind bei der Botschaft in Brüssel für die NATO zuständig als Cancellor for Industrial Affairs, nicht?

Dr. Rudolf Lohberger: Ja.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, ich wollte das nur irgendwie festmachen, weil Sie das vergessen haben vorher zu erwähnen bei Ihren Tätigkeiten. Aber Sie sind für die NATO zuständig in Brüssel?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich bin zuständig für den Bereich NATO-PfP und ich bin zuständig für die Europäische Verteidigungsagentur Eder.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich wollte nur, dass wir das im Protokoll haben. Die Frau Keglevich spielt natürlich eine zentrale Rolle bei den Gegengeschäften. Haben Sie das schon vor dem Jahr 2000 gekannt oder 2001?

Dr. Rudolf Lohberger: Nein.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wann haben Sie die Frau Keglevich das erste Mal kennengelernt? Ist Sie Ihnen vorgestellt worden als Lobbyistin für EADS Eurofighter?

Dr. Rudolf Lohberger: Die Frau Mag. Keglevich war tätig für die Wirtschaftskammer Österreich oder für Fachverbände und ich habe Sie kennengelernt um den, muss gewesen sein 2002/2003.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja.

Dr. Rudolf Lohberger: Aber vielleicht später Frühjahr sicher nicht. Kann mich aber dezidiert nicht mehr erinnern. Sie ist in einer Besprechungsrunde einmal mit EADS dabei gewesen, dort vorgestellt worden, soweit ich mich erinnern kann. Aber das Datum weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Hat sie bei einzelnen Gegengeschäften eine Vermittlerrolle gespielt FACC zum Beispiel? Ich sage Ihnen dazu,

Dr. Rudolf Lohberger: Soweit mir bekannt ist,

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Weil Bergner hat nämlich gesagt, der Herr Stefan hat Sie eigentlich vorgeschlagen. Das sollte man auch dazu wissen.

Dr. Rudolf Lohberger: Das kann ich weder bestätigen noch dementieren, weil mir hat der Stefan gar nichts vorgeschlagen und ich habe auch nicht darüber befunden was sie macht und was sie tut, sondern sie ist mit EADS mitgekommen und für meinen Bereich, den ich habe, ist sie nicht aktiv geworden. Und Vermittlungstätigkeit, ob sie eine gehabt hat oder eine hat, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Da können Sie keine Angaben machen?

Dr. Rudolf Lohberger: Nein.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie mit dem Herrn Ott Kontakt gehabt von der Firma Ott GmbH? Kennen Sie den Herrn Ott?

Dr. Rudolf Lohberger: Also nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber Sie wissen schon, wer der Herr Ott ist? Nicht?

Dr. Rudolf Lohberger: Nein ich muss Sie bitten, dass Sie mir das erklären. Ich weiß nicht, wer das ist.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Von der Ott GmbH. Ott mit doppel T

Dr. Rudolf Lohberger: Ah Ott.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Der auch tätig war für Öffentlichkeitsarbeit für EADS, Eurofighter. Den müssen Sie eigentlich...

Dr. Rudolf Lohberger: Kann sein aber ist mir nicht mehr geläufig. Aber ich schließe nicht aus, dass er auch einmal dabei war. Da sind so viele Leute von EADS aufgetaucht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber Sie haben keine näheren Kontakte gehabt? Um das geht es mir.

Dr. Rudolf Lohberger: Nein, weder gehabt noch...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Der Herr Kurt Lukasek. Ist Ihnen der ein Begriff? Der hat ja bei MAM eine Rolle gespielt bei dem Gegengeschäft angeblich? Ist Ihnen der Herr Kurt Lukasek bekannt?

Dr. Rudolf Lohberger: Nein ist mir auch nicht bekannt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nicht bekannt.

Dr. Rudolf Lohberger: Nein, also nicht bewusst bekannt. Vielleicht war er wo mit, das weiß ich nicht, aber...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ganz eine allgemeine Frage. Man hört immer wieder, dass bei Gegengeschäften Provisionen bezahlt werden. Wer ein Gegengeschäft „einfädelt“ oder vermittelt, hat Provisionsanspruch. Wie muss man sich das vorstellen? Wie hoch sind solche Provisionen?

Dr. Rudolf Lohberger: Weder ich persönlich noch das Haus Wirtschaftskammer, so weit ich das kenne, hat mir irgendwelchen Provisionen oder Zahlungen oder Sponsoring zu tun. Was jetzt die Arge Offset betrifft, ist es so, dass wir jegliches Sponsoring im Gesellschaftsvertrag der Arge Offset ausschließen, sondern es gibt reine eine Finanzierung durch die Wirtschaftskammern. Es gibt auch kein Sponsoring von Offset Begünstigten oder verpflichteten bei irgendwelchen Veranstaltungen. Weil das ist Wirtschaftskammer Österreich.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich wollte jetzt gar nicht mich auf die Wirtschaftskammer konzentrieren, sondern wenn jetzt irgendein Gegengeschäft, sei es von irgendeiner Firma, die im Technologiebereich etwas anbietet, ein Vermittler, ein Gegengeschäft eben zustande bringt, nicht wahr? Dann dem Wirtschaftsministerium vorgelegt wird, ist es richtig, dass es da Provisionen gibt?

Dr. Rudolf Lohberger: Von mir kommt hier aus meiner Tätigkeit und aus meiner Sicht ein klares Nein.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das ist Ihnen nie untergekommen?

Dr. Rudolf Lohberger: Nein.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Dann darf ich Ihnen etwas vorlesen Herr Dr. Lohberger?

Dr. Rudolf Lohberger: Bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Bei mir beschwert sich schon im Jahr 2005 jemand, der sagt. In meiner eigenen Sache die Voest Alpine betreffend wurden mir von EADS 3 Prozent Vermittlungshonorar nach Maßgabe der von BMWA anerkannten Auftragssummen zugesagt. Das BMWA wurde am 25. Juli 2002 diesbezüglich informiert. Ich meine Sie sind ja die zentrale Schlüsselstelle für das Ganze. Das ist für mich sehr wenig glaubwürdig, wenn Sie sagen Ihnen sind niemals Provisionen bei Gegengeschäften untergekommen. Wenn Sie da ganz konkret in einem ganz bestimmten Geschäftsfall jemand beschwert, dass er seine 3 Prozent nicht kriegt.

Dr. Rudolf Lohberger: Entschuldigen Sie bitte vielmals, wo sehen Sie einen Zusammenhang erstens mit mir, zweitens das, was Sie ansprechen, ist die Prüfungsgebühr, so vermute ich, die das Wirtschaftsministerium sehr wohl verlangt hat, aber jetzt offenbar nicht mehr verlangt. Ich bin bei den Prüfungen nicht dabei. Ich höre nur, dass da jetzt nichts mehr verlangt wird, aber von irgendwelchen Vermittlungsgebühren Provisionen ist mir dezidiert nichts bekannt. Ich würde Sie bitten, wenn Sie da etwas wissen, dass Sie mir das zeigen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Weil Sie sich so wundern, dass ich Sie das frage. Ich meine, Sie sind ja wirklich der Mr. Gegengeschäfte. Da in der Arge Offset wirtschaftspolitischer Berater vom Bundesminister für Landesverteidigung und in Wirklichkeit laufen bei Ihnen ja sehr viele Fäden zusammen und darum ist es für mich ehrlich gesagt nicht besonders plausibel, wenn Sie über Provisionen überhaupt keine Kenntnis haben wollen und dass man sich die Größenordnung vorstellen kann, wenn das durchgängig Übung ist 3 Prozent. Bei 4 Milliarden Gesamtvolumen, da lade ich alle ein das auszurechnen, um was es da geht, das heißt dass wir das wirklich zu Protokoll haben und ich werde das alle anderen Auskunftspersonen und Zeugen fragen zu diesem Thema.

Ist Ihnen dezidiert in keinem Fall bekannt, dass Provisionsvereinbarungen existieren?

Dr. Rudolf Lohberger: In keinem Fall.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte Sie jetzt abschließend in der Runde zu FACC etwas fragen, weil das wird ja als das ganz große Paradebeispiel eines Gegengeschäftes dauernd proklamiert. Der FACC, wissen wir ja, dass 40 Tage vor dem Stichtag in Wirklichkeit der Auftrag typische Singlesourcing, ist jahrelang gemeinsam mit Airbus entwickelt worden, 40 Tage eigentlich vertraglich vereinbart wurde und daher, es gibt halt die Kriterien Zeitlichkeit, Zusätzlichkeit, Sachlichkeit und inländische Wertschöpfung. Der Dr. Androsch als Miteigentümer hat mittlerweile ebenso wie damals Airbus-Manager klargestellt, dass eben das kein konkretes Gegengeschäft sein kann. Da würde ich Sie einfach fragen um Ihre Einschätzung. Kann man das als Gegengeschäft bezeichnen, wenn 40 Tage vor dem Stichtag bereits der Auftrag ergangen ist?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich darf vielleicht auf meine Ausführungen am Beginn des heutigen Tages hinweisen. Wir moderieren, die Wirtschaftskammer moderiert, stellt Kontakte her. Wir kennen weder den Modus über die Abrechnung, wie das funktioniert, wann anerkannt wird, wir sind auch nicht dabei. Wir waren bei den Vertragsverhandlungen nicht dabei und wir kennen keine Details.

Mir ist auch der Fall FACC, den Sie jetzt ansprechen, detailliert auf einen Vorlauf von 40 Tagen nicht bekannt. Wo uns die Fälle wieder unterkommen, ist bei der Jahresabrechnung im Wirtschaftsministerium. Aber ohne dass man zuordnet, sondern eine Firma meldet sich, wir stellen einen Kontakt her, nur bei der FACC ist das auf keinen Fall erforderlich, weil die kennen sich. Was soll man da moderieren?

Das bringt nichts, das hat keinen Sinn. Und ich darf noch einmal sagen, ich kenne die Modalitäten der Abrechnung nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Danke Herr Vorsitzender. Ich glaube meine Zeit ist glaube ich verbracht.

Obmann Dr. Peter Pilz: So ist es. Kollege Darmann bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Danke Herr Vorsitzender. Herr Dr. Lohberger. Um ein bisschen eine bessere Vorstellung zu bekommen über das Volumen der derzeitigen Gegengeschäfte und den Ablauf wollte ich Sie fragen oder möchte ich Sie fragen, hat es entsprechende Kompensationsgeschäfte auch bei der Drakenbeschaffung gegeben? Wissen Sie das?

Dr. Rudolf Lohberger: Noch einmal bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Ob es solche Gegengeschäfte oder eine Gegengeschäftsanbahnung auch bei der Drakenbeschaffung gegeben hat?

Dr. Rudolf Lohberger: Die vor 20 Jahren gekauft worden sind?

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Ja genau, die letzten Flieger.

Dr. Rudolf Lohberger: Ich höre ja, aber ich habe nie dezidiert etwas gesehen darüber, weil ich bereits erwähnt habe, dass ich erst mit 1. Juli 99 aus der Wirtschaftskammer gekommen bin.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Gibt es keine Zahlen von den Gegengeschäften?

Dr. Rudolf Lohberger: Das habe ich nicht gesagt. Es kann sein, dass es welche gibt, nur mir sind sie nicht bekannt. Ich habe mich auch nicht gekümmert darum. Ich bin auch der Sache nicht nachgegangen, wie das dort gelaufen ist. Ich höre nur, dass sie offenbar mit, was weiß ich, 120, 110, 130 Prozent überfüllt sein sollten, aber ob das stimmt, weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Gut. Vorhin bei den ersten Fragen haben Sie zur Gegengeschäfts-idee gesagt, dass die Abrechnung 2006 positiv ausgefallen ist bezüglich dieser Gegengeschäfte. Kann ich Sie fragen, wie viel waren geplant an der Summe von Gegengeschäften und wie viel sind erfüllt worden bis zum Ende 2006?

Dr. Rudolf Lohberger: Weil ich gesagt habe, 2006, dann möchte ich das... ich glaube, ich habe 2005 gesagt, weil der Abrechnungsmodus sieht folgendermaßen aus: Die EADS muss bis Ende Mai das vergangene Jahr, also das Vorjahr, vorlegen beim Wirtschaftsministerium. Das Wirtschaftsministerium hat dann einige Monate Zeit zum Prüfen und informiert dann, so im September oder Oktober, die Plattform. Jetzt haben wir aber erst Mitte Mai. Also das gibt es nicht, das geht sich zeitlich nicht aus. 2005 sind die letzten Ziffern, die ich kenne, die auch kolportiert worden sind, also veröffentlicht vom Wirtschaftsministerium. Das beläuft sich auf ungefähr 860 Millionen €, 870 Millionen € vom Beginn bis Ende 2005.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Wie viele Millionen oder hunderte Millionen sollten es sein bis zu diesem Zeitpunkt, geplant? Also wie viel von der geplanten Summe sind erfüllt worden bis Ende 2005?

Dr. Rudolf Lohberger: Die kontraktierte Summe sind 4 Milliarden €. Jetzt stehen wir bei 850 Millionen €, was heuer zusammenkommt, weiß ich nicht. Ich meine, ich kenne die Diskussion, die es immer wieder in der Plattform gibt, was die Abrechnungen betrifft. Ich kann dem nichts hinzufügen, schauen Sie.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sie haben auch vorhin schon festgehalten, dass Sie zum Anrechnungsmodus nicht wirklich Stellung beziehen können, weil das Sache des Wirtschaftsministeriums ist. Aber können Sie vielleicht doch dem Ausschuss in den Grundzügen die Anrechnungsmethodik erklären?

Dr. Rudolf Lohberger: Schauen Sie, es ist so: Das, was fakturiert wurde, wird von den Gegengeschäftsverpflichteten eingereicht. Das Wirtschaftsministerium hat die Aufgabe, diese Faktura zu überprüfen. Wie Sie das macht? – Da war ich nie dabei, ich habe auch kein Recht, dabei zu sein. Vor allem, selbst wenn ich das Recht hätte, kenne ich den Vertragsinhalt nicht. Was ich allerdings glaube ist, soweit ich mich der Berichte entsinne und auch an die Fragen, die gestellt werden, dass zwischen eingereichten Projekten und abgerechneten doch sehr ernsthaft in die Tiefe gegangen wird. Ich möchte mich nicht hinreißen lassen zu Pauschalaussagen, weil ich ja nicht dabei war. Ich kann nur meine subjektiven Eindrücke weitergeben.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): So soll es auch sein. Herr Dr. Lohberger, ich möchte Sie auch fragen zu den immer wieder in den Raum gestellten Scheingeschäften, die der Herr Kollege Kräuter von der SPÖ regelmäßig strapaziert. Wie beurteilen Sie diese Formulierung, dass es sich hier um sehr viele Scheingeschäfte handelt, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden sind?

Dr. Rudolf Lohberger: Aber lachen darf ich noch, oder? (*Abg. Mag. Darmann:....*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Zwischenrufverbot wegen Protokollschwierigkeiten.

Dr. Rudolf Lohberger: Ich muss noch einmal sagen, selbst wenn es so etwas geben würde: Ich habe nicht einmal die Möglichkeit, so etwas zu kontrollieren. Ich weiß nur, dass man doch sehr hart ins Gericht geht bei den Überprüfungen und dass man Modi gefunden hat, mit Experten gerade bei Technologiegeschichten, die immer wieder zu Diskussionen mit den Verpflichteten führen, denen das immer wieder zu wenig ist, und so weiter. Ich gehe davon aus, dass man jetzt doch eine straffe Handhabung dafür gefunden hat. Man darf nicht vergessen, das Volumen, das heute abgewickelt wird, ist doch enorm. Aber das Regulativ, wie vorgegangen wird, muss ich noch einmal sagen: Trotz Urgezen kennen wir nicht.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Zu Beginn des Anrechnungsverfahrens soll es laut Rechnungshof auch schwerwiegende Probleme bei der Durchführung gegeben haben. Wissen Sie, hat man durch eine Veränderung des Verfahrens eine Verbesserung erzielen können?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich glaube, im Bildungs- und im Technologietransfer. Im Technologiebereich gab es doch einiges an Diskussionen. Die Herren Prof. Moser von der Wirtschaftsuniversität und Prof. Helmenstein wurden als Fachgutachter von Fall zu Fall herangezogen gerade in diesen Fällen und gaben an das Wirtschaftsministerium eine Expertise. Nur weder im Bildungsbereich, noch im Technologietransferbereich sind wir eingeladen, an den Sitzungen teilzunehmen. Das eine spielt sich ab im BMFiT, wo eine solche – ich möchte nicht wieder das Wort Plattform verwenden, weil sonst führt das zur Irritation – wo so regelmäßige Meetings stattfinden. Und wenn es solche Projekte gibt, dann sind die beiden genannten Experten damit befasst und geben ihre Expertise ab, an die sich das Wirtschaftsministerium natürlich hält, und das doch die Latte ganz schon hoch legt. Das ist mein Eindruck, den ich habe.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. Herr Kollege Haimbuchner, bitte.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Herr Dr. Lohberger! Wie entstand überhaupt der Kontakt zu Herrn Aloisius Rauen?

Dr. Rudolf Lohberger: Herr Rauen ist in die Wirtschaftskammer gekommen gemeinsam, soweit ich mich erinnern kann, mit dem Herrn Bischoff. Der sitzt im Aufsichtsrat von, so glaube ich, mich entsinnen zu können, von EADS oder Air-Bus – weiß ich nicht mehr. .. Von EADS, ja. Und so waren sie auch bei mir. Sie haben sich vorgestellt, dass sie teilnehmen möchten an der Ausschreibung.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Wann war das ungefähr?

Dr. Rudolf Lohberger: Das war im Herbst 2001.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): War irgendjemand von der politischen Ebene da auch dabei, oder waren da nur die beiden Herren, Bischoff und Rauen?

Dr. Rudolf Lohberger: Soweit ich mich erinnern kann, waren da nur Herr Bischoff und Herr Rauen. Vielleicht haben sie noch jemanden mit gehabt, aber von der politischen Ebene kann ich mich an niemanden erinnern.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Hat irgendjemand bei Ihnen einmal interveniert von der politischen Ebene hinsichtlich EADS?

Dr. Rudolf Lohberger: Von der politischen Ebene? Nein.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Sie haben zuerst schon geschildert, wie es zu diesem Schreiben gekommen ist an den Herrn Wall am 7. Dezember 2001. Haben Sie sich einmal mit Herrn Steininger getroffen? Oder welche Wahrnehmungen haben Sie bezüglich des Herrn Erhard Steininger?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich kenne den Herrn Steininger seit ungefähr Mitte der neunziger Jahre, genauso wie ich alle anderen Repräsentanten auch kenne. Ich war doch verwundert, habe ihn eigentlich den Skandinaviern zugerechnet. Ich war überrascht, aber ich habe mir gedacht: Alles gibt es. Ja, so ist Steininger plötzlich für EADS tätig geworden. Die Kontakte, die ich mit Steininger hatte, waren wahrscheinlich, oder sie waren am geringsten mit all denen, wenn ich das jetzt vergleiche mit Lockheed Martin oder mit oder mit Boing, also Boing hat sich sehr intensiv bemüht, umso mehr war ich überrascht, wie sich dann Boeing zurückgezogen hat, und zwar, die sind mit dem Viehböck immer wieder bei mir gewesen, und Termenschek? Und Viehböck haben ein Vielfaches an Besuchen gemacht, also wesentlich mehr, die Kontakte wurden, waren wesentlich intensiver als zu Steininger. Viehböck habe ich vorher nicht gekannt. Ternoschek? Habe ich vorher gekannt, Viehböck nicht. Umso mehr war ich überrascht, als sich Boeing zurückgezogen hat, weil Sie geglaubt haben, es geht eh in Richtung SAAB.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Ich meine, Herr Doktor, es ist ja nicht unbedingt verwunderlich im Wirtschaftsleben, wenn jemand, wo sozusagen einmal geschäftlich in Beziehung kommen will, und noch keinen Fuß in der Türe hat, dass man sozusagen sich noch mehr bemühen muss. Das ist ja ein allgemeiner Grundsatz, auch in der Privatwirtschaft. Aber vielleicht hat es auch der Herr Steininger, wenn Sie gesagt haben, der war Ihnen seit Mitte der 90er Jahre bekannt, er ist ja auch, er ist ja auch nicht nur Ihnen bekannt gewesen, der Herr Steininger, er dürfte auch ein- und ausgegangen sein im BMLV, also der Herr Steininger war eine schillernde, oder ist eine mehr oder weniger schillernde Person, und war ja bekannt. Trotzdem würde ich noch einmal gerne darauf zurückkommen. Wann haben Sie sich mit ihm getroffen? Sie haben gesagt, Sie kennen ihn seit Mitte der 90er Jahre. Aber was für Treffen hat es gegeben mit dem Herrn Steininger, was weiß ich ab dem Jahr 2000, 2001, im Zusammenhang mit der Draken Nachbeschaffung, im Zusammenhang mit EADS und Eurofighter?

Dr. Rudolf Lohberger: Also, es gab vielleicht zwei, drei Treffen mit Steininger, das ist durchaus möglich, die Daten kann ich Ihnen nicht mehr sagen, weil ich sie nicht mehr weiß, und was das Kennen betrifft, kann ich nur das sagen, was ich schon zu Protokoll gegeben habe, aber mich verbindet auch keine, wie es jetzt im letzten News dargestellt wurde, Freundschaft zu Steininger, die gibt es nicht, die gibt es nicht.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Was wurde denn mit dem Herrn Steininger besprochen, wenn es Treffen gegeben hat? Wenn Sie sagen, Sie haben ihn zwei bis drei Mal getroffen, was haben Sie da mit dem Herrn Steininger besprochen?

Dr. Rudolf Lohberger: So, bitte um Verständnis, das ist sechs Jahre her. Man hat halt für das Produkt geworben, das war es.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Naja, Herr Dr. Lohberger, da gebe ich mich nicht ganz zufrieden, das sage ich Ihnen offen und ehrlich. Sie müssen da schon ein bisschen konkreter werden, wenn Sie sagen, er hat für das Produkt geworben. Sie sind verantwortlich also auch für Gegengeschäfte, da wird es ja zumindestens in diesem Zusammenhang irgendeinen Sukkus gegeben haben, bei den Gesprächen. Nehme ich einmal an.

Dr. Rudolf Lohberger: Ich kann Ihnen nur mehr sagen, ich kann mich nach dieser Zeit, außer generell, dass jeder natürlich sein Unternehmen bestens dargestellt hat, an Details nicht mehr erinnern. Die Wege, die ins Haus, Wirtschaftskammer geführt haben, waren natürlich die Gegengeschäfte und die und die technologischen und und wirtschaftlichen Errungenschaften, die man dann ins Land bringt und sich aufbauen will, die sich dann schlussendlich in der Dokumentation festgehalten wurde, und von allen und ich habe auch zu dem Zeitpunkt, wie Steininger gekommen ist, überhaupt nicht gewusst, wie sich jetzt die Wirtschaftskammer aufstellt, die Begründung der Abgeordnete Offset ist später erfolgt erst.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): War einmal bei diesem Treffen mit dem Herrn Steininger wer anderer dabei, mit dem Herrn Steininger?

Dr. Rudolf Lohberger: Der war nie alleine.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Wer ist da noch gekommen, was ist Ihnen in Erinnerung?

Dr. Rudolf Lohberger: Entweder es war einer der Herren oder Damen von EADS dabei, also da sind sicher im Zuge der Zeit was was i 10, 12 verschiedene Leute aufgetaucht.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Nur aus dem Umfeld von EADS oder Eurofighter, oder war jemand von der politischen Ebene dabei?

Dr. Rudolf Lohberger: Na, von der politischen Ebene, soweit ich mich erinnern kann nicht.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Hat es auch Kontakte zu SAAB gegeben?

Dr. Rudolf Lohberger: Ja.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Wer hat denn die wahrgenommen, wenn der Herr Steininger für EADS lobbyiert hat?

Dr. Rudolf Lohberger: Die Kontakte SAAB waren der Herr Eliason, dann war von der SAAB Seite Eliason wiederholte Male öfters wie der Steininger. Ein Herr Lanz, Roger lanz???? Der eine oder andere auch von verbundenen Unternehmen Waterfall???,

was was ich wie die Beteiligungsgruppe heißt, wo das Unternehmen dazugehört. Es war einmal einer da von British Aerospace, Namen weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Von British Aerospace war auch einmal jemand bei Ihnen?

Dr. Rudolf Lohberger: Ja.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Also die Vertreter können Sie aber nicht mehr nennen?

Dr. Rudolf Lohberger: Von British Aerospace?

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Ja.

Dr. Rudolf Lohberger: Na, weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Für wen haben die geworben, von British Aerospace?

Dr. Rudolf Lohberger: Für SAAB.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Für SAAB, also auf der anderen Seite durchaus interessant, weil sie sind bei EADS beteiligt, also nach dem Motto, das Geschäft machen wir sowieso irgendwo.

Dr. Rudolf Lohberger: Naja, das, ich war schon überrascht. Ich habe aber die BAS Systems Leute sind mit SAAB mitgekommen, waren bei der EADS erst dann dabei, wie EADS den Auftrag gekriegt hat. Die waren vorher nicht da.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Ja das ist interessant. Herr Dr. Lohberger, wenn ich da noch einmal nachhaken darf. Sie haben eingangs gesagt, Sie waren überrascht, weil sich zu Beginn die Boeing Leute ja sehr engagiert haben, die Amerikaner zusagen. Wie hat sich das dargestellt, wie hat sich dieser Kontakt abgebrochen ist?

Dr. Rudolf Lohberger: Von Boeing jetzt?

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Ja.

Dr. Rudolf Lohberger: Die Boeing Leute sind gekommen, haben sich bedankt für die Kontakte, die man gehabt hat, der Franz Viehböck, also der war sehr intensiv da bei uns im Haus, der hat sich sehr bemüht um das Geschäft, und der erste Schritt war dann, das Boeing sein Büro zugesperrt hat in Wien. Der Franz Viehböck plötzlich seinen Job nicht mehr in Wien gehabt hat, sondern in den Vereinigten Staaten und das letzte war dann dass die Boeing Leute gekommen sind, sich bedankt haben, verabschiedet, sie legen kein Angebot, weil das ist so viel Arbeit, und sie glauben, dass sie keine Chance haben, weil das Flugzeug einfach doch teurer sein wird und so weiter und so fort. Bitte? Das haben Sie gesagt, ich kann Ihnen nicht mehr sagen. Ja, und bei Lockheed Martin, hat den Gegengeschäftsbereich Dr. Ternoschek betreut, den ich sicher länger kenne, oder genauso lange kenne, länger nicht, oder ungefähr so lange wie den Steininger. Und der war das zigfache öfters da und die haben ein Angebot gelegt, Gegengeschäftsangebot, mit der Quote von etwa 100 Prozent und hat das dann begründet, wieso und warum und ich habe dem aber schon gesagt, das wird zu wenig sein, und ja, mehr kann ich dazu nicht nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Herr Dr. Lohberger, jetzt kommen wir einmal zum anderen Bereich, und zwar zu der schillernden Figur der Frau Erika Rumpold.

Dr. Rudolf Lohberger: Ja.

Abgeordneter Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Und dieser 100 % Communications. Und die Frau Rumpold, einen Moment, ich suche es mal raus im Protokoll, hat einmal angegeben, Sie hätte eine Präsentation gemacht bei der Wirtschaftskammer. Oder genauer gesagt, der Herr Bergner hat es gemacht. Können Sie sich an diese Präsentation erinnern? Wann hat die stattgefunden? Waren Sie dabei, haben Sie irgend etwas dabei in Erfahrung gebracht?

Dr. Rudolf Lohberger: Also ich kann mich an Präsentationen vom Herrn Bergner erinnern. An eine Präsentation von Frau Rumpold kann ich mich nicht erinnern. Ich habe auch die Aktivitäten, oder die Frau Rumpold aktiv in meinem Bereich der ARGE Offset, ich will nicht sagen, nicht wahrgenommen, aber ich glaube, sie war einmal da, wenn überhaupt. In meinem, bei uns im Büro.

Abgeordneter Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Ja.

Dr. Rudolf Lohberger: Ob sie anderen Stellen jetzt intensiv aufgetreten ist, das kann ich Ihnen nicht beantworten. Zuständig für die Gegengeschäfte war, wie gesagt, der Bergner ist sehr aktiv gewesen, dann, wen habe ich da noch kennengelernt? Den Herrn Aldag,

Abgeordneter Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Aldag, ja.

Dr. Rudolf Lohberger: Den Dipl.-Ing. Moser, Kellerhof, Frau Olbrecht, Olbrich, so irgendwie, also mir sind da doch einige Leute untergekommen.

Abgeordneter Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Ist, nur eine Zusatzfrage noch, weil meine Zeit ist einmal um einstweilen. Ist der Herr Steininger einmal mit der Frau Rumpold gekommen? Sind die einmal gemeinsam aufgetreten?

Dr. Rudolf Lohberger: Das weiß ich nicht mehr. Also mir ist die Frau Rumpold aktiv nicht in Erinnerung. Nur es sind so viele Leute gekommen, dass ich jetzt nicht sagen kann, die war nicht da. Das.

Obmann Dr. Peter Pilz: So. Kollege Kogler, bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Dr. Lohberger, nur einmal zur Einordnung und das da einmal ein gemeinsamer Überblick über die diversen Organisationen herrscht. Es gibt, oder es gab den Beirat für Gegengeschäfte, es gibt die ARGE Offset in der Wirtschaftskammer, es gibt die Plattform für Gegengeschäfte zum Zeitraum der Angebotseinholung und es gibt die Plattform der Gegengeschäfte für die konkrete Bewertung danach. Haben wir Übereinstimmung, dass es diese Organisationen alle einmal gibt?

Dr. Rudolf Lohberger: Also mit ist, die Plattform, den Beirat hat es dann aktiv eigentlich nicht mehr gegeben. Der ist Beirat, hat irgendwann im Vorfeld getagt der ganzen Beschaffung aber dann ist die Plattform installiert worden und dort werden, das ist das, das Gremium, das bis heute existiert. ARGE Offset ist das, was die Moderation macht, das heißt, die Verbindung herstellt, aber weder in die Vertragsverhandlungen, Vertragsgestaltung, Vertragsabschluss eingebunden war, noch die Verträge trotz Urzügen bekommen hat. Offset-Verträge und auch die anderen auch.

koffset-Verträge und auch die anderen auch.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jedenfalls in der ARGE Offset, angesiedelt in der Wirtschaftskammer, in federführender Funktion. Können Sie jetzt noch einmal sagen, beziehungsweise ist es noch nicht am Tisch, wie genau die Organisationsform dieser ARGE Offset ist? Was ist denn das rechtlich?

Dr. Rudolf Lohberger: Die ARGE Offset ist eine Arbeitsgemeinschaft nach Kammerrecht, gehört den Wirtschaftskammern, nämlich der WKÖ und den

Regionalkammern, von den Wirtschaftskammern geht auch infolge auch die Mittelaufbringung nach einem bestimmten System. Ich bin in der ARGE Offset Geschäftsführer, mein Stellvertreter ist der Herr Görlich. Dann gibt es einen Lenkungsausschuss, wo die Ländervertreter drinnen sitzen und es sind auch dabei das Verteidigungsministerium, das Wirtschaftsministerium, Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, und das BMVIT. Die österreichische Wirtschaft bei den Gegengeschäften zu unterstützen und denen dabei zu helfen. Das heißt, erstens die Kontakte herzustellen zu EADS oder den anderen Offset-Verpflichteten, zweitens, wenn erforderlich, zu intervenieren über die Handelsdelegierten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. Das hatten wir ja. Sie haben gesagt, bei der ersten Runde, der Frau Kollegin Fekter, die ARGE Offset hätte sich nach Vertragsabschluss 2003 gegründet.

Dr. Rudolf Lohberger: Ich habe gesagt, Sie ist aktiv geworden. Gegründet hat sie sich im Frühjahr, mit Präsidiumsbeschluss im Frühjahr 2003, soweit ich mich jetzt erinnern kann.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich sage nur, ich habe hier Aufstellungen über die konstituierende Sitzung und des Lenkungsausschusses der ARGE Offset mit 12. August 2002. Also nach der Typenentscheidung.

Dr. Rudolf Lohberger: Ja, das ist das Proponentenkomitee, aber der Präsidiumsbeschluss der Wirtschaftskammer Österreich ist aus dem Frühjahr 2003.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, na ich lege jedenfalls Wert für das Protokoll darauf, dass hier vorliegt ein Dokument aus dem Wirtschaftsministerium, schreiben der Wirtschaftskammer Österreich, konstituierende Sitzung des Lenkungsausschusses der ARGE Offset vom Montag den 12. August 2002, in der Wirtschaftskammer, Wiedner Hauptstraße, Saal 4 und so weiter. Vielleicht ist das ja ohnehin nicht so wichtig, aber das wir mal ein paar Daten hier verankern können. So ist die AOAM Mitglied in dieser ARGE Offset.

Dr. Rudolf Lohberger: Nein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist nicht Mitglied.

Dr. Rudolf Lohberger: Nein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann ist die Frage noch einmal der Finanzierung. Sie haben schon angedeutet was in diese Richtung. Wie wird die ARGE Offset finanziert für ihre Tätigkeiten?

Dr. Rudolf Lohberger: Die ARGE Offset wird finanziert aus den Mitgliedsbeiträgen der Wirtschaftskammern.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Der Länderkammern und der Bundeskammer.

Dr. Rudolf Lohberger: Der WKÖ, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und sonst zahlt niemand Beiträge?

Dr. Rudolf Lohberger: Nein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die Rolle, wie ist die Rolle der Industriellenvereinigung im Zusammenhang mit der ARGE Offset?

Dr. Rudolf Lohberger: Die Industriellenvereinigung wollte ursprünglich bei der ARGE Offset dabei, da gab es auch eine Einigung zwischen dem damaligen Generalsekretär Domani und einem Herrn Dipl.-Kaufmann Lorenz Fritz. Aus dem ist aber dann

schlussendlich, aus welchen Gründen auch immer, nichts geworden. Die IV ist nicht dabei.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Uns liegen Unterlagen vor, wo, über einen längeren Prozess mit September 2003 angekündigt und endgültig vollzogen im April 2004 die Industrie sich hier mit einer eigenen Initiative selbständig macht. Was waren die Ursachen für diese Zweigleisigkeit?

Dr. Rudolf Lohberger: Also ich war selber verwundert, dass die Industriellenvereinigung dann sich zurückzieht, nicht mittut. Die Gründe kann ich Ihnen nicht nennen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber Sie werden es ja diskutiert haben in der ARGE.

Dr. Rudolf Lohberger: Das ist eine Angelegenheit auf der Ebene Generalsekretär und in dieser Diskussion war ich nicht dabei.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also Sie haben keine Wahrnehmungen dazu?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich habe nur die Wahrnehmung, dass sie nicht dabei sind, was ich bedauere, ja? Aber ich muss noch einmal sagen, ich tu da nichts hineininterpretieren.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich komme jetzt aber eigentlich zur Plattform Gegengeschäfte. Sie sind dort in diversen Listen geführt. Wie würden Sie die Rolle der Plattform beschreiben? Und zwar, um es jetzt abzukürzen, gleich nach Vertragsabschluss? Nicht die Bewertungsphase Angebotseinholung et cetera, nur Rolle Plattform nach Vertragsabschluss im Verhältnis zum Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheit und anderen tätigen Organisationen in dem Umfeld.

Dr. Rudolf Lohberger: Die Plattform Gegengeschäfte, in der ich den Generalsekretär immer wieder vertreten habe, weil Wirtschaftskammer hat eine Stimme, nicht die ARGE Offset, sondern die Wirtschaftskammer, hat eingereichte Projekte über einer bestimmten Größenordnung zu genehmigen auf Antrag eines Offsetverpflichteten. Und das wird dann diskutiert. Die technische oder wirtschaftliche oder fachliche Expertise kommt von der Abteilung Gegengeschäfte im Wirtschaftsministerium.

Zweitens wird die Plattform über den Stand der laufenden Gegengeschäfte informiert, und drittens bekommt die Plattform die Jahresabrechnung zur Kenntnisnahme, und da kann man Fragen dazu stellen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Dr. Lohberger! Ich habe die Geschäftsordnung dieser Plattform hier. Da geht es ziemlich klar in die Richtung, dass der Plattform die Beratung des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit unterliegt. Jetzt sagen aber Sie, die Expertise kommt genau von dort. Wieso sollen Sie als Plattform jemanden beraten, der Ihnen ohnehin die Expertise zur Verfügung stellt. Können Sie genau beschreiben das Verhältnis von BMWA und Plattform.

Dr. Rudolf Lohberger: Ich kann zu einem Gegengeschäft keine Expertise machen, wenn ich Vertragsinhalte nicht kenne. Ich kenne sie nicht. Und darum beschränke ich mich auf die Frage immer wieder, ist die Richtigkeit in Bezug des eingereichten Projektes auf den Vertrag gegeben? Mehr kann ich nicht tun, weil was soll ich hinterfragen, wenn ich den Vertrag nicht kenne.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, ja. Sie haben völlig Recht. Wir sind ja jetzt. ..

Dr. Rudolf Lohberger: Ich meine, da hat ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Lohberger, der Reihe nach. Sie sind hier Auskunftsperson und sollen über Wahrnehmungen Auskunft geben. Und jetzt geht es genau um einen widersprüchlichen Bereich. Das hat jetzt nichts mit Ihrer speziellen Rolle zu tun, sondern mit Ihren Wahrnehmungen, und es geht tatsächlich um den Bereich, dass hier völlig widersprüchliche Angaben herumgeistern, was genau die Rolle des Ministeriums selbst ist und jene der Plattform. Und das wird in anderen Zusammenhängen noch von höchster Relevanz.

Und jetzt sagen Sie einmal als erstes, die Plattform kennt den Vertrag nicht. Da müssen wir einmal auseinander halten. Ich frage Sie als nächstes, den Vertrag der Republik, also des BMWA mit dem Gegengeschäftsverpflichteten, also Eurofighter GesmbH und deren Umfeld, der liegt auch nicht zur Gänze dieser Plattform vor. Ist das richtig?

Dr. Rudolf Lohberger: Das ist richtig.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist richtig. Das geht auch aus den Unterlagen hervor. Deshalb tun Sie sich, als Sie als Dr. Lohberger, aber auch als Plattform, wie wir dann ja rekonstruieren können, sehr schwer, genau alles zu überprüfen, ob das jetzt eins zu eins vertragskonform ist, oder nicht. Ist das auch richtig?

Dr. Rudolf Lohberger: Das ist auch richtig. Ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): So. Ich halte Ihnen vor den Bericht des Rechnungshofes aus dem Jahr 2006. Da gibt es eh nur einen über die Bewertung und Dokumentation der Gegengeschäfte, wo es heißt:

„Zur Plattform: Dies führte zu einer Aufgabenverteilung, die mit zeitlichen beziehungsweise organisatorischen Problemen verbunden war“ Da bewegen wir uns gerade. Jetzt aber: „Faktisch kam es zu einer Auslagerung der Entscheidungsfindung, nämlich dergestalt, Zitat: Das BMWA blieb formal für die Überprüfung und Anrechnung zuständig, und übernahm die von der Plattform vorgezeichneten Entscheidungen.“ Bericht des Rechnungshofes. Ich nehme an, Sie kennen das.

Dr. Rudolf Lohberger: Ich glaube es Ihnen, wenn Sie es vorlesen. Es ändert aber trotzdem nichts an der Tatsache, dass ich den Gegengeschäftsvertrag nicht kenne und ich kann nicht mehr dazu sagen wie, dass ich immer wieder die Frage stelle, hat das seine Richtigkeit zu den ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Zu den konkreten Geschäften kommen wir noch. Es geht nur um die Rollenteilung. Hier sind völlig widersprüchliche Angaben da. Hat der Rechnungshof bei seiner Prüfung der Gegengeschäfte mit der Wirtschaftskammer und mit der ARGE Offset mit Ihnen Kontakt gehabt bei seiner Prüfungserstellung?

Dr. Rudolf Lohberger: Hat natürlich. Ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie eine Erklärung dafür, warum der Rechnungshof offensichtlich der Erklärung des BMWA folgt in seiner Beurteilung und sagt, eigentlich entscheidet das BMWA de facto gar nicht viel, sondern man verlässt sich auf die Prüfung der Plattform, was wiederum im Widerspruch zu Ihren Aussagen steht. Wie erklären Sie sich das?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich kann es nur zur Kenntnis nehmen, ich kann dem nichts hinzu fügen. Und ich kann ein Gegengeschäft - erstens einmal glaube ich nicht, dass es Aufgabe der Plattform ist, das Gegengeschäft zu überprüfen, und vor allem, das kann ich gar nicht überprüfen, weil wenn ich es überprüfen möchte, bräuchte ich die

Grundlagen dazu. Und die Grundlagen dazu fehlen mir. Ich habe sie nicht. Ob Sie mir das glauben, dass ich es habe oder nicht, das liegt bei Ihnen. Aber ich überprüfe nicht was, sondern stelle meine Frage an die Repräsentanten der Fachabteilung, habt Ihr das geprüft, habt Ihr das angeschaut? Entspricht das inhaltlich dem Vertrag? Wenn das Ja kommt, ist das für mich in Ordnung. Wenn Nein kommt, können Sie es sich erklären.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich glaube Ihnen das gerne. Ich würde nur auch festhalten, in dieser ersten Runde, dass es hier widersprüchliche Angaben gibt und Zuweisungen von de facto Ablaufkompetenzen. Und es gibt eine Reihe weiterer Befunde, die Ihre Ansicht decken im übrigen, dass die Plattformmitglieder selber zu wenig Information haben, um das konkret eingereichte Gegengeschäft hinsichtlich der Kriterien Sachlichkeit, Zusätzlichkeit et cetera tatsächlich zu überprüfen. Dem gegenüber stehen aber Aussagen aus dem BMWA, die sagen, wir verlassen uns auf das, was die Plattform sagt, und das wird uns dann noch weiter beschäftigen. Das war es einmal. Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Lobbyisten, die sozusagen bei Ihnen alle sehr intensiv vorgesprochen haben, also SAAB am intensivsten zu Beginn, weil die haben ja geglaubt, das Geschäft machen sie. Wie haben Sie die betreut? Sind Sie mit denen zu Politikern gefahren? Und haben Sie sozusagen in den Bundesländern auch Gegengeschäftskontakte angebahnt? Oder wie muss man sich das vorstellen? Weil der Herr Lohberger ist ja als solcher nicht in den Beschaffungsvorgang involviert. Also warum kommen die zu Ihnen?

Dr. Rudolf Lohberger: Die Zielgruppe für die Gegengeschäfte ist die österreichische Wirtschaft. Und das ist der Grund, warum sie gekommen sind. Wir haben weder Interventionen für den einen bei der Wirtschaft noch für den anderen gemacht, auch nicht bei Politikern, zumindest soweit ich für meine Person sprechen kann.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich habe eigentlich keine weiteren Fragen mehr.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich glaube, der Herr Kollege Füller von der SPÖ.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Sehr geehrter Herr Dr. Lohberger! Die Steiermark als Stationsland hat im Speziellen die Bevölkerung des Ortes Mures bei der Gesamtanzahl der Stationierung des Eurofighters die höchsten Belastungen zu tragen. Deswegen als Obersteirer hätte ich ein paar Fragen an Sie, weil es immer wieder geheißen hat in der Vergangenheit, dass diese Region Hauptnutznießer auch bei den sogenannten Gegengeschäften wären.

Herr Dr. Lohberger! Ich würde Sie gerne fragen, welche Kontakte haben Sie zur früheren steiermärkischen Landesregierung unter Ex-Landeshauptfrau Waltraud Klasnic und dem ehemaligen Wirtschaftslandesrat Herbert Paierl im Zuge der Ermittlung von Gegengeschäften für die Steiermark und wie oft beziehungsweise wie haben diese Treppen ausgesehen, falls es sie gegeben hat?

Dr. Rudolf Lohberger: Es gab Kontakte in die Steiermark zur steiermärkischen Landesregierung zur Frau Klasnic. Diese Kontakte haben aber weder mit einer Intervention für die Steiermark zu tun, also für das Produkt der Steiermark zu tun zumindest von meiner Seite. Dass ich immer wieder darauf angesprochen worden bin, das liegt auf der Hand. Das ist richtig.

Und es gibt eine, aber nicht im Vorfeld, das muss ich auch dazu sagen, sondern erst nach Vertragsabschluss. Und ich habe auch dann immer wieder gesagt der Frau

Landeshauptmann Klasnic, dass die Einflussnahme geringer oder gleich Null ist, sondern das liegt eher an den Betrieben wie weit sie sich bemühen. Und wir unterstützen ob das Vorarlberg oder die Steiermark oder Wien ist ja jeden Betrieb gleich gut oder gleich stark. Viel mehr kann ich zum ehemaligen Landesrat Paierl, da hat es das eine oder andere Gespräch gegeben, aber das hat mit dem Eurofighter wenig zu tun.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Das heißt, Ihrerseits war die Intensität oder der Einsatz von Seiten der ehemaligen Landesregierung nicht so gegeben in diesem Sinne, weil es auch mit dem Hinweis

Dr. Rudolf Lohberger: Ja interveniert ist natürlich immer wieder worden. Mir war natürlich die Vertragsabschlüsse zu bestimmten Zeitpunkten, die waren mir nicht bekannt, weil ich es erst am Ende des Tages gesehen habe. Man hat moderiert und die Firmen haben keine Verpflichtung, dass der Wirtschaftskammer was melden. Man sieht es ja erst am Ende des Tages, wenn man die Liste, die Abtretungsliste bekommt, dann sieht man dieses und jenes läuft in die Richtung. Das was stattgefunden hat, wenn Sie mich jetzt fragen, welche Wahrnehmungen habe ich gemacht, dass doch ein Teil der automotiven Industrie sich mit der Luftfahrtindustrie auseinandergesetzt hat und versucht hat, das eine oder andere weil es abgewandert ist, zu substituieren. Weil man ist sehr schnell auf die Hürden gestoßen, weil man damit ein Produkt wo man gesagt hat, das könnte man eigentlich in der Luftfahrt auch einsetzen, was jetzt der automotive Bereich ist, sehr schnell an die Grenzen gestoßen ist, weil man mit den automotiven Zertifizierungen bei der Luftfahrt nicht durchgekommen ist. Dadurch ist auch uns das Problem und da war Steiermark und Oberösterreich schon mit Auslöser, dass man die Betriebe aufgerüstet hat. Die waren bereit. Dann hat man aber die technischen Hürden gesehen. Das heißt, der nächste Schritt war dann der, dass man versucht hat, die Zertifizierungen zu erreichen. Da bin ich wieder bei dem Punkt, den ich schon erklärt habe. Aber das hat weniger mit der Politik etwas zu tun wie mit technischen Fakten, die ich im Vorhinein auch nicht gewusst habe.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Nachdem es sich ja bei diesen Gegengeschäften über einen längeren Zeitraum 10, 15 Jahren im Schnitt handelt, würde ich gerne von Ihnen eine Einschätzung erfahren im Zuge der Veröffentlichung der Liste mit den Gegengeschäften. Wie sehen Sie die zu erwartende Realisierung speziell auf die Steiermark gesehen, was die wirkliche Anrechnung anbelangt? Wie schätzen Sie das dort ein?

Dr. Rudolf Lohberger: Sie meinen, eingereichte und

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Eingereichte und dann letztendlich wirklich angerechnete Gegengeschäfte Schwerpunkt Steiermark?

Dr. Rudolf Lohberger: Die Liste liegt beim Wirtschaftsministerium auf. Ich habe da weder war mit noch habe ich sie in Erinnerung. Ich kann Ihnen die Frage leider, ich möchte es beantworten, wenn ich es wüsste, aber ich kann es nicht.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Okay. Vielen Dank.

Obmannstellvertreter Mag. Gernot Darmann: Von meiner Seite gibt es keine Fragen. Kollege Haimbuchner. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Herr Dr. Lohberger! Kennen Sie den Herrn Wall vom BMLV persönlich?

Dr. Rudolf Lohberger: Kenne ich persönlich, ja.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Seit wann kennen Sie den Herrn Wall?

Dr. Rudolf Lohberger: Vielleicht zehn Jahre.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Bitte?

Dr. Rudolf Lohberger: Vielleicht zehn Jahre, ich weiß es nicht genau, zehn, zwölf Jahre.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): War der Herr Wall einmal bei Ihnen in der Wirtschaftskammer im Zusammenhang mit dieser Nachbeschaffung?

Dr. Rudolf Lohberger: Der Wall war sicher in der Wirtschaftskammer, weil der Wall an Offset-Sitzungen, soweit ich mich erinnern kann, teilgenommen hat.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Hat der Herr Wall irgendwie erkennen lassen, ein Vorzug für ein Produkt oder wie auch immer, wo er gesagt hat, da hätten wir vielleicht bessere Gegengeschäfte oder wie auch immer? Ist Ihnen diesbezüglich was bekannt?

Dr. Rudolf Lohberger: Dass der Wall sich jetzt für ein Produkt schlau gemacht hätte oder wie meinen Sie das?

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Dass sich der Wall für eine Firma vielleicht eingesetzt hätte oder Präferenzen erkennen hätte lassen?

Dr. Rudolf Lohberger: Nein in keiner Weise.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Okay. Herr Dr. Lohberger! Was anderes und zwar liegt uns ein Schreiben vor vom 20. Februar 2004, wo also direkt an den Herrn Plattner, also ich lese Ihnen das Schreiben kurz vor. Sehr geehrter Herr Bundesminister! Vielen Dank für die Übermittlung des Schreiben Kahlbacher in Tirol. Ich habe die Informationen an das Gegengeschäftsteam weitergeleitet, welche in Abstimmung bearbeitet wird. Also das ist direkt ein Schreiben von Herrn Rauen. Und was mich wundert ist, warum der Herr Rauen von EADS direkt den Herrn Bundesminister Plattner anschreibt, wenn es also hier diese ARGE gegeben hat, die an und für sich zuständig ist für die Gegengeschäfte.

Dr. Rudolf Lohberger: Was ist Ihre Frage an mich jetzt?

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Was das nicht allen bekannt, dass es diese ARGE gibt?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich habe es mir schon gedacht, dass das doch bekannt ist. Aber warum jetzt der Schriftverkehr so gelaufen ist, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Weil es wundert mich, dass nämlich, ich meine, es ist zwar das Schreiben von Herrn Rauen an den Herrn Plattner, aber da hat es offensichtlich vorher einen Kontakt gegeben von Herrn Plattner irgendeine Firma Kahlbacher in Tirol. Keine Ahnung welche Firma das ist. Ich meine, hat der Herr Plattner nicht gewusst, dass es diese ARGE gibt? Ist das öfter vorgekommen, dass

Obmannstellvertreter Mag. Gernot Darmann: Herr Kollege! Der Herr Dr. Lohberger wird ja nicht wissen wieso. Das sind ja Wahrnehmungen. Sie fragen, ob er das weiß oder nicht.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Das ist sicher nicht das einzige Schreiben in der Richtung. Wenn es eine Anfragen gegeben hat, die die Wirtschaft im Allgemeinen betreffen, hat er das weitergeleitet. Können Sie zu dieser Firma Kahlbacher, ich meine, wenn Sie für Gegengeschäfte zuständig waren und das dürfte an Sie weitergeleitet worden sein an die Wirtschaftskammer.

Dr. Rudolf Lohberger: Ob ich weiß, was das ist?

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Ja sicher Sie sind zuständig gewesen für die Angelegenheiten.

Dr. Rudolf Lohberger: Ich kenne nicht bitte jeden Fall auswendig. Ich weiß nicht was Kahlbacher macht.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Aber wenn man immer hört, was für tolle Gegengeschäfte das gemacht worden sind, dann würde mich das interessieren. Verstehen Sie?

Dr. Rudolf Lohberger: Vielleicht hat er Tolles gemacht, ja.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Das weiß ich nicht. Das werden Sie mir sagen. Das war direkt der Herr Bundesminister in

Dr. Rudolf Lohberger: Soviel ich mich erinnern kann, also bitte, das sind hunderte Fälle, die einen unterkommen.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Wir haben in der Kanzlei hundert Akte und ich muss mich auskennen.

Dr. Rudolf Lohberger: Soweit ich mich erinnern kann.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): So ist das einmal.

Obmannstellvertreter Mag. Gernot Darmann: Herr Kollege, ich glaube das bringt nichts.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Das bringt schon etwas. Ich frage danach und das steht mir auch zu und danach frage ich.

Obmannstellvertreter Mag. Gernot Darmann: Nur muss die Auskunftsperson nur Wissen kundtun und nicht Mutmaßungen und wenn der Herr rauen an den Herren Platter einen Brief schreibt, dann

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Tut mir leid Herr Vorsitzender, das ist keine Mutmaßung, da geht es um eine Firma und ich frage die Auskunftsperson, welche Wahrnehmungen haben Sie in Zusammenhang mit dieser Firma Kahlbacher?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich glaube das Unternehmen baut diese Zugmaschinen, wo man die Flugzeuge, die andocken, da zurückschiebt. Glaube ich mich erinnern zu können, bin mir aber nicht sicher.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Danke.

Dr. Rudolf Lohberger: Wie gesagt, es kann sein, dass ich es verwechsle mit etwas, aber das ist mir halt in Erinnerung.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Herr Dr. Lohberger. Zu den Gegengeschäften noch einmal. Das größte Volumen der Gegengeschäfte, welche Unternehmen können Sie uns diesbezüglich nennen?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich könnte Ihnen Unternehmen nennen, aber da glaube ich doch, dass ich die Zustimmung der Firmen brauche.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): So viel ich entnommen habe, hat der Herr Verfahrensanwalt gesagt, dass das kein Geschäftsgeheimnis ist. Ist das richtig?

Dr. Rudolf Lohberger: Dann treten bei den Firmen gleich Eifersüchteleien oder etwas auf. Da gibt es die Gegengeschäftsliste im Wirtschaftsministerium, die ich

selbstverständlich bekommen habe. Ich möchte nicht irgendetwas erzählen. Ich würde Sie wirklich bitten. Mir ist die Liste natürlich bekannt. Das ist ja kein Geheimnis, ich habe aber die Liste nicht auswendig gelernt und habe auch die Liste nicht mit und bevor ich etwas erzähle, wo ich irgendetwas verwechsle, möchte ich Sie bitten, dass die Listen sich vom Ministerium authentisch besorgen, weil dann haben Sie es schwarz auf weiß, wie wenn ich mir da irgendetwas zusammendenke, weil ich glaube...

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Ich sage Ihnen ganz offen und ehrlich. Es gibt keinen Verfahrensgrund, keiner, der mir bekannt ist, der Sie davon entbinden würde hier als Auskunftsperson darüber Auskunft zu geben, welche Gegengeschäfte oder zumindest die, die Ihnen bekannt sind. Ich wüsste nicht, welchen Grund es hier geben würde.

Dr. Rudolf Lohberger: Das glaube ich Ihnen. Das habe ich auch zur Kenntnis genommen. Bitte aber um Verständnis, dass ich die Liste nicht im Kopf habe. Ich sehe auch die Liste nichts als Geheimnis oder als geheimnisvoll, sondern ich weiß sie schlicht und einfach nicht mehr auswendig und würde Sie bitten, dass Sie sie authentisch vom Wirtschaftsministerium besorgen.

Obmannstellvertreter Mag. Gernot Darmann: Herr Kollege das ist ja kein Problem. Im Endeffekt können wir abkürzen. Wenn die Auskunftsperson sagt sie ist nicht bekannt, nicht wirklich, dann besorgen wir uns vom Ministerium.

Dr. Rudolf Lohberger: Ich habe es nicht auswendig gelernt. Bitte ich weiß es nicht.

Obmannstellvertreter Mag. Gernot Darmann: Okay.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Kennen Sie Herrn Boris Candov?

Dr. Rudolf Lohberger: Nein.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Boris Candov?

Dr. Rudolf Lohberger: Wie schreibt sich der?

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Candov.

Dr. Rudolf Lohberger: Cando?

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Candov.

Dr. Rudolf Lohberger: Nein.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Haben Sie einmal mit einer Frau Kaufmann Bruggberger etwas zu tun gehabt?

Dr. Rudolf Lohberger: Mit einer Frau??

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Kaufmann Bruggberger?

Dr. Rudolf Lohberger: Nicht wissentlich.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Nicht bekannt.

Dr. Rudolf Lohberger: Nicht wissentlich. Ich höre den Namen zum ersten Mal.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Herr Dr. Lohberger. Sagt Ihnen die Firma Omesco Offset Management Services GmbH etwas?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich kann mich nicht erinnern, aber ist durchaus möglich, dass die Kontakt gehabt haben mit der Offset bei uns.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Als Geschäftsführer eingetragen ist einmal der Herr Mag. Wolfgang Plasser und der Herr Dr. Klaus Dieter Bergner, wann Ihnen das vielleicht weiter hilft.

Dr. Rudolf Lohberger: EBD ist das?

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Nein Omesco Offset Management Services GmbH. Mittlerweile in Liquidation. Die wurde offensichtlich oder in Zusammenhang mit den Gegengeschäften gegründet.

Dr. Rudolf Lohberger: Mir ist der Name Bergner ein Begriff mit den Gegengeschäften, den kenne ich auch, aber das Unternehmen selber und der zweite Name ist mir nicht geläufig.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Der Mag. Wolfgang Plasser ist Ihnen nicht bekannt?

Dr. Rudolf Lohberger: Nein.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Weil der Herr Mag. Wolfgang Plasser ist Vorstand bei der ...Racing Systems AG und das dürfte eine Firma sein, die angeblich in Zusammenhang mit dieser Nachbeschaffung der Abfangjäger als Gegengeschäftspartner aufscheint.

Dr. Rudolf Lohberger: Vielleicht war er einmal da, aber ich kann mich an den sicher nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Wissen Sie, das ist deswegen interessant Herr Dr. Lohberger, weil da gibt es einen Artikel Flachfeld, Abfangjäger und Gegengeschäfte aus dem Internet und da heißt es: Unter den Unternehmen, die von den Gegengeschäften profitieren sollen, sind Firmen wie FACC, Bankl, Eibl oder Böhler Uddeholm. Und das ist interessant. Wenn Sie hauptverantwortlich sind für den Gegengeschäftsbereich und ich frage Sie nach der Firma Bankl und das sagt Ihnen nichts wirklich, dann frage ich mich natürlich schon...

Dr. Rudolf Lohberger: Sie haben mich nicht nach der Firma Bankl, sondern Sie haben mich nach einem Herrn Plasser gefragt. Den kenne ich nicht. Ich kenne einen Herrn Wustinger und ich kenne den Herrn Bankl, aber einen Herrn Plasser kenne ich leider nicht.

Obmannstellvertreter Mag. Gernot Darmann: Herr Kollege Haimbuchner, wenn Sie bitte auch das Erscheinungsdatum und die Zeitschrift beziehungsweise Zeitung zitieren.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Das ist ein Internetausdruck vom 15.5.2007, also noch immer abrufbar im Internet.

Obmannstellvertreter Mag. Gernot Darmann: Von welcher Seite? Homepage?

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Flachwelt.block..???...it

Dr. Rudolf Lohberger: Das trifft das dann aber auch nicht mehr zu, was ich jetzt gesagt habe. Deshalb weil ich weiß, dass der Herr Wustinger das Unternehmen an KTM verkauft hat. Aber ich kann mich an den Herrn nicht erinnern. KTM kenne ich, Bankl kenne ich, aber den - da ist mir nichts bekannt.

Obmannstellvertreter Mag. Gernot Darmann: Herr Kollege Kogler bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Danke. Ich wollte nur eine Ergänzung machen zu vorhin. Herr Dr. Lohberger, der Hinweis, dass wir uns das im Ministerium besorgen sollen, ist durchaus hilfreich, wenn es so wäre, dass die noch nicht geliefert

hätten. Wir gehen davon aus, dass wir alle Akten bekommen haben und wir haben diese Listen auch hier.

Ich sage das nur deshalb, damit klar ist, dass es sich hier um ein Untersuchungsverfahren handelt und nicht um irgendein Kaffeekränzchen in der Wirtschaftskammer. Wir fragen Sie nach klaren Wahrnehmungen und allenfalls spielt Ihre Rolle oder die Rolle der Institutionen hier noch etwas mit sowie eben die Themenstellung zu den Gegengeschäften ist und ich komme zurück auf meinen vorigen Bereich und halte Ihnen vor. Sie wissen unser Thema ist die Divergenz ist jetzt die Plattform tatsächlich ein ernst zu nehmendes beratendes Gremium, so wie es der Rechnungshof darstellt ein de facto Entscheidungsorgan oder ist es doch das BMWA selber, weil ich kann Ihnen heute schon eines sagen, wenn hier die Vertreter des BMWA sitzen, werden sie sagen, wir haben uns eine Expertise besorgt und die Expertise war die Plattform und Sie machen uns hier jetzt gerade klar, dass Sie weder den Gegengeschäftsvertrag in voller Länge gekannt haben, um es zusammenzufassen und einzuleiten, noch dass Sie die notwendigen Unterlagen haben, um das einzelne Gegengeschäft zu beurteilen und ich kann Ihnen versichern ich schenke Ihnen glaube.

Ich halte Ihnen trotzdem vor jetzt, Bundesminister Bartenstein 16.5.2003, also eineinhalb Monate vor Vertragsabschluss. Da geht es um die Transparenz und alles wahre. Gute und Schöne und umfassend wird die BMWA über die Abwicklung des Gegengeschäftsvertrages informiert. So umfassend, dass Sie nicht einmal den Vertrag kriegen und so weiter und so fort. Die Beurteilung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen, nicht etwa nur damit man ein paar Zahlen sieht vielleicht, die Beurteilung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen wird durch die Plattform Gegengeschäfte und dann sogar noch vom Wirtschaftsforschungsinstitut begleitet. Jetzt frage ich Sie, wie ist die Begleitung der Auswirkungen der Gegengeschäfte durch die Plattform?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich wiederhole nochmals, ich kenne den Gegengeschäftsvertrag nicht. Ich kenne ihn nicht. Das ist so. Ich kann Ihnen nichts anderes sagen.

Zweitens, mir nützen die Firmenunterlagen, die zur Verfügung gestellt werden überhaupt nichts, wenn ich die Vertragsinhalte nach denen begutachtet werden soll nicht kenne. Selbst wenn Sie mir das jetzt vorlesen und vorhalten, kann ich nur sagen, ich kenne Vertragsinhalt nicht deshalb, nehme ich die Position ein und sage, okay, das Wirtschaftsministerium haben sie überprüft, die Gegengeschäftsabteilung bejaht das, was sie auch tun, und ich begnüge mich eigentlich damit, weil ich ja selbst die Möglichkeit nicht habe.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist ein für den Ausschuss wertvolles Ergebnis. Jetzt haben wir das ganz gesichert bei Protokoll. Sie sind nicht der Einzige, der unter diesen Umständen leidet.

Ich zitiere aus einem Schreiben des Prof. Dr. Helmut Kramer, der ja Mitglied dieser Plattform war. Ich das richtig vorab?

Dr. Rudolf Lohberger: In der Vorzeit möglich, ich habe jetzt in Erinnerung den Prof. Helmenstein und dann Prof. Moser. Mir ist der Kramer nicht erinnerlich, aber es kann sein. Ich war nicht bei jeder Sitzung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Der Prof. Kramer war damals noch Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts und wir haben genügend Listen, wo er als Mitglied der Plattform eingetragen ist. Jetzt halte ich Ihnen nur vor beziehungsweise zitiere ich, es ist nicht einmal ein richtiger Vorhalt, damit Sie dann die folgende Frage beantworten können.

Er, Kramer schreibt jetzt, dass er aus der Plattform Gegengeschäfte aussteigen will. Und zwar begründet er das, das schreibt er am 22.März 2004, und das begründet er folgendermaßen und unter anderem: „Der Grund für meine Entscheidung liegt nicht einfach nur in der Konkurrenz mit anderen dringenden Aufgaben, sondern darin, dass die Beurteilung konkreter Gegengeschäftsangebote in der praktizierten Form aus meiner Sicht und vor allem auch aus wissenschaftlicher Sicht der Wirtschaftsforschung ausgeschlossen ist.“

Jetzt frage ich Sie, hat es in der Plattform öfter Diskussionen darüber gegeben, ob die Plattform überhaupt in der Lage ist, die Gegengeschäfte entsprechend zu bewerten. Ich frage Sie nicht nach Ihrer Meinung, die haben Sie schon kundgetan. Ich frage Sie nach den Wahrnehmungen, wie andere Plattform-Mitglieder die Problematik, die Sie hier auch bestätigt haben, gesehen haben.

Dr. Rudolf Lohberger: Mir sind diese Diskussionen dezidiert nicht erinnerlich. Das was mir erinnerlich ist, ist das was mich betrifft, dass ich die Unterlagen, also den Vertrag verlangt habe, weil jegliche Urteilsbildung ja nicht möglich ist. Ob es Diskussionen gegeben hat, daran kann ich mich nicht mehr erinnern. Aber möglich, dann steht es im Protokoll.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann ist wenigstens das Zitat des Prof. Kramer bei Protokoll, nachdem wir ihn jetzt vielleicht aus ökonomischen Gründen gar nicht hören werden.

Ich halte Ihnen vor das Protokoll der Plattform Gegengeschäfte, wo es genau darum geht – das ist das Protokoll vom 30.9.2004 -, dass diese Plattform höchste Probleme hat überhaupt ihre Aufgabe selbst einzuordnen und zu definieren. Und zwar heißt es hier unter dem Punkt 4: „Das BMWA hat den Mitgliedern der Plattform die Aufstellung jener Geschäftsfälle, die anrechnungsfähig und beurteilt werden sollen mit der Einladung zu dieser Besprechung übermittelt.“ Da kommen Sie das erste Mal in die Ziehung mit den konkreten Geschäften über das Jahr 2003 und 2002. „Vor der Behandlung der einzelnen Geschäftsfälle entwickelt sich eine Diskussion über den tatsächlichen Arbeitsauftrag an die Plattform.“ Haben Sie jetzt eine Erinnerung?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich kann nur noch einmal sagen, ich kann mich an die Diskussion nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich sage Ihnen, dass Sie offensichtlich ähnlich argumentiert haben, wenn Sie für WKÖ stehen wie hier im Protokoll, dass der Plattform die ausreichenden Unterlagen fehlen, und außerdem der Gegengeschäftsvertrag nicht bekannt ist, sondern bestenfalls nur in Auszügen. Dann ist auch das bei unserem Protokoll und nicht nur in diesem.

Dr. Rudolf Lohberger: Das habe ich aber schon zu Protokoll gebracht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, Sie haben das schon zu Protokoll gegeben. Ich frage Sie immer nur nach den Wahrnehmungen, nachdem Sie öfter in der Plattform waren, was Sie dort registriert haben? Dass Sie selbst Ihre Position hier dargetan haben ist soweit bekannt. Ich frage Sie ein Nächstes.

Der Gegengeschäftsvertrag hat ein Formular beinhaltet, das Ihnen sicher vertraut sein muss, weil Sie insoweit, nehme ich einmal an, tangiert sein müssen, wo sozusagen der Schimmel für die Gegengeschäftsbestätigungen auch mit abgedruckt ist. Da sind die Verpflichteten drauf und die österreichischen Firmen et cetera. Da gibt es einen Absatz über etwaige Provisionszahlungen. Ich bringe Ihnen den zur Kenntnis. Der österreichische Partner des Gegengeschäfts nimmt zur Kenntnis, dass ein mit der Verifizierung dieses Geschäftsfalles vom BMWA allenfalls beauftragter Gutachter, möglicherweise die Plattform, berechtigt ist, die ihm aus seiner Tätigkeit erwachsenden

Kosten bis zu einem Beitrag von maximal 0,3 Prozent der vom BMWA anerkannten Auftragssumme in Rechnung zu stellen. Also 0,3 Prozent, das hat nichts mit jenen drei Prozent zu tun, die Kollege Kräuter vorgehalten hat. Ist diese Passage hin und wieder diskutiert worden in der Plattform?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich glaube mit erinnern zu können, dass diese Prüfungsgebühr diskutiert wurde und ich glaube auch mit erinnern zu können, dass ich mich daran gestoßen habe und schlussendlich war das auch der Grund, warum wir bei der AG Offset ganz einen sauberen Tisch haben wollten und gesagt haben, dieser Serviceleistung macht zwar jetzt den Sprung rüber für unsere Wirtschaft, damit das gut funktioniert, aber es gibt weder ein Sponsoring, damit man die Unabhängigkeit behält von Seiten des Verpflichteten, noch irgendwelche Zahlungen von Seiten der österreichischen Wirtschaft. So wird es auch gehandhabt, die 0,3 Prozent sind mir natürlich bekannt, so viel ich aber weiß, ist es dann revidiert worden und die 0,3 Prozent stehen zwar irgendwo, so wie Sie es zitiert haben. Ob sie sich heute noch drinnen befinden, das weiß ich nicht, habe ich nicht nachgeschaut, aber ich glaube mich erinnern zu können, dass mir Sektionschef Mayer mitgeteilt hat, dass das nicht zur Verrechnung kommt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut. Wir werden noch einmal kurz eine Runde machen müssen, ich teile Ihnen nur mit das ist jetzt heraußen, aber auf Grund einer parlamentarischen Intervention der Grünen, weil es war von Anfang an versprochen, dass diesmal dieser Fehler nicht gemacht wird, Provisionszahlungen hier einzukassieren oder auch nur abverlangen zu wollen, und dann ist es trotzdem so gekommen, später ist es herausgekommen.

Dr. Rudolf Lohberger: Ich habe aber nicht gesagt, dass das Provisionszahlungen sind, sondern Sie haben mich gefragt ob ich diese Gebühr kenne und ich habe gesagt, ja, diese Gebühr ist mir bekannt, und mir ist auch bekannt, dass die herausgenommen wurde. Sektionschef Mayer hat uns darüber informiert. Aber das wird er Ihnen dann wahrscheinlich selbst sagen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Mein Name ist Lapp. Sehr geehrter Herr Dr. Lohberger! Es gibt einige Projekte im Rahmen der Gegengeschäfte, die im Zuge der letzten Jahre immer wieder in der öffentlichen Diskussion waren. Da wollte ich Sie fragen wie das dann ausgegangen ist, es sind konkret drei Projekte. Das eine ist die Betriebsansiedelung der Sorella Raimonda, dann die Lactoprod und die Fachhochschule Joanneum. Könnten Sie uns sagen, wie dann die Entscheidungen in der Plattform dazu gefallen sind?

Dr. Rudolf Lohberger: Die Diskussionen um diese drei Projekte, die kenne ich. Ich müsste mich aber jetzt auf den Label der Vermutung bewegen, ich kann Ihnen nur bestätigen, die sind mir bekannt. Bei der Anzahl der Projekte, was jetzt schlussendlich so ganz abgelehnt wurde, was zum Großteil herausgestrichen wurde, das ist mir nicht detailliert geläufig. Was jetzt das Joanneum Research betrifft glaube ich mich erinnern zu können, dass es eine Expertise von Prof. Moser oder von Prof. Helmenstein dazu gibt.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, die Projekte sind im verminderten Ausmaß anerkannt worden.

Dr. Rudolf Lohberger: Nein, das heißt es nicht. Ich habe nur gesagt, es ist mir Erinnerung, dass sie diskutiert wurden. Und was das Joanneum Research betrifft, glaube ich mich erinnern zu können, dass es ein Gutachten von Prof. Moser oder/und Prof. Helmenstein dazu gibt. Ich bin mir aber nicht sicher. Mir sind die Diskussionen geläufig, aber nicht die Ergebnisse.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Die Diskussionen sind Ihnen geläufig, aber die Ergebnisse nicht? Das heißt, das werden

Dr. Rudolf Lohberger: Selbstverständlich. Es wurde diskutiert, aber was schlussendlich herausgekommen ist, das müsste man in einem Protokoll nachschauen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das hat sich über mehrere Jahre gezogen und es sind dann reduzierte Beiträge anerkannt worden.

Dr. Rudolf Lohberger: Nein. Ich habe nicht gesagt, dass sie anerkannt worden sind. Ich habe gesagt, ich kann mich an die Diskussion erinnern, aber das Ergebnis weiß ich nicht mehr auswendig. Ich glaube nur, dass beim Johanneum Research dann die beiden Professoren damit beschäftigt waren zu irgendeinem Gutachten.... Ergebnis gekommen sind.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): War ein Kriterium bei den Gegengeschäften, dass Arbeitsplätze im Inland geschaffen werden sollen?

Dr. Rudolf Lohberger: Volkswirtschaftliches Kriterium mit Sicherheit. Aber ich muss noch einmal darauf zurückkommen, dass am Ende der Diskussionen der Vertrag steht, und ich diesen Vertrag nicht kenne.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, Sie waren überall involviert, aber Sie sind nicht im Konkreten befasst mit den Dingen. Ein Prinzip war ja die inländische Wertschöpfung. Und ich wollte nur nachfragen: Konkret von MAN soll vorliegen, dass damit ein Werk in einem anderen Land gefördert werden sollte. Da wollte ich Sie fragen, nachdem Sie ja Experte sind.

Dr. Rudolf Lohberger: Ich habe den letzten Satz mit MAN nicht vollkommen verstanden, nämlich akustisch nicht verstanden, möchte aber auf Ihren Einwand, ich war überall involviert, nur bei dem Vertrag nicht, Ihnen mitteilen, dass ich nirgends involviert war. Ich war weder bei den Vertragsvorverhandlungen noch bei den Vertragsverhandlungen dabei, weder auf der militärischen noch auf der Gegengeschäftsseite. Ich kenne auch den Vertrag nicht. Wir haben auszugsweise Information bekommen, aber wieweit eine Deckung wie viel dass da jetzt wiedergegeben wurde, das kann ich nicht beurteilen. Soviel zu dem Statement, ich war überall dabei. War ich bitte nicht. Ich war gar nirgends dabei, außer den Plattform-Sitzungen, wo ich anwesend war.

Zur MAN habe ich die Frage akustisch nicht verstanden. Könnten Sie die, bitte, wiederholen?

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Da ist meine Frage, ob hier ein Werk in Österreich unterstützt wurde oder den Zuschlag bekommen hat und inländische Wertschöpfung hatte oder ein Werk außerhalb Österreichs?

Dr. Rudolf Lohberger: Mir ist der Fall MAN, Auftrag für die Lieferung von, glaube ich, geländegängigen Lkws für das Britische Verteidigungsministerium Meinen Sie das? Da gab es eine Vorinformation, dass ein Teil dieser Lkws – da wurde sogar, glaube ich, gesagt, welche Teile in Österreich produziert werden und welche Teile im Ausland produziert werden – für Österreich zur Anrechnung kommt, nämlich derjenige, der in Österreich produziert wird. Das Verhältnis ist mir nicht mehr geläufig. Aber das ganze Volumen des Auftrags an MAN ist nicht zur Anrechnung gekommen, soviel ich weiß. Das ist aber eine Pre Approval, also eine Vorinformation. Abrechnung hat es, soweit ich weiß, bis Ende 2005 zu diesem Volumen, glaube ich, nicht gegeben. Das wird erst kommen, vielleicht bis 2006. Was? weiß ich nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. Gibt es sonst noch Fragen?- Kollege Haimbuchner.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Im Zusammenhang mit den Gegengeschäften sagt Ihnen da der Name Mag. Kreuzer etwas? Ich sage Ihnen auch gleich die Firma dazu, das ist die Castellana Business Development GmbH.

Dr. Rudolf Lohberger: Die sagt mir etwas im Zusammenhang mit Messen, aber nicht mit Gegengeschäften.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Im Zusammenhang mit welchen Messen sagt Ihnen das etwas?

Dr. Rudolf Lohberger: Mit Messen. Aber im Zusammenhang mit Gegengeschäften nichts.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Ja welche Messen? Wenn Sie sagen: Messen, dann möchte ich Sie fragen, welche Messen? Sind das eventuell Rüstungsmessen?

Dr. Rudolf Lohberger: Das vollständige Programm kenne ich nicht, aber dass sie Messen im Sicherheitsbereich betreuen, im Luftfahrtbereich, das weiß ich, weil wir ja dort sind.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Sind das Messen in Abu Dhabi? Da ist ja die größte Rüstungsmesse an und für sich im Nahen Osten.

Dr. Rudolf Lohberger: Die größte Rüstungsmesse ist die in Washington. Die zweitgrößte ist die Eurosatory in Paris, die drittgrößte könnte sein, dass das Abu Dhabi ist Kuala Lumpur, ich weiß es nicht, oder Türkei – ich habe keine Ahnung. ... Die größten zwei Messen, die mir bekannt sind, habe ich Ihnen genannt. Und was die Luftfahrtmessen betrifft, ist die größte Luftfahrt die SIAE in Paris.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Arbeitet Ihr Bruder zeitweise für diese Firma?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich habe zwei Schwestern und ich habe keinen Bruder! Meine Schwester heißt Susanne Ehgartner und ist mit einem Gynäkologen verheiratet in Wien. Meine zweite Schwester ist Hausfrau. Ihr Mann arbeitet bei der Firma Wildenhofer in Salzburg, das ist eine Spedition.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Dann frage ich anders.

Obmann Dr. Peter Pilz: Hat diese Spedition einen Eurofighter transportiert?

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Das war jetzt Pilz für das Protokoll.

Dr. Rudolf Lohberger: Ich sehe meine Schwester einmal jedes Jahr zu Weihnachten. Ich weiß nicht, nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bleiben wir kurz bei der Firma Castellana. Wissen Sie, wem diese Firma gehört?

Dr. Rudolf Lohberger: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kennen Sie den Rechtsanwalt Dr. Fiedler in diesem Zusammenhang?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich kenne einen Rechtsanwalt Fiedler aus Salzburg, weil ich dort aufgewachsen bin. Aber irgendwelche Zusammenhänge mit Gegengeschäften – mag sein, dass er welche macht – sind mir nicht bekannt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, Sie wissen nicht, wer mögliche Treugeber von Rechtsanwalt Dr. Fiedler sind?

Dr. Rudolf Lohberger: Nein, das weiß ich nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das Zweite ist eine kurze ergänzende Frage zu dem Schreiben an Spinka, Wall, Corrieri, das heute schon einige Male zitiert worden ist. Da ist ja ein viertes Exemplar an das Kabinett des Ministers gegangen – wenn ich mich richtig erinnere. Ist das richtig?

Dr. Rudolf Lohberger: Das kann sein, ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich wollte Sie da nur zu ganz wenigen Punkten fragen. Sie schreiben da: „Dass uns die Firma EADS Eurofighter durch Ihren Generaldirektor...“ und so weiter. Warum haben Sie EADS wahrgenommen als die Firma EADS Eurofighter?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich habe die Firma EADS wahrgenommen, nur EADS ist in verschiedenen, ist mir bekannt, in...

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist nicht für Sie.

Dr. Rudolf Lohberger: Ist mir bekannt in verschiedenen Bereichen, das heißt, sie ist nicht nur im Bereich Militärflugzeuge tätig, sondern hat andere, hat andere Aktivitäten auch noch, die mir bekannt sind, und der Vermerk auf meinem Schreiben an die Herren bezieht sich auf das Produkt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Also das, na, aber es gibt ja keine Firma EADS Eurofighter. Also Sie meinen, schauen

Dr. Rudolf Lohberger: Und ich habe mich auch, meine, also das, was ich ausdrücken wollte war, EADS, die Firma EADS unter der die Herrschaften aufgetreten sind, also die Leute, die halt da so gekommen sind und das Produkt Eurofighter. Ob ich es da so erwischt habe oder nicht, das ist mir...

Obmann Dr. Peter Pilz: Also Herr Rauen war ja einmal Vertreter der Firma EADS, einmal Vertreter der Firma Eurofighter, haben Sie bei den Leuten, mit denen Sie zu tun hatten, gewusst, ob der gerade bei EADS oder bei Eurofighter ist? Da hat es eine relativ große Verwechslungsgefahr gegeben.

Dr. Rudolf Lohberger: Also ich habe aus den aus den Kart, aus den Visitekarten abgeleitet, dass das EADS ist, ich kann nur sagen, der Hinweis Eurofighter sollte Hinweis auf das Produkt sein, und nicht auf irgendwelche anderen Geschichten. Wie dann schlussendlich die rechtlichen Konstellationen sind, oder waren, das habe ich natürlich jetzt in der Zwischenzeit gesehen, aber unter Eurofighter GmbH, da sind die Herrschaften bei mir nicht angetreten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, das war auch sehr selten, also in der Regel hat es EADS Visitekarten gegeben, und Eurofighter Visitekarten sind sehr selten, und werden außerhalb des Ausschusses bereits zu sehr hohen Kursen gehandelt, also, falls Sie einmal eine sehen, bitte uns umgehend zu informieren. Das ist nämlich wirklich etwas sehr Seltenes. Sagen Sie, entriert worden ist das ganze vom Herrn Bischof oder vom Herrn Rauen?

Dr. Rudolf Lohberger: Die Herren Bischof und Rauen waren soweit ich mich erinnern kann als erste da, und den Bischof habe ich dann irgendwo einmal gesehen, aber dann überhaupt nicht mehr, den Rauen habe ich nach der, nach der Typenentscheidung, also zumindest nach dem Kaufvertrag oder im Kaufvertragsbereich, nicht mehr gesehen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und wer, haben Sie so eine Wahrnehmung, wer hat denn das tägliche Geschäft für EADS Eurofighter in Wien durchgeführt?

Dr. Rudolf Lohberger: Also das, wir waren dann halt in Regelmäßigkeit, und man muss dabei berücksichtigen, dass ich ja doch mit Schwerpunkt Gegengeschäfte mich beschäftigt habe, ein bekannter Herr Moser, eine Frau Olbrich, ein Herr Aldag, ein Herr Kellerhof, also das sind so, wobei der...

Obmann Dr. Peter Pilz: Und da müsste ja Bergner auch?

Dr. Rudolf Lohberger: Der Bergner, ja genau, der Dr. Bergner. Dann ist die EBD irgendwann einmal entstanden, das waren so die Hauptakteure, wobei am Anfang die Hauptaktivität beim Dipl. Ing. Moser gelegen ist, und der sich immer mehr zurückgezogen hat. Die Hauptaktivität noch gehabt hat bei den Offset Konferenzen und dann mehr oder weniger die Aktivitäten vom Bergner wahrgenommen wurden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wissen Sie eigentlich, wem die EBD gehört? Wer die Eigentümer der EBD sind?

Dr. Rudolf Lohberger: Na, ich habe mir das nicht angeschaut.

Obmann Dr. Peter Pilz: Na, hätte ja zufällig sein können, dass irgendwer Ihnen gesagt hat.

Dr. Rudolf Lohberger: Na, ich habe mir das nicht angeschaut, aber ich gehe davon aus, dass das dem Bergner gehört, oder der EADS. Also ich müsste mutmaßen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay, das hilft uns nichts. Wer hat Ihnen die Adresse vom Steininger genannt? War das der Herr Rauen? Weil das war ja ein sehr konkreter Hinweis, nicht nur da gibt es irgendeinen Herrn Steininger, sondern der wird da mit Namen und Adresse genannt. Das war doch eine sehr konkrete Vorstellung, der ist Ihnen ja mit Handschrift ans Herz gelegt worden.

Dr. Rudolf Lohberger: Ja, das, da ist der Rauen schon genannt worden, oder habe ich das am Telefon gesagt gekriegt, das weiß ich nicht mehr.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay, und das letzte. Sagen Sie, die Wirtschaftskammer hat ja eine bestimmte Funktion. Man geht ja nicht irgendwo hin am Vormittag zu Rapid, am Nachmittag zur Wirtschaftskammer und sagt, ich möchte es Euch jetzt mitteilen, dass der Herr Steininger unser Repräsentant ist. Sondern es hat eine offizielle Bedeutung, wenn man der Wirtschaftskammer mitteilt, wer der offizielle Repräsentant einer Firma ist. Können Sie dem Ausschuss schildern, welche Funktion das hat, wenn man das der Wirtschaftskammer bekannt gibt?

Dr. Rudolf Lohberger: ich habe die Frage jetzt nicht

Obmann Dr. Peter Pilz: Es hat ja einen Sinn, wenn der ausländische Repräsentant einer Firma, oder der Vertreter hergeht und der Wirtschaftskammer sagt, schauen Sie, wir möchten Sie informieren, dass unser Repräsentant in Wien, ab jetzt in dem Fall der Herr Steininger ist. Welche Bedeutung hat das, wenn Firmen so versuchen über die Wirtschaftskammer Stellen der Republik zu informieren? Ist das üblich, dass man sich da der Wirtschaftskammer bedient?

Dr. Rudolf Lohberger: Naja. Ich würde sagen, es ist nicht unüblich, ich meine wir sind, oder ich bin um diese Information ersucht worden, bin auch jetzt dieser Information nachgekommen, habe mich auch jetzt auch im Zuge der Diskussion gefragt, was wäre denn gewesen, wenn ich gesagt hätte, schreibe Dir den Brief selber. Dann hätte er sich wahrscheinlich aufgeregt und gesagt, von der Wirtschaftskammer kann man überhaupt nichts haben, also das ist das. Und mehr kann ich dazu nicht sagen. Ich habe, glauben Sie mir es, auch meinen Schriftverkehr durchgesehen und

geschaut, gibt es einen Brief, wo mir das bekannt gegeben wurde mit dem Herrn Steininger, ich habe keinen Brief gefunden, sondern ich gehe auf die telefonische Information, also ich muss mich auf die telefonische Information zurückziehen. Die ist mir geläufig, aber ich weiß nicht mehr, mit wem ich die geführt habe.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es geht um etwas ganz einfaches. In anderen Bereichen gibt es so etwas wie offizielle Akkreditierungsverfahren. Wenn ein fremder Staat in Österreich eine Vertretung errichtet, dann gibt es ein ganz klares Akkreditierungsverfahren. Wenn eine Firma praktisch eine Botschaft in Wien eröffnet, dann gibt es kein offizielles Akkreditierungsverfahren, sondern, ich habe mich erkundigt, dann ist es üblich, dass man die Wirtschaftskammer informiert, schauen Sie her, wir haben jetzt einen offiziellen Repräsentanten in Wien. Seien Sie so freundlich und informieren Sie die damit befassten Stellen und Ämter, dass wir jetzt einen Repräsentanten haben, weil das ein höheres Maß an Glaubwürdigkeit hat und einen etwas offizielleren Charakter als wenn wir das selbst machen. Habe ich das ungefähr richtig wiedergegeben?

Dr. Rudolf Lohberger: Also ich kenne die Motivation von der EADS nicht, das, was ich mir jetzt vielleicht im nachhinein, und sechs Jahre später das zu rekonstruieren ist nicht leicht, weil ich mir die Details bei Gott nicht merke, über einen solchen Zeitraum. Nur EADS hat verschiedene Aktivitätsbereiche. Also EADS hat Raketensysteme und EADS ist beteiligt bei Airbus und hat dieses und hat Simulatoren und was die alles und und

Obmann Dr. Peter Pilz: Ist uns an und für sich bekannt. Mir geht es da weniger um EADS sondern um das Verfahren, es gibt ja auch andere Firmen, die sagen, wir möchten bekannt geben.

Dr. Rudolf Lohberger: ich meine jetzt, ich stelle mir die Frage, ob richtig oder falsch, dass ich die Information gegeben habe, darum wurde ich ersucht, und habe sie einfach weitergegeben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist also jetzt ein Missverständnis. Das ist überhaupt kein Vorwurf und gar nichts, sondern mich interessiert das Verfahren. Ich halte das für vollkommen normal, dass eine ausländische Firma, die sagt, wir möchten jetzt einen Repräsentanten in Wien bekanntgeben, das über die Wirtschaftskammer macht. Na, sie wird es über irgend einen privaten Verein machen, nicht über irgend einen Managementklub, sondern über eine Einrichtung mit öffentlichem, mit ganz bestimmten Status, den ja die Wirtschaftskammer hat. Und deswegen war nur meine Frage, ob das üblich ist, dass man, wenn man nach Wien kommt, und sagt, so, ich habe jetzt einen Repräsentanten, die öffentlichen Stellen und Ämter über die Wirtschaftskammer darüber informiert. Ich halte das für einen vollkommen normalen Vorgang. Ich möchte nur wissen, ob das wirklich so ist. Das werden Sie ja nicht ein einziges Mal gemacht haben.

Dr. Rudolf Lohberger: Das kommt verhältnismäßig selten vor, da haben Sie schon, das muss ich schon sagen. Ich kann Ihnen sagen jetzt, wann, der Rauen war Anfang November bei mir und hat, da ging es auch darum, dass sie noch keinen Vertreter, keinen Repräsentanten zu diesem Zeitpunkt gehabt haben und die Frage des Repräsentanten zu diesem Zeitpunkt aufgetaucht ist. Der Rauen hat mir dann geschrieben, „Im Nachtrag zu unserem Gespräch vom letzten Freitag darf ich Ihnen auf diesem Weg noch einmal versichern, dass wir, das heißt EADS-Militärflugzeuge, bisher keinerlei Festlegungen getroffen haben, welche EADS-Repräsentanten uns im Rahmen der Eurofighter-Kampagne in Österreich vertreten werden. Gleichzeitig ist es aufgrund der EADS-internen Regelung ausgeschlossen, dass sich Personen ohne Zustimmung von EADS Militärflugzeuge als Programmrepräsentanten in Österreich

ausgeben können. Die in dieser Angelegenheit ausstehenden Entscheidungen werden in Kürze gefällt und selbstverständlich werde ich Sie darüber umgehend informieren.“

Obmann Dr. Peter Pilz: Könnten Sie uns freundlicherweise eine Kopie von dem Schreiben anfertigen lassen?

Dr. Rudolf Lohberger: Da müsste ich mit der EA, ich weiß nicht, ich kann es Ihnen

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, da gibt es keine Vertraulichkeit, da gibt es keine Vertraulichkeitsverpflichtung, das kommt ständig vor, dass uns Auskunftspersonen dann zur Kopie übergeben.

Xxx: November welchen Jahres ist das?

Obmann Dr. Peter Pilz: November 2001, nehme ich an.

Dr. Rudolf Lohberger: Das ist November 2001, vom 13. November 2001 bei uns.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann ersuche ich, uns das kopieren zu lassen.

Dr. Rudolf Lohberger: Dann, ja, ich habe zwar keine Rücksprache gehalten, aber

Xxx:??????????? Die Herausgabepflicht ist synchron geregelt mit den Zeugnisverweigerungsgründen. Da kein Zeugnisverweigerungsgrund

Dr. Rudolf Lohberger: Es steht auch nichts Geheimnisvolles drinnen. Bitte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, ich fasse das jetzt nur für mich zusammen. Das ist ein natürlich offizieller Weg, einen Repräsentanten vorzustellen, als wenn man das über einen Managementklub oder in einer Pressekonferenz macht. Sie sagen, das ist relativ selten passiert. Das heißt, ich gehe davon aus, dass das für Firmen, die diesen eher seltenen Weg gehen, eine besondere Bedeutung haben muss, weil man sich ja sonst eher dem nicht unterzieht. Wir haben Ihre Erklärungen dazu zu Protokoll. Ich möchte Sie dazu gar nicht weiter befragen. Wir machen jetzt die Kopien. Sie kriegen dann das Original, sobald es kopiert ist, wieder zurück. Der Kollege Kräuter hat noch eine Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, ich möchte nur ein Missverständnis, oder eine Missinterpretation aufklären, dass wir nicht später Protokoll und öffentliche Aussage haben. Sie haben jetzt gesagt, in diesem Schreiben an Spinka, Corrieri und Ministerium und andere war mit EADS-Eurofighter gemeint die Firma EADS und das Produkt Eurofighter. Haben Sie gerade vorher gesagt, nicht? Allerdings, Sie haben am 4. 5. da der APA gegenüber gemeint, Vertreter von EADS und Eurofighter damals sei es für ihn, also für Sie, schwierig gewesen, zwischen den beiden Firmen zu unterscheiden. Sie sind da in bester Gesellschaft. Der Professor Eicher hält auch nicht auseinander EADS und Eurofighter. Aber Sie haben da öffentlich erklärt, wie diese Schreiben bekannt geworden sind, dass es für Sie schwierig war, damals diese beiden Firmen zu unterscheiden.

Dr. Rudolf Lohberger: Ich habe aber auch bei diesem Gespräch mit der APA erklärt, dass ich den Bezug zum Produkt hiermit meine.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es ist ja durchaus, wenn ich mich da einmischen darf, es ist ja durchaus beides möglich. Natürlich beziehen Sie sich auf das Produkt, weil es hat ja nicht die Firma Eurofighter das Produkt EADS angeboten, sondern umgekehrt.

Dr. Rudolf Lohberger: Bei mir haben sich, ich glaube, aber gut.

Obmann Dr. Peter Pilz: So, ich glaube, das haben wir ziemlich klar. Haben wir die Kopien? Darf ich Ihnen das, ich möchte es mir nur ganz kurz noch anschauen, ob es zu dem Schreiben noch möglicherweise Fragen gibt. Das ist natürlich im

Zusammenhang schon interessant. Am 12. November schreibt Ihnen Herr Aloysius Rauen als Präsident und ?????? Military Aircraft von EADS, am 12. November. Sehr geehrter Herr Lohberger. Im Nachtrag zu unserem Gespräch vom letzten Freitag, also da haben Sie offensichtlich ein paar Tage vor dem 12. November ein Gespräch mit dem Herrn Rauen gehabt, darf ich Ihnen auf diesem Wege noch einmal versichern, dass wir, das heißt EADS-Militärflugzeuge, bisher keinerlei Festlegung getroffen haben, welche EADS-Repräsentanten uns im Rahmen der Eurofighter-Kampagne in Österreich vertreten werden. So. das hält er fest am 12. November. Am 7. Dezember, da war er kurz vorher bei Ihnen, Schreiben Sie dann weiter, Wir erlauben uns höflichst mitzuteilen, dass uns die Firma EADS-Eurofighter durch Ihren Generaldirektor Herrn Aloysius Rauen mitgeteilt hat, dass Herr Erhard Steininger ihr offizieller Repräsentant für Österreich in Bezug auf die Beschaffung Abfangjäger ist. Mit diesem Brief, den Sie uns jetzt in Kopie gegeben haben, ergibt das jetzt ein eindeutiges Bild. Mitte November ist es für EADS noch unklar. Und die teilen Ihnen mit, wir wissen noch nicht genau, wer wird unser Repräsentant sein, aber sobald wir es wissen, werden wir es Ihnen mitteilen, die Entscheidung ist noch nicht getroffen. Anfang Dezember ist die Entscheidung getroffen, der selbe Herr Rauen spricht bei Ihnen vor und sagt, wir haben uns das jetzt überlegt, unser Vertreter in Österreich ist jetzt Herr Erhard P. Steininger und wir teilen es Ihnen hiermit mit. Ist ein klarer, plausibler Vorgang. Die Schriftstücke ergeben im Zusammenhang einen Sinn und eine klare und logische Abfolge. Ich frage Sie nur zur Sicherheit. Ich habe das jetzt versucht, zusammenzufassen. Würden Sie mit dieser Zusammenfassung übereinstimmen. Bitte ins Mikrophon.

Dr. Rudolf Lohberger: Grundsätzlich ja, muss aber darauf hinweisen, dass das, dass die Gespräche, die mit mir stattgefunden haben, sich immer auf das Gegengeschäft beziehen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Natürlich, Herr Lohberger. Aber das Entscheidende ist, tritt Herr Steininger als Repräsentant, als offizieller Repräsentant für EADS in Österreich auf. Da ist es für die spätere grundsätzliche rechtliche Würdigung, mit der wir jetzt Sie nicht belasten werden können, letzten Endes unerheblich, ob das an dem Punkt die Gegengeschäfte waren, an dem Punkt was anderes war. Die Frage ist, war er jemals offizieller Repräsentant der Firma EADS in Österreich. Und das ist im Zusammenhang dieser beiden Schriftstücke zumindest prima vista eindeutig erkennbar. Und es war offensichtlich auch für Sie eindeutig erkennbar, weil sonst hätten Sie das Bundesministerium für Landesverteidigung nicht in diesem Sinn informiert. Gehe ich richtig in dieser Annahme?

Dr. Rudolf Lohberger: Diese Information habe ich gegeben, da habe ich nichts andenk

Obmann Dr. Peter Pilz: So täte ich das auch sehen. Das ist eigentlich das Wesentliche, was ich dazu fragen wollte, ich glaube, Sie haben uns da wirklich sehr geholfen. Kollege Haimbuchner, bitte.

Abgeordneter Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Nur einer Frage, weil es für ein bisserl Amusement gesorgt hat, meine Frage nach einem Verwandtschaftsverhältnis vorhin. Ich wollte das nur einmal klar stellen, oder Sie fragen noch einmal, ob Sie mit einem Dr. Gerd Lohberger verwandt sind. Das ist ein Wirtschaftsprüfer in Salzburg. Oder ist das nur Namensgleichheit?

Dr. Rudolf Lohberger: Ich kenne den Dr. Gerd Lohberger. Also bis in die vierten Reihen habe ich nichts gefunden, mich verbindet auch geschäftlich nichts.

Abgeordneter Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Na, dann danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: So, danke schön.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Vorsitzender, wir müssen noch eine Sache für das Protokoll erledigen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Kogler, bitte eine Sache für das Protokoll zu erledigen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich lege der Auskunftsperson vor eine konkrete Gegengeschäftsvereinbarung, wie sie BMWA seitens der Verpflichteten, also Eurofighter GmbH, eintrifft, und frage die Auskunftsperson, ob der Plattform Gegengeschäfte bei der Übermittlung zur Beurteilung ihrer Expertise diese originalen Gegengeschäftsbescheinigungen vorliegen. Kriegen Sie das in dieser Form?

Dr. Rudolf Lohberger: Also ich habe natürlich nicht die Möglichkeit, dass ich das vergleiche, weil ich mir ja keine Kopien gemacht habe von den Gegengeschäftsbestätigungen. Und ich kann deshalb darüber keine Auskunft geben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber Entschuldigung, Sie müssen ja 300 solcher, oder mehr solcher Bescheinigungen, Bestätigungen bekommen haben. Da werden Sie wohl eine Erinnerung dazu haben, ob Sie das so oder in anderer Form oder gar nicht übermittelt bekommen vom BMWA.

Dr. Rudolf Lohberger: Ich habe nicht die Möglichkeit, dass ich mit einem Originalschriftstück vergleiche, und darum sage ich, es ist möglich, aber ich kann es Ihnen nicht bestätigen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Lohberger, können wir da etwas ganz Einfaches machen. Sie können sich ja kurz Notizen machen, wie dieses Schriftstück aussieht, und wenn Sie in Ihr Büro zurückkommen, das kurz einmal vergleichen und ...

Dr. Rudolf Lohberger: Ich habe es im Büro nicht mit. Wir kriegen diese Unterlagen nicht mit, sondern das spielt sich so ab im Wirtschaftsministerium, man kriegt das zum ansehen, aber man nimmt die Unterlagen aus dem Akt nicht mit. Da haben wir nichts mit.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, Sie haben keine Vergleichsmöglichkeit.

Dr. Rudolf Lohberger: Die Vergleichsmöglichkeit habe ich nicht. Ich sehe die einmal alle Jahre ein oder zwei Mal, habe aber keine Möglichkeit des Vergleiches.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay. Aber was Sie dann wirklich bekommen, ist eine gesammelte Liste da, wo die Aufstellungen drinnen sind. Irgendetwas werden Sie ja wohl zum Mitnehmen kriegen.

Dr. Rudolf Lohberger: Die gesammelte Liste, also die Auflistung haben wir schon, aber Sie haben mir das Dokument vorgelegt und ich habe nicht die Möglichkeit zu vergleichen, und es ist durchaus möglich, kann ich sagen, aber ich kann es nicht dezidiert sagen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut. Da werden wir noch andere Mitglieder befragen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bevor ich mich bei Ihnen bedanke, habe ich nur noch eine Frage: Haben Sie noch andere schöne Schriftstücke für uns mitgebracht?

Dr. Rudolf Lohberger: Nein, habe ich nicht. Das ist zur eine – ich habe mir das nicht zusammengedacht, sondern die Entwicklung, ich kann nicht die Entwicklung dieser Sache aufzeigen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, nein. Das ist sehr gut. Das ist ganz wunderbar. Ich wollte nur sicherstellen, dass Sie nicht die Chance erhalten, uns alles vorzulegen. Aber ich glaube, das ist damit passiert.

Ich sehe keine weiteren Fragen mehr. Ich danke Ihnen herzlich für Ihr Kommen und für Ihre Auskunftsbereitschaft. Und auch für diese wertvolle Unterlage, die Sie uns zur Verfügung gestellt haben. Ihre Befragung ist geschlossen. Danke schön.

Wir machen jetzt eine ganz kurze Geschäftsordnungssitzung. Und dann gibt es eine ... Entschuldigung, wenn Klubs nicht in der Lage sind, Herr Dr.Epp, bitte.

Es sind jetzt überhaupt nur neun Abgeordnete da, was wir in erster Linie der Österreichischen Volkspartei verdanken. Trotzdem möchte ich nicht mit neun Abgeordneten Geschäftsordnungsbeschlüsse fassen, weil wenn nur einer mehr als die Hälfte da ist, das entspricht ...

Ja. Aber trotzdem! Das ist nicht ganz das. Ich gehe davon aus, dass nach der Befragung der nächsten Auskunftsperson die Österreichische Volkspartei in der Lage ist, mehr als einen Abgeordneten diesem Ausschuss zur Verfügung zu stellen. Und dann werden wir eine Geschäftsordnungssitzung durchführen. Und ich glaube, das wird der Ausnahmefall bleiben. Okay.

Es gibt bestimmte Situationen, da fehlt mir eine bestimmte Art von Zwischenrufen, und ich werde ganz unruhig . Aber das wird sich ja schnell wieder ändern. Ich unterbreche die Sitzung bis 12 Uhr. Die Sitzung ist unterbrochen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf, ersuche um Entschuldigung für meine Verspätung auf Grund der Ereignisse, die den Ausschuss persönlich betreffen und zu denen ich intensiv befragt worden bin, ob mir die Kollegin Fekter fehlen wird, was ich natürlich inbrünstig bejaht habe, versucht habe, meinen Trennungsschmerz zu beschreiben (*Zwischenruf....*), ... der Kollege Stadler war offensichtlich politisch besser vorbereitet und trägt schwarz (*Zwischenruf....*) Ich habe da volles Verständnis.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich ersuche, Frau Mag.a Zendron in den Raum zu bitten.

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre Pflicht zur Angabe der Wahrheit und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu 3 Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Wir kommen zu den Personalien. Ihr vollständiger Name lautet? - bitte ins Mikrofon zu sprechen.

Mag.a Silvia Zendron: Silvos Zendron.

Geburtsdatum: 24. 1. 1958,

Anschrift: 1020 Wien,

Beruf: Beamtin.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie sind öffentlich Bedienstete. Gemäß § 6 der Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei ihrer Einvernahme nicht auf die Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde, das Bundesministerium für Finanzen, wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollten Sie auf eine konkrete Frage der Meinung sein, dass einer dieser Gründe vorliegt, dann wenden Sie sich bitte an den Verfahrensanwalt oder an mich, und dann werde die weitere Vorgangsweise beraten.

Sie haben nach der Verfahrensordnung auch das Recht, vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben. Wollen Sie von diesem echt Gebrauch machen?

Mag. Zendron: Ja.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann bitte ich um diese Erklärung.

Mag.a Silvia Zendron: Ich möchte nur kurz skizzieren, in welchem Zeitraum und in welchem Umfang ich mit der Sache überhaupt zu tun hatte, was die Befragung vielleicht auch erleichtert.

Zeitlich hatte ich zu tun von etwa Mitte April 2001 bis etwa September 2001 und dann punktuell noch einmal im Jänner 2002.

Organisatorisch war es so, dass ich eingebunden war in eine sektionsinterne Arbeitsgruppe zu dem Thema. Ich habe in dem Zusammenhang an einigen sektionsinternen Sitzungen teilgenommen. Also nicht an Verhandlungen, nicht an Gesprächen mit Anbietern oder dergleichen. Und ich habe punktuell zugearbeitet der Abteilung, damals II/14, jetzt II/7, also Dr. Hillingrathner.

Inhaltlich war der Fokus meiner Tätigkeit eher grundsätzlich eine volkswirtschaftliche Betrachtung der Gegengeschäfte, deren ökonomischer Sinn, Effizienz, Effektivität und die Budgetwirkungen, die damit verbunden sind.

Mir lagen in dem Zusammenhang einige Dokumente vor, insbesondere Entwürfe der Vertragsunterlagen, Ausschreibungsunterlagen des Wirtschaftsministeriums, eine Kurzfassung einer IBIS-Studie und ein Auszug von EADS-Unterlagen sowie einige sektionsinterne Ausarbeitungen. Soviel zum Thema Gegengeschäfte im Beschaffungskontext.

Darüber hinaus hatte ich zeitlich, also im gleichen Zeitraum bis etwa 2003 marginal noch damit zu tun im Kontext, Förderungen und Forschungs- und Technologiepolitik. Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke schön, ich sage Ihnen jetzt noch zum Verfahren, in der Abfolge der Fraktionen werden die Abgeordneten jetzt an Sie ein paar Fragen stellen und ich ersuche immer die gestellten Fragen gleich zu beantworten. Die SPÖ beginnt mit der Befragung, Frau Kollegin Lapp, bitte, Sie müssen aber ins Mikrophon sagen, wie Sie heißen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Danke schön, Herr Vorsitzender, Abgeordnete Christine Lapp. Sehr geehrte Frau Mag. Zendron, ich beziehe mich auf die Stellungnahme und die Anmerkungen, die Sie in dem Zeitraum gemacht haben, zu der Studie des Industriewissenschaftlichen Institutes und möchte da gern einige Punkte durchgehen. Die Studie des Institutes hat die Gegengeschäfte dargestellt, und Sie haben sehr kritische Bemerkungen dazu gemacht, und da würde ich gerne das durchgehen. Das eine ist, dass Sie gemeint haben, dass Offset Geschäft wird uneingeschränkt befürwortet. Die Studie fördert in einer geradezu naiven Weise unrealistische Erwartungen. Womit könnten Sie das unterfüttern?

Mag. Silvia Zendron: Also die Studie in der Langfassung ist mir nie vorgelegen, und soviel ich weiß bei uns im Ministerium war die auch nicht verfügbar. Ich habe den Herrn Dr. Hillingrathner danach einmal gefragt, also die war für uns nicht zugänglich. Worauf ich mich beziehe ist also eine Kurzfassung dieser Studie, wo also die wesentlichen Punkte daraus, ein Sukkus sozusagen daraus dargestellt wurde, am gleichen Tag, oder einen Tag vorher gab es dazu auch noch eine Presseveröffentlichung der Industriellenvereinigung und in diesem Zusammenhang ist dieses Papier dann präsentiert worden, und ist mir dann vorgelegen mit der Bitte, dass sozusagen zu begutachten und der Hintergrund für meine Begutachtung ist der, dass ich also recherchiert habe, wie die der Stand the State of the Art ist zu dem Thema. Es gibt nicht sehr viel zu dem Thema, weil Offset Geschäfte nicht ein Mainstream Thema in der Ökonomie sind, aber es gibt doch einiges, und auf Basis dieser Unterlagen, die ich glaube ich auch unten zitiert habe, haben wir uns das angeschaut und hatten schon den Eindruck, dass dieser Sukkus dieser IWI Studie eigentlich sehr sehr stark befürwortet, dass Gegengeschäfte in jeder Hinsicht positive Auswirkungen hätten.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Es steht ja auch in der Studie, das war der nächste Punkt, dass Offset Geschäfte sozusagen bei den Forschungs- und Technologiepolitik etwas weiterpushen können in einem Land. Dieser Standpunkt, der war für Sie auch nicht nachvollziehbar, womit würden Sie das begründen?

Mag. Silvia Zendron: Naja, die Ansicht, dass sozusagen, dass es da enorme spill overs gibt aus dem Rüstungsgeschäft aus der Rüstungsindustrie, das ist sozusagen eine sehr gängige Ansicht, und hat lange Zeit gestimmt, und wahrscheinlich auch in der Nachkriegszeit gestimmt, aber, es gibt doch auch inzwischen Hinweise darauf, dass sich sozusagen die Gewichte etwas verschoben haben, und dass es nicht nur einen Spill-off und Spill-over gibt, Spill-on Effekte in die Zivilindustrie, sondern auch umgekehrt durch die Dual Use Technik, also dass der zivile Sektor also durchaus beiträgt zur Entwicklung und zum zum Fortschritt im Rüstungssektor, ja. Also der Zusammenhang ist nicht mehr so eindeutig, es gibt also durchaus auch empirische Hinweise, die das inzwischen belegen, und und sozusagen, man kann nicht so einen einfachen kausalen Zusammenhang postulieren.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie stellen auch fest, dass bei der Finanzierung von normalen Technologieprojekten und nicht militärischen Projekten ein wesentlich stärkerer Effekt erzielt werden könnte.

Mag. Silvia Zendron: Naja, das ist schon, man muss sich das schon sehr konkret anschauen, also man hätte vielleicht die Möglichkeit gehabt, oder man hat sie immer noch, dass man sich konkrete Gegengeschäfte, die in Österreich schon passiert sind, im Zusammenhang mit früheren Beschaffungen, dass man das also im Detail untersucht, ich kenne dazu jetzt nicht wirklich etwas, es gibt zwar einige Hinweise, es gibt, aber mir ist nicht bekannt, dass das einmal systematisch im Rahmen einer eingehenden Studie belegt wäre, das ist auch international relativ schwierig. Und es gibt dazu, die Studien, die es gibt, die sind also sehr uneinheitlich. Von keine Wirkungen, bis zu doch Wirkungen, aber eben nur in einem bestimmten Kontext, ja.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber einheitlich ist in diesen internationalen Studien, dass Kosten sozusagen auf den Beschaffungsvorgang aufgeschlagen werden, stimmt das?

Mag. Silvia Zendron: Ja, das scheint mir schon eine sehr weit verbreitete Ansicht und auch... Ja, also diese Ansicht, dass die Kosten der Gegengeschäfte auf das Grundgeschäft draufgeschlagen werden, das hat schon das WIFO in einer Studie oder in einer Enquete, die 2001 stattgefunden hat, festgestellt, das ist also sozusagen, durchwegs die Ansicht in allen Studien, die es dazu gibt. Und das ist auch, ich habe es jetzt im Zuge der Vorbereitungen auch wieder gefunden, das hat auch EADS selbst damals in einer Pressemeldung, das war so eine Meldung im Internet, dass man eben bis zu 15 Prozent Kosten da berücksichtigen muss.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und Sie kreiden auch an, dass man sozusagen die volkswirtschaftlichen Effekte, die es dadurch gäbe, dass eben mehr Sozialversicherungsbeiträge, mehr Arbeitsplätze, et cetera sind, nicht so nachzuvollziehen sind, wie das bei der Studie des IWI dargestellt wird.

Mag. Silvia Zendron: Ja, würde ich schon sagen, dass das nicht so einfach ist, weil man doch mehrere, also es ist nicht so linear wie die Effekte dargestellt werden. Es sind doch erstens internationale Geschäfte, da ist alles sowieso steuerlich anders zu behandeln, als wenn das jetzt alles in Österreich wäre.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie haben gesagt, Sie waren Mitglied in einer internen Arbeitsgruppe im Finanzministerium, jetzt wollte ich wissen, was ist dann mit Ihren internen Anmerkungen in der Arbeitsgruppe passiert? Ist das in der Arbeitsgruppe diskutiert worden? Ist das weitergeschickt worden in der Hierarchie?

Mag. Silvia Zendron: Also Arbeitsgruppe war es in dem Sinn, dass es sozusagen diesen Auftrag gab vom Sektionsschef Steger an den Minister, dass man also sich darauf vorbereitet, dass dieses Vorhaben also Budgetrelevant wird. Und es wurden dann also mehrere Abteilungen, wir eben, weil wir mit Wirtschaftsförderungen und Technologiepolitik zu tun hatten, aufgefordert, also diese Dinge sozusagen Stellungnahmen dazu abzugeben. Ich habe meine Ausarbeitungen dazu jeweils an Sektionsschef Steger, beziehungsweise Dr. Hillingrathner geschickt. Ich weiß dass diese Unterlagen von Hillingrathner zum Teil oder vollständig an Dr. Christl im Ministerbüro gingen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ist dann eine Reaktion vom Ministerbüro wieder zurückgekommen in die Abteilung?

Mag. Silvia Zendron: Nein, ist mir jetzt nichts bekannt.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, es gab innerhalb des Hauses dann keinerlei weitere Auseinandersetzung, es wurde dann sozusagen, die Expertise, die von Ihnen erstellt worden ist, auf Eis gelegt?

Mag. Silvia Zendron: Ob es auf Eis gelegt wurde, weiß ich nicht, aber ich habe jedenfalls keine persönliche Rückmeldung dazu bekommen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Danke schön.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. Kollege Darmann bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Für das Protokoll, Darmann am Wort. Danke, Herr Vorsitzender, Frau Mag. Zendron, Sie haben eben auf entsprechenden Gegengeschäfte in der Vergangenheit angesprochen, gesagt, Sie kennen keine konkreten Zahlen, wenn ich das richtig verstanden habe, aber es soll ja auch entsprechende Gegengeschäfte bei der Draken Beschaffung gegeben haben.

Mag. Silvia Zendron: Ja.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Nun hat der Herr Dr. Lohberger heute gesagt, er weiß auch keine konkreten Zahlen, aber eine Erfüllung soll im Wert von circa 110 bis 130 Prozent des Anschaffungswertes der Draken stattgefunden haben. Ist Ihnen das bekannt? Können Sie das bestätigen?

Mag. Silvia Zendron: Na, ich kenne schon Zahlen, die also in den Medien auch publiziert worden sind über Beträge, Gegengeschäfte in einem bestimmten Volumen, aber eine ich habe gesagt, eine Studie, eine eingehende, die das wirklich ökonomisch seriös untersucht, kenne ich dazu nicht, und da würde ich meinen, in so einer Studie würde man dann auch untersuchen müssen, die Kosten dieser Gegengeschäfte, welcher Anteil, um wie viel kauft man das Grundgeschäft teurer, um wie viel verteuert sich die Beschaffung dadurch. Dann müsste man auch eigentlich ermitteln, welche Kosten fallen allenfalls auf die Umsetzung dieser Gegengeschäfte in Österreich. Also zum Beispiel sage ich jetzt nur, das Wirtschaftsministerium wickelt diesen Vertrag ab, es gibt eben Monitoring, es gibt eben verschiedene Prüfungen, die da passieren, es ist also eine relativ aufwändige Sache, man muss doch sehr viele Akteure, also gerade wenn man eine breite Streuung möchte, wenn das Volumen der Gegengeschäfte sehr groß ist, dann hat man doch eine sehr große Anzahl an Akteuren, und das ergibt einfach hohe Transaktionskosten. Und das müsste man eigentlich auch erheben und natürlich müsste man in so einer Studie auch untersuchen, ob man tatsächlich jetzt vom inhaltlichen Fokus her das erreicht, durch die Gegengeschäfte, dass man versucht, dass man also am Anfang gesagt hat, dass man damit erreichen möchte, also ob man die Ziele erreicht. Die technologiepolitischen, die wirtschaftspolitischen, und ob das den Effekt tatsächlich auch hat. Weil es könnte auch sein, also das wäre ein dritter Punkt, den man untersuchen müsste, dass damit Opportunitätskosten verbunden sind. Also hätte ich das Geld anders eingesetzt, hätte ich vielleicht einen anderen oder besseren Ertrag gehabt, und diese Kosten müsste man eigentlich auch untersuchen. Und dann, würde ich sagen, hat man ein Bild davon, ob die Gegengeschäfte also insgesamt sinnvoll waren, oder nicht.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Es klingt alles recht gut und schön, aber wie kommen Sie zu diesen Schlüssen? Haben Sie da irgend ein Expertengremium gehabt oder haben Sie da drüber sich selber vertieft und sind zu den Schlüssen gekommen, dass es schön gewesen wäre, solche Studien zu haben?

Mag. Silvia Zendron: Na ja, es gibt, wie gesagt, eine nicht sehr, also es ist nicht Mainstream, es ist nicht sozusagen sehr ausführlich, aber wenn man sich umschaute, dann gibt es doch dazu Literatur. Ich sage jetzt, insbesondere in Amerika beschäftigt man sich mit dem Thema, weil natürlich Amerika als größter Rüstungsexporteur auch am meisten angesprochen wird auf Gegengeschäfte und in Europa ist das also insbesondere Großbritannien. Also wo es durchaus an Universitäten und so Studien gibt, die sich, das heißt dann Defense Economics, beschäftigen, und das Thema

Offset, es gibt dazu einige sozusagen Standard Readers, die man sich anschauen kann und wo dieses Thema eben behandelt wird. Darüber hinaus ist es auch in den Medien, es war ja auch im Juni oder Juli 2001 war eine Konferenz zu Offsets in Wien und bei dieser Konferenz hat einer der Vertreter, der selber also sozusagen Offset-Geschäfte durchführt, die Sinnhaftigkeit der Offset-Geschäfte selbst in Frage gestellt. Also es ist nicht so, dass es sozusagen keine Meinungen oder keine Experten dazu gibt.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Ich möchte noch einmal auf die Zahlen zurückkommen. Sie haben gesagt, es liegen keine Studien vor über vergangene Gegengeschäftsaktivitäten bei früheren Anschaffungen, aber Ihnen sind sehr wohl Zahlen bekannt. Wenn auch keine Studien, aber Zahlen. Können Sie ein paar Zahlen nennen, die im Zusammenhang, zum Beispiel im Konkreten mit der Draken-Beschaffung Ihnen bekannt worden sind?

Mag. Silvia Zendron: Habe ich jetzt nicht mit. Also ich habe mir damals 2001, habe ich auch im Internet recherchiert und da sind mir einige Artikel untergekommen. Ich verweise jetzt zum Beispiel auf diese Homepage, ich glaube, Militäraviatik, heißt das, Moment, Airpower. Da sind ja alle Zeitungsartikel, alle einschlägigen, kann man dort nachlesen, und da waren also einige dabei, die natürlich auch über die Draken-Gegengeschäfte Zahlen genannt haben.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Das heißt, bei Ihnen im Finanzministerium sind überhaupt keine Zahlen diesbezüglich bekannt, aufliegend? Sondern Sie haben die Informationen selber aus dem Internet recherchiert über?

Mag. Silvia Zendron: Die Fachabteilung, damals 2/14, Dr. Hillingrathner, die hatten natürlich auch Erfahrungen aus früheren Beschaffungen und die haben das in ihren Papieren ja auch, das ist eh zum gleichen Zeitpunkt gewesen, wie ich das zusammengefasst habe, die hatten ja die gleichen Erfahrungen. Also es gab Erfahrungen in Belgien, es gab Erfahrungen in den skandinavischen Ländern und es gab eben diese Erfahrungen, die Österreich hatte aus den Drakenbeschaffungen und die Abteilung Dr. Hillingrathner war eben auch der Ansicht, dass die Gegengeschäfte, wenn, dann sekundär sein sollten und dass man sozusagen also nicht zu sehr auf die Gegengeschäfte, sondern auf das Grundgeschäft achten sollte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sie haben vorhin noch erwähnt, wenn ich es richtig verstanden habe, dass Sie für die volkswirtschaftliche Betrachtung hauptsächlich verantwortlich waren in Zusammenhang mit den Gegengeschäften. War das, oder ist das bis jetzt eine laufende volkswirtschaftliche Betrachtung, oder ist das immer nur, war das in der Vergangenheit einmal Ihre Zuständigkeit?

Mag. Silvia Zendron: Ich habe das eingangs schon gesagt, also das Thema Gegengeschäfte habe ich im Zeitraum 2001 also vor allem mich damit beschäftigt und danach eigentlich nicht mehr, nachdem also diese grundlegenden Begutachtungen im Finanzministerium gelaufen sind, hatte ich damit nichts mehr zu tun.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Haben Sie mit dem Vorgang der Anrechnung der Gegengeschäfte irgendwie zu tun gehabt?

Mag. Silvia Zendron: Ich persönlich überhaupt nicht, ich habe eben diese Vertragsentwürfe damals gesehen. Ich kenne es vom Verfahren her, aber ich persönlich hatte damit nichts zu tun.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Danke vorerst.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Kogler, bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Danke. Frau Magistra, Sie haben ja eine Reihe Besprechungen durchgeführt in der Sektion, in der Arbeitsgruppe. Und uns liegen da handschriftliche Aufzeichnungen in den Akten des BMF vor. Ich nehme an, Ihnen werden die Stichwörter, die ich mit Ihnen durchgehen will, durchaus vertraut sein. Ansonsten kann ich Ihnen das dann auch vorlegen. Erster kurzer historischer Abriss. Es wird hier vermerkt, in dieser Mitschrift, dass der „Radarankauf:“ und jetzt ausdrücklich „ein schlechtes Beispiel“ sei. Radarankauf ein schlechtes Beispiel sei. Haben Sie das diskutiert im BMF, damals, 2001?

Mag. Silvia Zendron: Sie beziehen sich jetzt auf diese, also wo in der ersten Zeile oben steht, 2.14, 2.3, 2.8?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): So ist es. Abfangjäger. Ganz genau. Vom 17. 4.

Mag. Silvia Zendron: Ja. Also diskutiert in dem Sinn nicht. Das gleiche findet sich später noch einmal in einer, in einer Ausarbeitung der Abteilung 2.14. Das sind sozusagen Erfahrungen, die die Fachabteilung in dem Zusammenhang festgehalten hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Können Sie dem Ausschuss sagen, was Ihrer Erinnerung nach die Stützen dieser Aussagen waren, dass der Radarankauf ein schlechtes Beispiel gewesen sei?

Mag. Silvia Zendron: Nein, kann ich nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Können Sie nicht sagen. Dann kommen wir zur Situation, wie Sie sie damals aktuell diskutiert haben. Ist die Aussage, dass Gegengeschäfte eine Verteuerung des Grundgeschäfts regelmäßig nach sich ziehen können, ist die geteilt worden von den Vertretern in dieser Arbeitsgruppe im BMF?

Mag. Silvia Zendron: Also ich hätte das schon so wahrgenommen, ja. Ich kann mich nicht erinnern, dass irgendjemand gesagt hätte, Gegengeschäfte seien sozusagen neutral, würden sich nicht auswirken.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): genau. Sie erwähnen hier öfter ein belgisches Beispiel, wo offensichtlich auf eine Empirie verwiesen wird, wo es im Einzelfall bis zu dreißig Prozent Überteuerung kommen kann, nämlich des Grundgeschäfts jeweils. Ist Ihnen das in Erinnerung?

Mag. Silvia Zendron: Ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Können Sie da nähere Angaben machen?

Mag. Silvia Zendron: Also ich kenne das von, eben aus der Abteilung 2.14, die dieses Beispiel unabhängig von mir kannte, und ich selbst habe es bei meinen Recherchen dann auch gefunden, ich habe es auch erwähnt, glaube ich, in einer Ausarbeitung, dass eben Belgien aufgrund einer Untersuchung seiner eigenen Erfahrung und Praxis in diesen Gegengeschäften zu dem Ergebnis gekommen ist, dass man also man die Höhe dieser Geschäfte auf 100 % begrenzt und dass man keine Multiplikatoren mehr verwenden sollte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann darf ich da vielleicht vorziehen die Frage, ist bei Ihnen die, ist bei Ihnen erörtert worden, wie weit für konkrete Anrechnungsvorgänge dann, also was das BMWA zu machen hätte, diese Hochrechnung mit Multiplikatoren einmal zunächst in Erwägung gezogen wurde und wenn ja, wie ist das von Ihnen bewertet worden, so ein Ansatz?

Mag. Silvia Zendron: Den letzten Teil der Frage habe ich jetzt nicht verstanden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Bleiben wir dann noch beim ersten Teil. Die Multiplikatoren spielen in der Folge zumindest im BMWA dahingehend eine Rolle, dass ein bestimmtes Umsatzvolumen oder auch Wertschöpfungsvolumen in Einzelfällen auch mit Multiplikatoren noch hochgezogen oder hochgerechnet werden, phasenweise um das Zehn- und Mehrfache. Ist das bei Ihnen auch diskutiert worden, diese Problematik?

Mag. Silvia Zendron: Na ja, diese Problematik ist uns aufgefallen oder ist mir aufgefallen, und ich auch allgemein bekannt, auch aus der Literatur, würde ich sagen, dass man eben den Wert von Geschäften durch diese Multiplikatoren beeinflussen kann, also nach oben oder nach unten. Und es war eben in einer Stellungnahme der Industriellenvereinigung auch explizit drinnen, dass man davon ausgeht, dass bei dieser Anrechnung eben solche Faktoren angewendet werden. Ich müsste jetzt nachschauen, wie das konkret in dieser Stellungnahme geheißen hat. Ich hätte das dann eben so interpretiert, und so war es auch in dem Kontext, dass man damit ein sehr hohes Volumen an Gegengeschäften in einer bestimmten schnelleren, kürzeren Laufzeit ausschöpfen oder abarbeiten könnte. Dass die die Funktion dieser Multiplikatoren diese wäre, während aus unserer Sicht die Funktion der Multiplikatoren vor allem sein hätte sollen, dass man damit hochwertige F & E-Aktivitäten belohnt und sozusagen einen Anreiz dafür bietet.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): In diesen – nächster Punkt – Aufzeichnungen über die vorbereitenden Überlegungen im BMF findet sich auch der Hinweis darauf, sollten Gegengeschäfte stattfinden, im Ergebnis um indirekte Wirtschaftsförderung handeln könnte, korrespondierend schreiben Sie ja auch in Ihrer Stellungnahme zur IWI-Studie, auch die ist schon erwähnt worden, in Ihrem Bericht an Sektionschef Steger: Offsets stellen eine verschleierte Industriesubvention dar. Ich habe jetzt die beiden Argumente aus den Besprechungen und diese Ihre Analyse zusammengefasst, weil sie ja das gleiche beinhalten. Ist das im BMF beziehungsweise in der Arbeitsgruppe zunächst einmal tatsächlich so kritisch gesehen worden, verschleierte Industriesubvention und indirekte Wirtschaftsförderung für entsprechende einzelne Betriebe.

Mag. Silvia Zendron: Wie gesagt, die Arbeitsgruppe darf man sich nicht so vorstellen, dass wir wie in einem Seminar beisammen gesessen sind und diese Dinge jetzt eingehend diskutiert hätten, sondern es ist eher so, dass jeder seinen Teil der Arbeit übernimmt und sagt, es wird sozusagen diskutiert, wer was beitragen kann, und das macht man dann schriftlich, dann läuft es zusammen beim Sektionschef oder eben bei einer Fachabteilung, die das koordiniert. Und wenn es dann Unklarheiten gibt, gibt es Rückfragen oder man tauscht sich dann noch einmal aus, wenn etwas missverständlich sein sollte. Also wenn ich schreibe, wie es damals der Fall war, dass aus meiner Sicht das eine verschleierte Subvention ist, dann wäre es wohl so gewesen, wenn andere der Ansicht waren, dass das nicht so ist, dass ich dann eine Rückmeldung bekommen hätte. Das kann man so nicht sagen. Das ist nicht richtig. Das wäre sozusagen zu belegen und das war nicht der Fall. Also gehe ich davon aus, und ich glaube, so würde ich das schon sehen, dass das im BMF so gesehen wurde.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Hier abschließend aus diesem Gespräch mit Mitteilungen und Aufzeichnungen, würde es damit korrespondieren, dass hier Förderungen für kompensationsbevorzugte Firmen zurückzuschrauben wären. Offensichtlich hat man sich in der Folge auch darüber unterhalten. Da können Sie sich daran erinnern?

Mag. Silvia Zendron: Na ja, also die Wahrnehmung ist ja schon die, dass bestimmte Sektoren, sage ich jetzt einmal, Weltraum, Aeronautics, also Luftfahrt, Luftfahrtzulieferer, und verwandte Sektoren, also da besonders schon früher bei

Förderungen begünstigt waren, oder sozusagen gerade Programme eingereicht wurden, um hier zusätzliche Förderungen zu gewähren, und unser Vorschlag dazu wäre der gewesen, wenn diese Firmen jetzt ohnehin aus den Gegengeschäften profitieren, dann sollte man die Förderungen dementsprechend kürzen. Das betraf vor allem die Weltraumforschung. Und es betraf aber auch Förderungen, die im Rat für Forschung und Technologieentwicklung, der damals ja seine Tätigkeit aufgenommen hatte Anfang 2001, die damals eben anstanden, und mit denen wir im Finanzministerium auch befasst waren im Rahmen unserer haushaltsrechtlichen Zuständigkeit.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich möchte jetzt nur mehr einige wenige Zitate aus der Stellungnahme gegenüber der mehrfach genannten IWI-Studie bringen, und zwar nur mehr neue Argumente. Und wie die Ihrerseits beurteilt wurden. Da heißt es zunächst unter anderem:

Die Studie befördert in einer geradezu naiven Weise unrealistische Erwartungen.

Wie haben Sie überhaupt die Rolle dieser IWI-Studie in dieser Zeit zum Gesamt Ablauf gesehen?

Mag. Silvia Zendron: Na ja, sie war beauftragt von der Industriellenvereinigung, also ich hatte den Eindruck, dass es natürlich auch die Interessen von Mitgliedern der Industriellenvereinigung befördert, diese Studie.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): War dem BMF damals bekannt, dass das Industrewissenschaftliche Institut, also das IWI unmittelbar bevor die Industriellenvereinigung einen Auftrag gegeben hat zu einer Gegengeschäftsstudie ein fast identischer Auftrag für die Firma SAAB abgeliefert wurde. War Ihnen das damals bekannt?

Mag. Silvia Zendron: Nein, war mir nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): War nicht bekannt. Dann gehen wir nur mehr wenige Argumente dort durch. Sie zitieren aus der Literatur und da fällt mir nur eine Passage auf, dass es eine namhafte Gruppe von Analytikern gibt, die Offsets, ich zitiere jetzt wieder wörtlich, „Offsets leisten Korruptionspraktiken Vorschub.“, die also dieser Meinung anhängen. Können Sie das näher ausführen, wie das argumentiert wird?

Mag. Silvia Zendron: Also es gibt eine Kommission im amerikanischen Kongress, oder die Berichte dem Präsidenten, die habe ich jetzt leider nicht ganz präsent, aber die beschäftigt sich seit Jahren mit dem Thema. Und da gibt es eben Unterlagen, relativ umfangreiche Hearings, wo verschiedene Vertreter ihre Wahrnehmung dazu öffentlich machen, und da gibt es eben auch auf Grund der doch sehr starken - also einerseits der Nähe zum Grundgeschäft, nämlich Rüstung, das also sehr viel mit Geheimhaltung und eben auch immer wieder mit Korruption behaftet ist, das ist also sozusagen eine allgemeine Feststellung, die es da ebenfalls in der Literatur gibt. Da gibt es eben auch durch diese Nähe von dieser Art von Geschäften, wird das eben auch bei den Offsets als ein kritisches Feld gesehen. Ja. Also ich müsste noch einmal schauen, wer das genau gesagt hat, wenn Sie das interessiert. Ich habe das jetzt nicht präsent. Aber es ist eine Feststellung, die sich immer wieder findet und die sozusagen von mehreren Wissenschaftlern auch vertreten wird.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, ja. Soweit wir das rekonstruiert haben, kommt das sehr stark aus der US-amerikanischen Debatte.

Mag. Silvia Zendron: Ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Da haben Sie Recht. – Ein anderes kritisches Zitat aus dieser Studie betrifft die Rückflüsse in die Steuertöpfe und Sozialversicherungstöpfe, dann wieder hierzulande. Ich zitiere: „Die Behauptung, dass jeder Offsetschilling zu zwei Drittel durch zusätzliche Steuereinnahmen und Sozialversicherungen wieder retour komme, ist nicht belegt.“ Faktum ist, dass das tatsächlich von einzelnen Vertretern der Bundesregierung ständig strapaziert wird, dieses Argument. Manche gehen sogar so weit und sagen, das kommt zur Gänze zurück und nicht nur zu zwei Drittel. Andere sind nicht so euphorisch.

Aber jetzt ist die Frage, inwieweit das Finanzministerium, das ja durchaus hier profund sein sollte, die Returns in die Steuerrückflüsse schätzt. Was können Sie dazu sagen, wenn zwei Drittel nicht belegt sind, also offensichtlich zu hoch gegriffen?

Mag. Silvia Zendron: Also die Aussage, das etwas nicht belegt ist, stützt sich auf das was ich eingangs gesagt habe. Mir ist keine Studie bekannt, die die bisherigen Gegengeschäfte also wirklich so, wie ich das eingangs skizziert habe, im Detail untersucht hätte für Österreich. Ich kenne eine ganze Reihe von Aussagen, dass eben irgendwelche Ausgaben sich immer rechnen würden, dass jeder Euro oder früher jeder Schilling in dem und dem Ausmaß wieder zurückkommt. Wenn man sich das dann im Detail anschaut, stimmt das meistens nicht. Also das hat auch bei den Weltraumausgaben nicht gestimmt. Wir haben da mehrmals verwiesen auf diese Studie von Professor Tichy, wo eben auch behauptet wurde, dass würde sich drei-, vier-, fünfmal rechnen und in Wirklichkeit war der Multiplikator kleiner als eins.

Also das was ich geschrieben habe, ist Ausdruck der großen Skepsis gegenüber Dingen, die eben nicht belegt sind. Also ich kenne keinen seriösen Beleg, der das schlüssig nachweist. Wenn es den gibt, dann würde ich das natürlich sofort akzeptieren. Aber ich kenne es nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Hat das BMV die Sektion, die Abteilungen, die Arbeitsgruppe in irgendeiner Weise Ihrer Wahrnehmung nach Kontakt mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten gehabt für die konkrete Ausgestaltung der Gegengeschäftsvereinbarungen, um genau diese kritischen Anmerkungen, die Sie gemacht haben einzufangen, zu umgehen und dann so quasi ein Best Practice Modell zu forcieren für diese Art von Gegengeschäftsvertrag, der da vorbereitet wurde.

Mag. Silvia Zendron: Also ich war in solche Gespräche mit dem Wirtschaftsministerium nicht eingebunden. Ich nehme, das es sie gegeben hat. Aber ich weiß nicht, wer sie geführt hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben keine Wahrnehmungen dazu?

Mag. Silvia Zendron: Nein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut. Das hätte uns nämlich interessiert, warum der Herr Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten in fast allen Punkten anders argumentiert als offensichtlich der Kenntnisstand im BMF war. Ein letztes, es gibt ja nicht nur den Professor Klement, der ja federführend hier auch mit dabei war bei den IWI-Studien. Es gibt ja auch den Professor Krammer, damals noch Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes. Uns ist bekannt, dass Professor Krammer wesentlich kritischere Positionen abgegeben hat mehrmals in verschiedenen Studien bis hinauf ins Jahr 2004, wo aus diesen Gründen überhaupt gleich die Plattform für Gegengeschäfte verlassen hat. Also das ist sozusagen jetzt Grundlage der Frage. Haben Sie in der Arbeitsgruppe oder in den Diskussionen, wo diese Sachen releviert

worden sind, die Stellungnahme des Professor Krammer in besonderer Weise noch gewürdigt?

Mag. Silvia Zendron: Ich habe mehrmals darauf verwiesen, dass Professor Krammer eben auch davon ausgeht, dass Gegengeschäfte mit Kosten verbunden sind. Also er schätzt bis zu 15 Prozent. Und das ist auch der Wert, der mir am häufigsten in der Literatur sonst untergekommen ist und auch von EADS selbst genannt wurde. Und die Position von Professor Krammer, dass man eigentlich auch Alternativen erwägen sollte und dass es nur die „secund best“ Lösung sei, das haben wir sehr wohl zur Kenntnis genommen und ich würde das eben auch so teilen, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Können Sie dem Ausschuss noch in einer Sache helfen. Sie sagen, auch EADS selbst hat ja darauf hingewiesen, dass diese Art von Offsets bis zu 15 Prozent mehr kosten, dann nämlich das Grundgeschäft verursachen könnten. Wo und wann Sie jetzt eingrenzungshalber diese Aussagen von EADS selbst registriert haben?

Mag. Silvia Zendron: Ich habe das hier mit. Das ist eine Seite, die heißt E-Offsets und ich habe das am 25. 07. 2001 ausgedruckt. Und das Datum dieser Meldung ist 23. Juli 2001 und demnach sagt Patrick Sorel, der eben von EADS Defence and Security Networks ist, dass die Kosten auf Discharging, Direct Offsets is five to feeftheen percent of the value of the supply contract.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Vielen Dank. Ich werde dann auch keine weiteren Fragen mehr haben. Nur wäre es möglich, dass Sie dem Ausschuss dieses eine Dokument, diesen Ausdruck zur Vervielfältigung zur Verfügung stellen?

Mag. Silvia Zendron: Gern.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): wenn es von EADS selber ist, ist das, glaube ich, ein wertvoller Hinweis für unsere Arbeit. Vielen Dank.

Obmann Dr. Peter Pilz: So gibt es noch weitere Fragen? – Bitte.

Abgeordneter Christoph Kainz (ÖVP): Bei der Arbeitsgruppe bei der Sie dabei waren oder dieser Arbeitsgruppe sind Sie vorgestanden.

Mag. Silvia Zendron: Bitte?

Abgeordneter Christoph Kainz (ÖVP): Sind Sie dieser Arbeitsgruppe vorgestanden oder waren Sie Mitglied dieser Arbeitsgruppe?

Mag. Silvia Zendron: Nein. Ich war Mitglied dieser Arbeitsgruppe. Das ist das Team, das Sektionschef Steger einberufen hat, nachdem er den Auftrag vom Minister bekam sich mit der Sache zu beschäftigen.

Abgeordneter Christoph Kainz (ÖVP): Der Vorsitzende war der Sektionschef Steger. Wer war noch Mitglied dieser Arbeitsgruppe?

Mag. Silvia Zendron: Die Abteilung 2.14, Hillingrathner, dann unsere Abteilung 2.4 war damit befasst, weil wir mit Wirtschaftsförderungen und Technologiepolitik, Technologieförderungen zu tun hatten. Dann war damals die Abteilung 2.3, der Herr Mag. Seiler beigezogen und die Abteilung 2.8, das war damals der Herr Mag. Trattner und die hatten mit Liegenschaften, mit Technologieförderungen auch zum Teil zu tun.

Abgeordneter Christoph Kainz (ÖVP): Wann hat sich diese Arbeitsgruppe installiert?

Mag. Silvia Zendron: Also installiert. Moment. Dieses Auftragsmail von Sektionschef Steger war vom 09. April 2001 und meine erste Befassung mit dem Thema war dann eben diese Besprechung vom 17. April 2001 und ich habe da notiert

Teamarbeitsauftrag von Sektionschef. Also vielleicht sollte man nicht Arbeitsgruppe sondern Team sagen.

Abgeordneter Christoph Kainz (ÖVP): Und diese IWI-Studie wurde in dieser Arbeitsgruppe eingehend beraten?

Mag. Silvia Zendron: Nein, die IWI-Studie ist mir erst zu einem späteren Zeitpunkt von Herrn Dr. Hillingrathner übermittelt worden und zwar gibt es da diesen Handzettel drauf. Ich glaube, das liegt Ihnen auch vor. Das war am 20. Juni, glaube ich, ja. Auf dem Handzettel steht eben drauf, zur Kenntnis und eventuell zur Stellungnahme ein Papier = Studie? der Industriellenvereinigung zum Thema Kompensationsgeschäfte.

Abgeordneter Christoph Kainz (ÖVP): Sie haben in einer vorhergehenden Befragungsrunde gesprochen, dass Sie die Meinung vertreten haben und die Sie noch immer vertreten, dass die Gegengeschäfte verschleierte Subventionen darstellen. Wurde diese Meinung, Ihre Meinung, von den Kollegen in der Arbeitsgruppe bestätigt oder?

Mag. Silvia Zendron: Ich habe das vorher schon dargestellt. Also die Arbeitsgruppe darf man sich nicht als sozusagen einen Diskussionszirkel vorstellen, sondern jeder schreibt seine Stellungnahme zu dem Teil zu dem man eben eine Stellungnahme schreiben soll und wenn es dagegen Einsprüche gibt seitens der Person, die das dann koordiniert, dann kriegt man eine entsprechende Rückmeldung. Ich habe dazu keine negative Rückmeldung bekommen und ich nehme eben an, dass das so akzeptiert wurde.

Abgeordneter Christoph Kainz (ÖVP): Wurde in der Arbeitsgruppe ein Regelwerk für die Gegengeschäfte besprochen oder erarbeitet?

Mag. Silvia Zendron: Nein es ging also eher um das Finden einer grundsätzlichen Position des BMF zum Thema Gegengeschäfte. In weiterer Folge habe ich dann von Herrn Dr. Hillingrathner verschiedene Versionen oder Auszüge für diesen Vertrag des Wirtschaftsministeriums mit der Bitte um Durchsicht und Stellungnahme bekommen und das war es.

Abgeordneter Christoph Kainz (ÖVP): Wissen Sie, wie die Gegengeschäfte beim SAAB Drakenkauf vorbereitet wurden?

Mag. Silvia Zendron: Nein ich kenne das nur aus einer Stellungnahme der Abteilung 214, wo eben bestimmte Dinge offenbar nicht so gut gelaufen sind und man hat sich dann, schreibt die Abteilung 214 auf Drängen des Finanzministeriums wurde dann zwischen der Landesverteidigung und dem Wirtschaftsministerium ein klareres Procedere ausgearbeitet.

Abgeordneter Christoph Kainz (ÖVP): Das heißt aufgrund der Erfahrungen des Drakenkaufes wurden die etwaigen Gegengeschäfte für den jetzigen Kauf der Abfangjäger sollten besser vorbereitet werden.

Mag. Silvia Zendron: Könnte man daraus schließen. Ja das ist aus dieser Unterlage, die nicht von mir ist, sondern die ich auch nur übermittelt bekommen habe.

Abgeordneter Christoph Kainz (ÖVP): Danke sehr.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. Gibt es noch weitere Fragen? Bitte.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Frau Magister.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ihr Name ist Frau Magister?

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Nein, Abgeordneter Füller. Die Frage stellt sich an die Frau Mag. Zendron. Im Zuge der Berichterstattung, was den Eurofighter

Beschaffungsvorgang angeht, hat man immer davon gesprochen, dass die Steiermark, speziell die obere Steiermark auch ein Hauptnutznießer dieser so genannten Kompensationsgeschäfte sein soll. Sehen Sie aus Ihrer Sicht eine solche bevorzugte Behandlung der Steiermark in der Frage von Gegengeschäften wie es immer behauptet wurde?

Mag. Silvia Zendron: Also mit der regionalen Verteilung der Gegengeschäfte, das ist zum damaligen Zeitpunkt nicht zur Diskussion gestanden, wenn dann nur sehr allgemein. Soll Regionalpolitik, soll KMU Politik, also welches gewicht soll dem beikommen, aber nicht jetzt einzelne Länder. Das war kein Thema.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Waren Sie oder jemand aus Ihrer Sektion speziell, was diese Gegengeschäftsmöglichkeiten anlangt, auch in Kontakt mit Verantwortlichen aus der Steiermark?

Mag. Silvia Zendron: Nein, ich nicht. Nein für die Sektion kann ich da nichts sagen. Ich sicher nicht.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Wie sehen Sie aus Ihrer Sicht im Zuge dieser Gegengeschäftsliste die geplante Realisierung von diesen genannten Gegengeschäften zu einer Anrechnung, die der Realität entspricht, also zu einer wirklichen Anrechnung und Umsetzung?

Mag. Silvia Zendron: Dazu kann ich nichts sagen, weil ich die Details, wie das jetzt konkret gemacht wird, auch nicht kenne. Ich bin da nicht involviert.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Danke das war es.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. Gibt es noch weitere Fragen? Dieses ist nicht der Fall. Dann danke ich für Kommen und Auskünfte. Die Befragung ist geschlossen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt schaut es einmal nach einer Pause aus, wo die Kollegin Fekter wieder kommt, ergibt sich doch die Pause praktisch als logische Konsequenz. Reicht 13:30 oder besteht ein kleiner Mittagessenswunsch? 13:30. Die Sitzung ist unterbrochen.

13.47

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Wir kommen zur Befragung von Herrn Dr. Kutschera. Bitte ihn in den Saal zu bitten.

Das BZÖ wird mit der Befragung beginnen.

Das eskaliert.

Ich begrüße Herrn Dr. Kutschera als Auskunftsperson. Danke für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre Pflicht zur Angabe der Wahrheit und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet? Bitte, wenn Sie das Mikrofon benutzen.

Dr. Michael Kutschera: Dr. Michael Kutschera,

Geburtsdatum: 10. 10. 1957,

Kanzleianschrift: 1010 Wien,

Beruf: Rechtsanwalt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter?

Dr. Michael Kutschera: Nein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe auf eine konkrete Frage hin vorliegen, dann wenden Sie sich bitte an den Verfahrensanwalt oder an mich, und dann werden wir die weitere Vorgangsweise besprochen. Sie haben auch das Recht, vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen?

Dr. Michael Kutschera: Ich möchte keine Erklärung zum Beweisthema abgeben, ich möchte nur auf folgendes hinweisen: ich bin vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit aller meiner Verschwiegenheitspflichten entbunden worden, ich möchte lediglich auf den, glaube ich dem Ausschuss vorliegenden Gegengeschäftsvertrag, und zwar auf seinen Punkt 9 3 1 hinweisen, in dem wird also strikte Vertraulichkeit der Bedingungen des Gegengeschäftsvertrages vereinbart, es heißt dann die Erteilung von Informationen gegenüber dem nationalen Sicherheitsrat, sowie gegenüber parlamentarischen Ausschüssen, deren Mitglieder zur Vertraulichkeit verpflichtet sind, ist jedenfalls gestattet, in jedem Fall einer solchen Informationserteilung werden die Parteien nach Kräften bemüht sein, sicherzustellen, dass die Vertraulichkeit bestmöglich gewahrt bleibt, und da ich also als Anwalt der Republik hier tätig sein durfte, möchte ich Sie, Herr Vorsitzender darum bitten, dass diesen Bestimmungen bestmöglich Rechnung getragen wird.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist selbstverständlich, das habe ich mir auch vorher angesehen und überlegt, dieser Hinweis bezieht sich auf die Bestimmung der Verfahrensordnung, dass Akten vom Untersuchungsausschuss prinzipiell vertraulich zu behandeln sind. Wie was das für die Medienöffentlichkeit der Sitzungen und der Befragungen bedeutet, ist ohnehin klar, das haben wir ja an vielen Beispielen schon klar gemacht, vom Grundvertrag, also vom Kaufvertrag bis zu vielen anderen Angelegenheiten, und das werden wir auch diesmal so halten. Von der Fragerunde würde BZÖ und FPÖ beginnen, das verschiebt sich aber durch zwei Willensäußerungen, ja bitte, Frau Kollegin Fekter.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Nachdem hier der Herr Dr. Kutschera im Sinne der Republik tätig geworden ist, der Vertrag dezidiert darauf Bezug nimmt, stelle ich den Antrag, dass die Befragung vom Herrn Kutschera speziell diesen Vertrag betreffend, weil ja der Vertrag selber speziell darauf Bezug nimmt und den Parlamentarischen Ausschuss auch erwähnt, stelle ich den Antrag, dass wir die Befragung, nachdem das Medieninteresse außer der APA wiewohl wir sie schätzen, ohnehin gering ist, und damit würden wir dieser Vertraulichkeit gemäß Vertragspunkt entsprechen stelle ich den Antrag, die Beratung in vertraulicher Sitzung durchzuführen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Folgendes dazu. Ich warne davor einen Präzedenzfall zu schaffen, und der Präzedenzfall würde heißen: Wenn zwei miteinander einen Vertrag schließen, der eine ist die Republik Österreich oder ist irgendein Organ, das zweite sind Private, und sie vereinbaren darin, in welcher Form auch immer, die Einschränkung von Rechten etwa eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses etwa durch allgemeine Verschwiegenheitspflichten oder durch spezielle Hinweise auf von Ihnen eingeschränkte Rechte des Nationalrates und des Untersuchungsausschusses. Wenn wir das akzeptieren, dann wird das eine gewisse Bedeutung für unsere zukünftige Arbeit, na, Frau Kollegin Fekter, Sie haben Ihre Stellungnahme abgegeben, es ist ein Antrag, der wird so oder so abgestimmt. So, das ist meine Meinung, Kollege Kräuter, bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ein Vorschlag zur Güte, Frau Kollegin Fekter, und Sie könnten ja vorläufig den Antrag vielleicht zurückziehen, ich würde vorschlagen, wir beginnen einmal und schauen einmal, wie die Situation ist. Frau Fekter ich mache Sie aufmerksam, heute war der Vorsitzende ausgesprochen fair gegenüber der ÖVP Fraktion hat eine Geschäftsordnungssitzung nicht anberaumt, weil über weite Strecken die ÖVP überhaupt nicht anwesend war. Also ich würde schon bitten, diese Fairness, die gegenüber der ÖVP an den Tag gelegt wurde.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich sage jetzt einmal eines. Heute ist der Dr. Epp zu mir gekommen. Ich wollte eine Geschäftsordnungssitzung durchführen, und er hat mich darauf hingewiesen, dass im Klub der ÖVP eine Diskussion über die Nominierung zum Amt der Volksanwältin stattfindet. Und obwohl ich bereits einen Antrag verlesen wollte, habe ich darauf verzichtet und habe gesagt, okay, ich nehme das zur Kenntnis und wir warten, bis der Klub der ÖVP vollzählig oder in möglichst großer Zahl vorhanden ist. Sie haben natürlich das Recht auf der Abstimmung dieses Antrages zu bestehen, bestehen Sie darauf? Nein, ich möchte das wirklich. Weil es geht da um eine grundsätzliche Entscheidung, Frau Abgeordnete Fekter, weil in diesem Sinn werde ich dann sinnvoller Weise auch den Vorsitz führen. Wie gehen wir jetzt wirklich um mit dem Antrag? Ich habe heute einen Antrag um mehrere Stunden verschoben, damit die ÖVP in Ihrer Meinung nach ausreichender Zahl.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Vorsitzender Pilz, Ihr Antrag war ja nicht, jetzt sage ich einmal eine notwendige ad hoc Entscheidung. Wenn wir Vertraulichkeit beantragen und dann beginnen wir in nicht vertraulicher Sitzung, dann hat sich ja der Antrag erübrigt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann unterbrechen ich jetzt die Sitzung, weil ich möchte das mit den Mitgliedern einiger Personen besprechen, wie wir dann in Zukunft vorgehen werden. Die Sitzung ist unterbrochen.

... kein Ton

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): ... war die Zielsetzung der Republik dort verankert zu haben.

Dr. Michael Kutschera: Wenn man versucht, das generell zusammenzufassen, ging es natürlich einmal darum, was gilt als Gegengeschäft vom Inhaltlichen her, welches Volumen ist zu erreichen, in welchem Zeitrahmen ist es zu erreichen, das gab es also diese Vereinbarung über Meilensteine, und es war ein wesentliches Anliegen der Republik, dass hier ein transparenter Ablauf ist, dass also die Überprüfung, ob Gegengeschäfte jetzt tatsächlich für Zwecke dieses Vertrages zählen oder nicht, intensiv geprüft werden, und auch in dem Maße, als das mit dem Vertragsgegenüber vereinbart war, der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Kriterien, die ein Gegengeschäft ausmacht, finden die sich im Vertrag?

Dr. Michael Kutschera: Ja. Wenn man den Vertrag durchgeht, da gibt es also einmal den Punkt 5.3, das so genannte Prinzip der sachlichen Entsprechung. Da geht es also darum, wer muss ein Gegengeschäft abschließen, und welchen Umständen, dass es zählt. Dann gibt es Prinzip der zeitlichen Entsprechung, da geht es darum, in welchem Zeitrahmen müssen Abschlüsse und Durchführungen erfolgen. Dann gibt es das Prinzip der Zusätzlichkeit, also es zählen grundsätzlich nicht also einfach fortgesetzte Geschäfte, sondern es zählen nur neue Geschäfte, also die jedenfalls über den Schnitt der letzten drei Jahre hinausgehen, dann ist die inländische Wertschöpfung angesprochen, ja, ich glaube, das sind jetzt die wesentlichsten Prinzipien.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sind Sie jetzt im Nachhinein auch noch befasst, wenn es kritische Fälle gibt in der Zuordnung, ob sie zeitlich entsprechen, ob es ein Zusätzlichkeitselement gibt, oder war Ihre Arbeit mit der Vertragserrichtung abgeschlossen?

Dr. Michael Kutschera: Also meine Arbeit war grundsätzlich mit der Vertragserrichtung abgeschlossen. Ich bin nachher einige Male informell zu irgendwelchen Einzelfragen kontaktiert worden, aber das liegt drei, vier Jahre zurück, ich muss gestehen, ich kann mich nicht mehr erinnern. Und das waren Auskünfte, die ich ohne jede Vertragsgrundlage und auch ohne jedes Honorar gegeben habe.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bei diesem Gegengeschäftsvertrag, wer sind da die Begünstigten, wer sind die Verpflichteten?

Dr. Michael Kutschera: Na ja, es ist einmal prinzipiell geregelt, dass ein Gegengeschäftsvertrag dann anerkannt wird, wenn er von jenen Unternehmen oder aus jenem Unternehmerkreis kommt, der da im Punkt 5.3.1. angeführt ist, das sind also die Eurofighter-Partner und die Eurojet-Partnerfirmen, und dann gilt das auch für Zulieferer. Es gibt auch Vertragspartner, wobei immer vorausgesetzt ist, der Vertragspartner ist ein österreichisches Unternehmen. Es gibt aber auch Transaktionen, oder Vorgänge, bei denen es in dem Sinn nicht einen österreichischen Vertragspartner gibt, das sage ich dann nachher. Der Unterschied zwischen diesen beiden Kategorien, also jenen, die da genannt sind, beziehungsweise den Zulieferern, und irgendwelchen Dritten ist, dass Verträge mit Dritten nur dann gelten, wenn sie, wie das Vertrag sagt, auf eine individuelle Initiative einer der direkten potenziellen Gegengeschäftspartner vermittelt wurden.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Waren Sie auch in die Suche nach den Gegengeschäftspartner involviert und haben Sie Kontakt zu Gegengeschäftspartner gehabt?

Dr. Michael Kutschera: Nein.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sind Ihnen Wünsche von eigenen Gegengeschäftspartnern zur Kenntnis gebracht worden, die dann eingeflossen sind?

Dr. Michael Kutschera: Nein, also weder österreichische Unternehmen noch potenzielle Gegengeschäftspartner saßen jemals am Verhandlungstisch. Das waren ausschließlich die Vertreter der EADS oder, Moment, der Vertragspartner, der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH, mit denen ich Kontakt hatte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wer hat Sie begleitet von behördlicher Seite?

Dr. Michael Kutschera: Na ja, da waren zunächst aus dem Ministerbüro, auch der Herr Bundesminister selbst hat zuweilen, war zuweilen in den Verhandlungen mit der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH beteiligt, aber ich hatte, mehrmals hatten wir Besprechungen in seiner Gegenwart,

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Welcher Bundesminister selbst?

Dr. Michael Kutschera: Minister Bartenstein. Aus seinem Kabinett waren zuerst, es gab ja da zwei Phasen. In der ersten Phase die Frau, vor allem die Frau Mag. Ummenberger zugegen, in der zweiten Phase der damalige Kabinettschef und jetzige Generalsekretär Eichinger, und zusätzlich waren von Beamtenseite der Herr Sektionschef Maier, der Herr Bort und der Herr Machinek. Dann, in der zweiten Phase, auch der Ministerialrat Nattich, ich habe mir da eine Liste gemacht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bei den Inhalten in Hinblick auf die sachliche Entsprechung, zeitliche Entsprechung, Zusätzlichkeit, inländische Wertschöpfung, das sind einmal die Grundvoraussetzungen. Sind auch Branchen oder Technologieschwerpunkte in diesem Vertrag verankert?

Dr. Michael Kutschera: Also es gibt solche Inhalte in dem Vertrag. Das waren allerdings Dinge, die im Vorfeld, bevor wir diese technischen Vertragsverhandlungen begonnen hatten, bereits vereinbart worden, und die sind in meiner Gegenwart nicht verhandelt worden, sondern lediglich in den Vertrag integriert worden.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Verträge sind ja dann schön und gut, wenn man sie in die Schublade stecken kann und nicht herausholen muss, weil alles so gut funktioniert. Hat man diesen Vertrag bereits mehrmals gebraucht, weil es strittige Punkte gab, und welche haben sich dann in der Umsetzung als schwierig herausgestellt?

Dr. Michael Kutschera: Wie gesagt, das ich in der Abwicklung grundsätzlich nicht befasst war, kann ich Ihnen da keine vollständige Antwort geben. Es hat einmal dahingehend ein Problem gegeben, dass eine Frist von der Republik drohte versäumt zu werden. Und zwar ist es so, dass die Gegengeschäfte von der Eurofighter Jagdflugzeuge GmbH bekannt gegeben werden, und dann hat die Republik, und zwar mit Unterlagen und Nachweisen et cetera, und dann hat die Republik 120 Tage Zeit, um das zu untersuchen, und wenn sie der Meinung ist, dass ein Gegengeschäftsvertrag nicht in der bekannt gegebenen Höhe oder überhaupt nicht gelten soll, dann hat sie einen Einspruch zu erheben. Und ich bin einmal kontaktiert worden, und da war klar, dass man betreffend eine gewisse Anzahl von Geschäften

diese 120-Tage-Frist zur Prüfung nicht einhalten kann, aus Gründen, die mir nicht bekannt sind. Und ich habe dann dringend darauf hingewirkt, dass man sich eine Fristverlängerung holt, und nicht einfach blanko widerspricht, weil das hätte dem Geist des Vertrages widersprochen, und das ist auch gelungen. Ansonsten vermag ich mich jetzt nicht zu erinnern, dass ich zu irgendwelchen, ich habe Ihnen ja vorhin gesagt, dass ich ein, zwei Mal so individuelle Fragen bekommen habe, wo ich am Telefon was gesprochen habe. Aber ich kann mich beim besten Willen nicht mehr erinnern, worum es gegangen ist. Ich habe mir die Rechnungshofberichte jetzt da im Vorfeld durchgeblättert dazu, und habe also festgestellt, dass es offenbar bei gewissen Anrechnungskriterien zu Auffassungsunterschieden gekommen ist, weil die im Vertrag selbst nicht im Detail geregelt sind.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich des Ausstieges, der ja jetzt permanent diskutiert wird, hat der Vertrag auch Positionen, die den Umgang mit einem eventuellen Ausstieg aus dem Eurofightervertrag und den ja eigentlich im Zusammenhang damit abgeschlossenen Gegengeschäften löst? Also wie gehen wir dann vor mit den Gegengeschäften, wenn wir aussteigen?

Dr. Michael Kutschera: Also der Gegengeschäftsvertrag ist mit dem Hauptvertrag, den ich übrigens nie gesehen habe und nicht kenne, insofern verknüpft, als er nur in Kraft tritt, wenn der Hauptvertrag in Kraft tritt, und also außer Kraft tritt, wenn der Hauptvertrag außer Kraft tritt. Außerdem, das ist der Punkt 9.5., ergeben sich bei Änderungen des Volumens des Hauptvertrages entsprechende Änderungen im Gegengeschäftsvertrag. Und nun wird im Vertrag selbst eine Rechtsfolge für den Fall der Auflösung des Gegengeschäftsvertrages geregelt, nämlich wenn der Gegengeschäftsvertrag aufgelöst wird, dann gilt grundsätzlich dieses Gegengeschäftsvolumen, ich darf es also vielleicht volkstümlich sagen, als gut geschrieben. Und der Gegengeschäftspartner oder das Gegenüber des Gegengeschäfts ist berechtigt, diese mit Zustimmung der Republik, die nicht ohne wichtigen Grund unbillig abgelehnt werden kann, für andere gegengeschäftspflichtige Transaktionen verwendet werden.

Darüber hinaus enthält der Vertrag keine ausdrückliche Bestimmung, welche Rechtsfolgen dann eintreten sollen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie als Anwalt und Mitverfasser, jetzt unabhängig davon, eine Gutschrift kann ja nur sein, wenn es wieder Eurofighter oder EADS werden, wenn es ein ganz anderes Unternehmen ist, das dann sozusagen andere Kontakte und Geschäfte macht, ist das ja nicht übertragbar oder überwindbar. Wenn jetzt sozusagen nicht – also wenn vom Hauptvertrag der Rücktritt erklärt wird, sich das in einen Prozess, sage ich jetzt einmal, über längere Zeit ungeklärt darstellt, während dieser Zeit aber die Gegengeschäfte ja nach wie vor in Kraft sein müssen, sollen, wie gehen wir mit diesem Interregnum um?

Dr. Michael Kutschera: Ich habe mir diese Frage angesichts des Beweisthemas ein wenig überlegt. Es ist ein bisserl schwierig, auf Grund von Annahmen hier sehr definitive Aussagen zu treffen. Aber die Überlegung würde einmal wie folgt laufen:

Wenn man sich die Gegengeschäfte oder wenn man sich den Schwerpunkt der Gegengeschäfte anschaut, dann war es immer, und zwar, nach meiner Einschätzung liegen die in Lieferungen oder Leistungen österreichischer Unternehmen. Dann war von Anfang an immer klar, und das ist vor allem von Gegenüber immer betont worden, dass lediglich Geschäfte abgeschlossen werden, die Marktbedingungen haben, und die marktkompetitiv sind. Also es wird hier jetzt nicht irgendetwas, ein billiges Produkt teurer verkauft, sondern der Insentiv dazu, das abzuschließen, kommt in Konkurrenzsituationen, wo man sagt, es gibt mehrere gleichwertige Angebote. Und im

Zweifel nehme ich das österreichische, weil da kriege ich Gutpunkte nach dem Gegengeschäftsvertrag.

Jetzt würde ich einmal meinen, wenn der Gegengeschäftsvertrag da hinfällt, dann werden solche nach Marktbedingungen abgeschlossene Gegengeschäfte nicht berührt, weil da keiner einen Nachteil hat. Ein bisserl schwieriger ist die Frage bei jenen Vorgängen, die auch als Gegengeschäfte qualifiziert werden, die in Wirklichkeit von einem der Gegengeschäftspartner mehr oder minder gratis geleistet werden, das sind so Technologieübertragungen, Lehrveranstaltungen und ähnliches. Hier wird es möglicherweise darauf ankommen, ob die Auflösung des Gegengeschäftsvertrages von der Republik verschuldet ist oder nicht. Diese Frage wird insbesondere von Relevanz sein für den sonstigen Aufwand, den die Eurofighter Jagdflugzeuge GmbH hier betrieben hat und zu treiben hatte, denn die sind ja nach diesem Vertrag dazu verpflichtet, ein Büro in Wien oder Österreich und eine gewisse Organisation aufrecht zu halten, und eben hier Ressourcen darauf zu verwenden, um Gegengeschäfte zustande zu bringen und zu vermitteln. Also da wird es meines Erachtens auf ein Verschulden ankommen, nach dem österreichischen Recht gibt es keinen Schadenersatz, wenn es kein Verschulden gibt. Wenn man ohne Verschulden aussteigt, bleiben so nach meiner, aber ich bitte, das wirklich als eine vorläufige Einschätzung und nicht als eine gutachterliche Äußerung anzusehen, bleiben dann vor allem jene Fälle über, in denen es nicht so eine klassische Transaktion war, wo ich letztlich nach dem Prinzip, hier werden marktgängige Transaktionen abgeschlossen, wirklich sagen muss, ohne den Vertrag wäre es bestimmt nicht dazu gekommen. Und jemand hat möglicherweise einen Aufwand getätigt, der ihm nicht ersetzt wird.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte Kollege Krist.

Abgeordneter Hermann Krist (SPÖ): Herr Dr. Kutschera! Sie haben mehrere Entwürfe für diesen Gegengeschäftsvertrag erarbeitet in Ihrer Kanzlei. Ich habe aus den Unterlagen gesehen, dass es nicht immer einfach war, weil es doch sehr unterschiedliche Standpunkte auch gegeben hat. Sie haben auch Memoranden verfasst, in denen Sie diese Unterschiede immer wieder aufgearbeitet haben oder aufgezeigt haben. Ich sage es jetzt nur als ein Beispiel, diese Pönalefrage. Ich gehe davon aus, Sie kennen auch die Stellungnahme des Rechnungshofes grundsätzlich zu Ihrer Beauftragung, der im Bericht geschrieben hat, eigentlich wäre die Finanzprokurator dazu aufgerufen und auch in der Lage, aber eben wurde in diesem Fall vom Ministerium ein externer Berater in dem für Sie beigezogen. Mich würde jetzt – die eine oder andere Frage hat sich schon erledigt aus der bisherigen Befragung, bei mir bleibt jetzt offen, hat Ihre Kanzlei auch andere Klienten, die grundsätzlich mit Gegengeschäften in Verbindung zu bringen sind? Vielleicht machen wir es gleich einmal so.

Dr. Michael Kutschera: Also ich muss erstens sagen, hier geht es jetzt um die Vertraulichkeit unserer Kanzlei. Ich kann Ihnen keine Klientenliste nennen. Wir haben bei der Beauftragung, bei unserer ersten Beauftragung in dem Angebotschreiben offengelegt, dass wir zum damaligen Zeitpunkt Daimler-Chrysler in einer vollkommen anderen Angelegenheit vertreten haben. Wir haben, und ich habe bestimmt nicht, und ich bin mir eigentlich sicher, dass das in unserer Kanzlei nicht geschehen ist, dass wir ein Unternehmen, das im Zusammenhang mit diesem Gegengeschäftsvertrag oder Transaktionen, die ausgelöst wurden durch diesen Gegengeschäftsvertrag, vertreten oder beraten haben. Wir sind zwölf Partner, aber es würde mir als höchst unwahrscheinlich erscheinen.

Abgeordneter Hermann Krist (SPÖ): Um noch einmal zurückzukommen auf die Rechnungshofkritik am Ministerium sage ich jetzt einmal, haben Sie bei der Erstellung, bei der gesamten Arbeit, die Sie da geleistet haben, irgendwann einmal mit der Finanzprokurator sich ausgetauscht oder in dem Fall Gespräche geführt?

Dr. Michael Kutschera: Die Finanzprokurator war nicht involviert.

Abgeordneter Hermann Krist (SPÖ): Sie kennen doch sicher die Aussage auch in den Medien, die herumgegeistert ist, dass 40 Prozent der Gegengeschäfte fiktiver Wissenstransfer ist. Sie haben es jetzt vorher ganz kurz erwähnt, dass es bei allfälliger Auflösung von Verträgen da vielleicht ein Problem ist. Sie kennen sicher die ganze Causa um das Johanneum, das war ja eigentlich tagelang in der Presse. Mich würde nur interessieren, wie Sie im Zusammenhang der Erstellung des Vertrages genau diese Causa Johanneum einschätzen?

Dr. Michael Kutschera: Also ich muss gestehen, die Causa Johanneum muss irgendwie an mir vorbei gegangen sein, ich kenne sie nicht. Ich kann nur eines sagen, dass – da müsste ich jetzt ein bisschen im Vertrag nachlesen, weil ich habe ihn mir schon wieder durchgelesen, aber auswendig kann ich ihn nicht – dass es grundsätzlich bei solchen Dingen, wo es nicht so klar ist, was angerechnet wird, wo ich nicht eine Lieferung über irgendwelche Gegenstände und einen Kaufpreis habe, dass es grundsätzlich hier eine Vorabstimmung geben soll, bei der bevor irgendwer irgend etwas macht, zwischen der Republik und dem Gegengeschäftspartner festgelegt wird, was er tut und was dafür angerechnet wird. Das kann ich dazu sagen. Es tut mir leid, ich kenne die Causa Johanneum nicht.

Abgeordneter Hermann Krist (SPÖ): Die brauchen wir jetzt nicht aufwärmen, ich habe nur, wenn Sie es gewusst hätten, weil es ist da um Wissenstransfer gegangen und um horrenden Verrechnungen von Lehrstunden oder von Vorträgen, die dann wieder rückgängig gemacht wurden. Also da war einiges an dem Thema. Für die erste Runde danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. Von der FPÖ, gibt es da Wünsche? Keine. Von der ÖVP?

Das ist ein Privileg, das nur mir zusteht. Ich glaube, das beschäftigt uns beide im Moment sehr. – Kollege Kogler bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): In der letzten Runde schon gemacht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Danke. Herr Dr. Kutschera! In medias res. Zwei große Problemblocke haben sich zum Schluss in den Verhandlungen gezogen. Das war die Pönale und die Veröffentlichungsfrage. Kommen wir zur Pönale. Bis kurz vor Verhandlungsende waren 10 Prozent des Gegengeschäftsvolumens im Raum stehend und das war die Forderung des BMWA. Ist das richtig?

Dr. Michael Kutschera: Soweit ich mich erinnern kann, ja. Wobei ich wiederum sagen muss, wie viel Prozent Pönale jetzt gelten soll war etwas was nicht unsere Runde verhandelt hat, sondern das wurde letztendlich eingesetzt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Der Reihe nach. Am Schluss, damit wir einmal das Ende des Liedes kennen. Man Schluss sind auch 10 Prozent dagestanden aber vom Nettokaufpreis des Hauptvertrages was nichts anderes heißt als 5 Prozent des Gegengeschäftsvolumens. Was hat die Republik dafür erhalten? Ich meine, Sie wissen ganz genau, dass der Rechnungshof diesen Vorgang intensiv kritisiert. Schildern Sie uns den Vorgang wie wir von 10 auf 5 Prozent gekommen sind?

Dr. Michael Kutschera: Also ich habe mir im Vorfeld dieser Befragung, diesen Vertrag noch einmal sehr genau angeschaut. Ich hatte nicht die Zeit, durch die Berge von

Akten zu gehen. Ich muss ehrlich sagen, ich kann Ihnen jetzt nicht mehr den Ablauf, wenn Sie mich erinnern können an etwas, woran ich vielleicht eine Assoziation habe, dann sage ich Ihnen das gerne. Aber ich kann mich nicht mehr erinnern wie es genau zu dieser Zahl jetzt gekommen ist und was da ein allfälliger Abtausch war.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es geht schon um Ihre Wahrnehmungen. Aber ich kann Ihnen schon helfen tatsächlich. In einem Memorandum Ihrer Kanzlei wird festgehalten für drei große strittige offene Punkte oder drei wesentliche Punkte wie es bezeichnet wird korrekterweise ist die Frage der Bucheinsicht, die haben wir jetzt ausgeklammert, das muss man ja nicht alles hier erörtern, jedenfalls auch jene der Pönale unter dem Titel Maximalpönale und die der Transparenz Fragen unter dem Titel Veröffentlichung. Jetzt haben wir da Hinweise, dass Sie sich das alles sehr schwierig gestaltet rund um die Pönale. Und ich frage Sie nur zunächst einmal, was die Gründe waren, warum die Republik, ich meine, Sie müssen ja da maßgeblich beteiligt gewesen sein, weil sonst müssen wir die Position heute hier in Frage stellen. Warum die Republik sich dann mit 5 Prozent statt mit 10 Prozent zufrieden gibt, weil diese Übereinstimmung haben wir ja, denke ich. 5 Prozent vom Nettoverkaufspreis. Entschuldigung. 5 Prozent des Gegengeschäftsvolumens insgesamt sind 10 Prozent des Nettoverkaufspreises. Dort sind wir gelandet. Wie ist es dazu gekommen?

Dr. Michael Kutschera: Ich müsste in die Unterlagen hineinschauen, um mich daran zu erinnern. Ich bedaure, ich habe dieses Memorandum, das Ihnen vorliegt vor dieser Verhandlung nicht wieder gelesen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Kommen wir zu den Transparenzpunkten zwischenzeitig. Ist es vielleicht möglich, dass man dieses Memorandum hier von einmal herbeischafft, weil ich habe mir das auch nur rausgeschrieben. Die Veröffentlichungsfragen. Es ist Ihnen wahrscheinlich in den medialen Darstellungen bekannt gewesen, dass Bundesminister Bartenstein bei der Erstellung dieser Vertragsbestimmungen monatelang darauf hingewiesen hat, dass diesmal alles ganz transparent ablaufen wird. Dass sowohl erstens der Gegengeschäftsvertrag als solcher öffentlich gemacht werden kann, natürlich in Vereinbarung mit dem Verpflichteten als Eurofighter und zweitens dass auch die einzelnen Gegengeschäfte aus diesem Grundvertrag heraus publik gemacht werden sollen mindestens nach drei Kriterien. Aber bleiben wir beim Gegengeschäftsvertrag. Was haben Sie da für Erinnerungen zur Position der Republik und jener von EADS?

Dr. Michael Kutschera: Also hier ist meine Erinnerung besser. Die Republik wollte in der Tat die weitest mögliche Transparenz, und wollte die Öffentlichkeit über alle relevanten Aspekte im Detail informieren. Die Eurofighter Jagdflugzeug GmbH wollte das Gegenteil. Und die haben das damit begründet, dass sie einmal gesagt haben, der Gegengeschäftsvertrag selbst sei im Vergleich zu anderen Gegengeschäftsverträgen von seinen Bedingungen her ein für die Republik sehr günstiger. Und würde dieser Gegengeschäftsvertrag in seiner Totalität öffentlich, dann wäre das für die Eurofighter Jagdflugzeug GmbH überall sozusagen der Beginn des Verhandlungspunktes und alle anderen werden sagen, das ist das Minimum, wir wollen mehr. Der erste Punkt.

Man hat sich dann darauf geeinigt, dass man einen einvernehmlich verfassten Auszug eine Zusammenfassung davon veröffentlicht. Das Zweite war die individuellen Transaktionen. Hier wurde darauf hingewiesen, dass sowohl für den ausländischen Gegengeschäftspartner wie auch für den österreichischen Gegengeschäftspartner ein hohes Vertraulichkeitsbedürfnis deshalb besteht. Denn wenn die genauen Konditionen einzelner Transaktionen in die Öffentlichkeit geraten, dann bedeutet das für Mitbewerber auf allen Seiten ganz klar wo die Benchmark liegt, wo sie unterbieten, überbieten, et cetera können.

Man hat dann lange darüber verhandelt, in welchen Detaillierungsgrad eine Veröffentlichung zu einzelnen Gegengeschäftsverträgen erfolgen kann und hat sich da auf gewisses geeinigt, so dass die Öffentlichkeit grundsätzlich einmal erfahren sollte, um wen es ging, um welche Art von Geschäft und um das Volumen. Was nicht drinnen stehen sollte war nach diesem Grundsatz was genau, wenn ich das typische Beispiel nehme, etwa ein Kaufobjekt sei und was genau der Preis für dieses Kaufobjekt sein soll. Das waren die Positionen, die hier gegeneinander geprallt sind und man hat dann von Seiten des Ministeriums und ich muss sagen, ich habe diese Positionen durchaus nachvollzogen, versucht, eine Lösung zu finden, die dem Transparenzbedürfnis Rechnung trägt, und die aber umgekehrt auch die schutzwürdigen Interessen der betroffenen Unternehmen denen Rechnung trägt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das bezieht sich auf die einzelnen Gegengeschäfte was Sie als Letztes geäußert haben.

Dr. Michael Kutschera: Ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Zunächst noch einmal zum Grundvertrag für Gegengeschäfte. Die Position der Republik war die Veröffentlichung des gesamten Vertrages. Was außer den Einwänden, die EADS selber gebracht hat, was hat die Republik im Gegenzug dafür bekommen, dass man dann verzichtet hat auf das? Es wurde ja auch öffentlich angekündigt regelmäßig, dass es so kommen wird.

Dr. Michael Kutschera: Man darf sich den Ablauf dieser Vertragesverhandlung nicht so vorstellen, dass jetzt immer genau ein Punkt für einen genauen anderen hergegeben wurde. Ich möchte vielleicht darauf verweisen, dass wir in diese Vertragsverhandlungen gingen mit einem Formular, das in den Ausschreibungsunterlagen gelegen ist und das nicht auf diese konkrete Transaktion angepasst war. Und dieses Formular ist offenbar in der Vergangenheit immer verwendet worden, ohne dass es hierzu Streitigkeiten gab, weil sich die Vertragspartner offenbar immer irgendwie zusammengestritten haben.

Es war für uns schon einmal ein erheblicher Kampf, der wochenlang gedauert hat, Klarstellungen hier hineinzubringen, was alle diese Anrechnungskriterien betroffen hat, die in diesem Formular nicht drinnen gewesen sind. Darüber hinaus sind Verhandlungen ein wechselseitiges Geben und Nehmen, und man hat dann letztlich immer versucht Pakete zu bilden und Dinge ein wenig gegeneinander abzutauschen, um zu einem Ergebnis zu kommen, das die Interessen beider Seiten angemessen berücksichtigt. So gesehen war die Lösung zur Veröffentlichung, wie gesagt, über das ist ja wochenlang gerungen worden und die Verhandlungen waren extrem mühsam, das war das Ergebnis eines Ausgleichs einer Vielzahl von Punkten. Ich kann nicht sagen für das Nachgeben im Punkt X hat die Republik genau den Punkt Y bekommen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das Günstigste was Sie hier reklamieren ist offensichtlich, dass das auf die untere Ebene transferiert wurde, dass dann in den konkreten Gegengeschäftsvereinbarungen die Frage der Publizität gelöst werden sollte.

Dr. Michael Kutschera: Nein. Ich möchte noch einmal sagen, es gibt ja eine Zusammenfassung des Gegengeschäftsvertrages, die veröffentlicht wurde, und auf die man sich geeinigt hat, das ist der Anhang 6. Das war die Vereinbarung zu dem der Öffentlichkeit zugänglichen Inhalt des Gegengeschäftsvertrages, der eine Punkt.

Der andere Punkt ist die Abrede dazu, in welchem Maß und in welchem Individualisierungs- und Spezifizierungsgrad Information zu den einzelnen Gegengeschäften veröffentlicht werden sollte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das können wir dann lassen. Ich sage Ihnen nur, die Auskunftsperson zuvor hat die nämlich selbst in den Plattformen zur Anrechnung der Gegengeschäfte sitzt, die haben den Vertrag dann auch nicht bekommen auf Grund dieser Übung, und mit dem, was hier als Zusammenfassung gilt hat sich selbst die berufene Plattform außerstande gesehen, die konkret eingereichten Gegengeschäfte zu bewerten. So viel zu dem Erfolg dieser Publizitätsaktionen.

Ich komme aber zu einem Dokument, das auch im Vertrag als Musterdokument enthalten ist, und zwar die Gegengeschäftsbestätigung als solche. Sie beinhaltet einen Absatz, den bringe ich Ihnen kurz in Erinnerung, und zwar über kleine Provisionen für jene, die Gegengeschäfte für das BMWA anerkennen. Der österreichische Partner des Gegengeschäftes nimmt zur Kenntnis, dass ein mit der Verifizierung dieses Geschäftsfalles vom BMWA allenfalls beauftragter Gutachter berechtigt ist, die ihm aus seiner Tätigkeit erwachsenden Kosten bis zu einem Beitrag von maximal 0,3 Prozent der vom BMWA anerkannten Auftragssumme in Rechnung zu stellen. Ist Ihnen diese Passage bekannt?

Dr. Michael Kutschera: Ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist die diskutiert worden in der Verhandlungsgruppe des BMWA?

Dr. Michael Kutschera: Ich meine, aber da bin ich auf meine Erinnerung angewiesen, dass das eine Bestimmung war, die es schon davor in der Gegengeschäftspraxis gegeben hat, ich kann es aber nicht sagen. Ich weiß nicht, ob diese Bestimmung jemals zum Tragen gekommen ist, und ich bilde mir ein mich zu erinnern, dass in einer neueren Form dieser Bestätigung, die dann später ersetzt worden ist, dieser Passus gefallen ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das kann ich Ihnen auch sagen warum. Weil wir eine entsprechende parlamentarische Anfrage gestartet haben, weil entgegen allen Versprechungen des Ministeriums diese Passage wieder aufgenommen wurde.

Ich halte noch einmal für das Protokoll eine Weisheit so einer Passage fest. Wenn jemand vom BMWA dafür bezahlt wird Gegengeschäfte zu prüfen, dann kriegt er umso mehr, und bei den Volumina sind 0,3 Prozent sehr, sehr viel Geld gegebenenfalls, umso mehr je mehr bestätigt wird, und das führt natürlich dazu, dass diese ganze Zettelwirtschaft von gegenseitigen Unterschriften, dass irgend etwas ein Gegengeschäft ist natürlich gefördert wird.

Ich frage Sie jetzt Folgendes: Wir haben hier im Parlament einen Unterausschuss des Rechnungshofausschusses gehabt, der diese Praktiken massiv angeprangert hat, das in seinem Bericht drinnen hat und das BMWA vor Vertragsabschluss hoch und heilig geschworen hat, dass solche Praktiken nie und nimmermehr vorkommen, und später haben wir dann entdeckt, dass das drinnen ist. Meine Frage ist, hat irgend jemand vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten darauf hingewiesen, dass diese Passagen nicht mehr vorkommen sollen?

Dr. Michael Kutschera: In den Verhandlungsrunden bis zum Abschluss des Vertrages war das nicht der Fall. Ich kann mich jetzt daran erinnern, dass wir in den internen Runden den Sinn dieser Bestimmung erläutert haben, und das, wie es mir erklärt wurde und was mir plausibel erschien war, dass es möglicherweise, wenn es darum geht die inländische Wertschöpfung zu bestimmen oder andere Dinge, die nur jemand bestimmen kann, der Zugang zu den Büchern einer Gesellschaft bekommt, und der dann unter einer Vertraulichkeitsverpflichtung steht, dass jemand hier Fragen löst, die das Ministerium selbst entweder deshalb nicht löst, weil es die Frage nicht beantworten kann, oder deshalb, weil ein Gegengeschäftspartner nicht bereit ist, ihm Zugang zu

den Unterlagen zu verschaffen. Das ist meine Erinnerung, wie das mir gegenüber motiviert worden ist, und das erschien mir plausibel.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Der Grund der Zahlung ist plausibel, aber es geht um die Festsetzung der Provisionshöhe. Und die Frage ist, ob das thematisiert wurde, dass dann, wenn ein dritter Beigezogener umso mehr Geld kassiert ein desto höheres Volumen er anerkennt, weil die negative Anreizwirkung dieser Sache ist doch evident. Da wird doch dem Gutachter jede kritische Beurteilungsfähigkeit entzogen, wenn er umso mehr Geld bekommt, je mehr er anerkennt. Das ist doch nur im Interesse des Rüstungskonzerns und des Gutachters selbst, aber niemals im Interesse der Republik.

Dr. Michael Kutschera: Ich lese diese Bestimmung anders und ich teile Ihre Meinung nicht. Es ist nicht so, dass diese Bestimmung hier eine Provision festlegt, die abhängig wäre in Höhe des anerkannten Betrages, sondern diese Bestimmung gestattet die Einschaltung eines Gutachters, der berechtigt ist, die ihm aus seiner Tätigkeit erwachsenen Kosten, die gedeckelt sind mit diesen 0,3 Prozent, in Rechnung zu stellen.

Es ist aber richtig, dass bei der Entlohnung der Tätigkeit von Gutachtern generell, egal ob das Anwälte, Wirtschaftstreuhandler oder wer sonst immer sind, die Entlohnung oft abhängig ist von dem Geschäft, das da untersucht wird. In unseren eigenen Aufträgen war das nicht so, da ging es nach Stundensätzen, und dann wären eben diese 0,3 Prozent das Limit, bis zu dem ein solcher Gutachter mit seinen Stundensätzen kommt. Ich habe diese Bestimmung nie so empfunden, als soll hier irgendjemandem ein Geschäft zugeschanzt werden und jemand umso mehr belohnt werden, je mehr er da Persilscheine ausstellt, sondern hier sollte es nach dem Verständnis, das ich von den Vertretern des Ministeriums bekommen habe darum gehen, dass sich die Republik sachkundig ...versichert, ob tatsächlich eine Anerkennungsberechtigung vorliegt, und wenn man sich eines Externen bedient, dann muss man ihm halt etwas zahlen. Aber von einer gewissermaßen Erfolgsabhängigen Prämie ist in dieser Klausel nicht die Rede.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es geht auch nicht um Ihre Empfindungen, es geht einfach um die ökonomischen Anreizwirkungen aus Verträgen heraus, wo Sie mitgewirkt haben. Aber sei es drum.

Ich halte Ihnen jetzt vor dieses angekündigte Memorandum Binder-Gösswang, Rechtsanwälte, also Ihre Kanzlei, steht ausdrücklich da, von Rechtsanwalt Dr. Michael Kutschera und Florian Kranbitter.

Dr. Michael Kutschera: Das war ein Kollege.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Genau, dann haben wir den auch richtig bei Protokoll. Ergebniszusammenfassung 27.11.2002, Maximal-Pönnale, Bucheinsicht, Veröffentlichung. Ich komme jetzt noch einmal auf die Maximal-Pönnale zurück. Nicht nur, dass hier zehn Prozent des Gegengeschäftsvolumens als Position der Republik ausgewiesen wurde mit 27.11., es ist offensichtlich erkennbar, dass die ursprüngliche Position sogar 20 Prozent des Gegengeschäftsvolumens war. Das ist dann korrigiert worden hier, Sie werden es gleich selbst sehen, und die Position von EADS ist mit zehn Prozent, aber eben des Nettokaufpreises, was fünf Prozent heißt. Wie, muss ich die Frage korrigieren, weil ich ihm diese Vorhalte lasse, wie ist es dazu gekommen, dass die Republik von 20 Prozent Pönnale Anspruch auf fünf Prozent runterrasselt?

Dr. Michael Kutschera: Ich muss noch einmal sagen, die Frage, wie viel Prozent des Gegengeschäftsvolumens pönalisiert ist oder nicht, ist eine ökonomische Frage. Ich bin sicher, dass wir das damals besprochen haben, ich kann mich – es tut mir Leid, ich

kann mich beim besten Willen nicht mehr erinnern, wie dieser Teil der Gespräche verlaufen ist. Es ist letztlich dazu gekommen, dass die Republik hier in gewissem Maß nachgegeben hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber halten wir abschließend fest, Sie wissen nichts über den Verlauf, kann man Sie auch nicht zwingen, so etwas zu wissen.

Dr. Michael Kutschera: Ich kann mich daran nicht erinnern.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich wollte Sie nur bitten, kennen Sie auch wieder, dass Sie in Ihrem eigenen Dokument sogar ... das ist sogar mir neu, muss ich Ihnen sagen, und dem Rechnungshof wahrscheinlich auch, dass hier sogar 20 Prozent steht in dieser Zeile. Durchgestrichen ist und auf zehn Prozent reduziert wurde, können Sie das bestätigen?

Dr. Michael Kutschera: Das steht hier so drinnen. Ich gehe davon aus, dass es ein Schreibfehler gewesen ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ein Schreibfehler war das jetzt. Gut.

Dr. Michael Kutschera: Ich gehe ... ich erkläre es mir so, aber ich bitte um Vergebung, wie genau ein Memorandum am 5. Dezember 2002 zu dieser Position gekommen ist, kann ich heute aus meinem Gedächtnis nicht erklären.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Vielen Dank. Ich glaube, das korrespondiert mit dem Einredeverzicht im Grundvertrag. Das wird wahrscheinlich die gleich Verhandlungskonsequenz gewesen sein.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay, danke. Gibt es noch weitere Fragen. Kollege Kräuter, bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Eine Nachfrage, Herr Rechtsanwalt. Es ist über all die Jahre behauptet worden, 15 Jahre wäre der Erfüllungszeitraum und in Gegengeschäften und erst mit dem Rechnungshofbericht im Vorjahr, mit dem dritten in der Serie wird eigentlich der staunenden Öffentlichkeit bekannt, dass das überhaupt nicht stimmt. Die politische Botschaft war eindeutig zum Zeitpunkt der Vertragsabschlüsse. 15 Jahre Erfüllungszeitraum. Und dann stellt sich heraus, dass das Wirtschaftsministerium das einfach verlängern kann Jahr für Jahr. Das korrespondiert jetzt natürlich mit der geringen Pönale, und ich möchte Sie fragen, war das eigentlich immer schon klar, dass die 15 Jahre in Wirklichkeit nur nach außen hin eine Vorgabe sind, die man öffentlich vor sich herträgt, aber in Wirklichkeit das ja gar nicht den Fakten entspricht?

Dr. Michael Kutschera: Wenn man sich die Bestimmung des 1.3.1 ansieht, dann gibt es eine Pflicht der Republik zur Verlängerung nur aus gerechtfertigten Gründen, und das sind vom Vertragspartner nicht zu vertretende Hindernisse in der Sphäre der österreichischen Unternehmen und der Republik Österreich zu verstehen. Man hat damals darüber gesprochen, und darunter war gemeint, dass zwar die Seite von Eurofighter bereit wäre, alle möglichen Geschäfte mit Österreich abzuschließen, aber aufgrund – es war damals gerade dieses mächtige Hochwasser – irgendwelcher Naturkatastrophen und wirtschaftlicher Probleme und ähnlichem es der Republikseite nicht möglich ist, diesen Gegengeschäftsvertrag auch zu erfüllen beziehungsweise das Ihre dazu beizutragen auf österreichischer Seite. Und da hat man gesagt, bitte, wenn das so ist, können wir nicht deshalb eine Pönale zahlen, obwohl wir erfüllungswillig sind auf Eurofighter-Seite, aber ihr Österreicher könnt nicht mitmachen. Das zweite ist, das Bundesministerium – und das ist ja so, das Bundesminister kann den Erfüllungszeitraum aus eigenem Gutdünken auch aus anderen Gründen verlängern. Das ist erstens einmal ein einseitiges Recht auf Seiten der Republik und die

Begründung dafür, war folgende, dass man gesagt hat, dann, wenn diese 15 Jahre abgelaufen sind und Eurofighter hat es nicht geschafft, wird die Republik überlegen, was ist gescheiter: Wir kriegen jetzt ein Pönale oder wir sorgen dafür, dass die Gegengeschäfte weiter abgeschlossen werden und volkswirtschaftlich hat die Republik möglicherweise mehr davon, dass Gegengeschäfte noch abgeschlossen und erfüllt werden, als dass sie vorher ein Pönale bekommen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sehen Sie ...

Dr. Michael Kutschera: Das hätte die Republik, entschuldigen Sie, auch tun können, oder könnte sie tun, ohne dass dieser Satz hier herinnen steht. Denn die Republik kann jederzeit auf irgendetwas verzichten.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber sehen Sie, genau das ist das Problem: Wenn 15 Jahre öffentlich erklärt wird, dass das die Frist ist, in der innerhalb der die vier Milliarden abgearbeitet werden müssen, und dann aber die Möglichkeit besteht, dass zum Beispiel zwei Milliarden überhaupt erledigt werden, aber die Pönale so gering ist, dass die überhaupt nicht da relevant ist, dann ist ja logischerweise die Republik natürlich klarerweise dazu verpflichtet, das zu verlängern, um zu retten, was zu retten ist. Das ist ja der springende Punkt und der Hintergrund. Also in Wirklichkeit ist auch in diesem Punkt die Republik Österreich über den Tisch gezogen worden, Frau Volksanwältin in spe, dass es nicht ärger geht. Das ist doch die Realität.

Obmann Dr. Peter Pilz: Da die Frau Kollegin Fekter in kurzer Zeit zum ersten Mal das österreichische Volk vertreten wird, werden wir bis dahin Nachsicht üben. Bitte, Frau Kollegin.

Abgeordnete Dr. Maria-Theresia Fekter (ÖVP): Herr Kollege Vorsitzender! Ich vertrete auch hier herinnen das österreichische Volk. Selbstverständlich, weil ich bemühe mich um die Sicherheit dieses Landes und seiner Bürger.

Herr Dr. Kutschera, weil ja der Kollege Kräuter so irritiert war durch die zehn Prozent. Es ist ja parallel zur Angebotseinholung für die Flieger auch eine Angebotseinholung für die Gegengeschäfte gelaufen. Und bei dieser Angebotseinholung waren doch zehn Prozent gefordert von den Anbietern. Ist das richtig?

Dr. Michael Kutschera: Nach meiner Erinnerung, ja. Ich war bei der Angebotseinholung nicht involviert.

Abgeordnete Dr. Maria-Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Reduktion auf fünf Prozent steht der Rechnungshof auf dem Standpunkt, dass das ein Nachteil für die Republik hätte sein können, der ist aber wettgemacht worden durch Zwischenerfüllungsschritte. Können Sie das noch einmal erläutern, weil der Rechnungshof schreibt hier die Zwischenerfüllungsschritte gewährleisten, dass wesentliche Teile der Gegengeschäftsverpflichtung schon in naher Zukunft für die österreichische Wirtschaft schlagend werden. Diese Zwischenerfüllungsschritte, was hat man da eingezogen?

Dr. Michael Kutschera: Ja, das ist richtig, und nach meiner Erinnerung stammt das in der Tat miteinander in Verbindung, aber ich hatte es vollkommen vergessen. Man hat also so genannte Meilensteine eingeführt, um sicherzustellen, dass das, was eben gesagt wurde, nicht eintritt, dass 14 Jahre nichts geschieht, und dass man langsam beginnt.

Und die Nichteinhaltung von solchen Meilensteinen würde dazu führen, dass sich das Gegengeschäftsvolumen in einem bestimmten Maß erhöht. Das sind in dem selben Abschnitt Pönale, daher wird es wohl damit zusammengehangen haben, geregelt, dass bis zum 30. Juni 2004 ein Volumen von einer Milliarde Euro zu vereinbaren ist, und

wenn dieser Zielbetrag um mehr als 25 Prozent unterschritten wird, dann erhöht sich das Gegengeschäftsvolumen unabhängig von einem Verschulden, um die Differenz zu diesem Schwellenbetrag von 750 Millionen Euro. Und ein weiterer Meilenstein besteht darin, dass bis 31. Dezember 2011 die Hälfte des Gegengeschäftsvolumens zu vereinbaren ist, und wenn das wiederum um 25 Prozent unterschritten wird, also in beiden Fällen gibt es eine Toleranz, dann erhöht sich das Gegengeschäftsvolumen ... verschul... Bitte?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das ist beruhigend, sage ich.

Dr. Michael Kutschera: Das war die Vereinbarung ... erhöht sich das Gegengeschäftsvolumen wiederum verschuldensunabhängig um den Differenzbetrag zu diesem Schwellenbetrag.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt also, im Endeffekt war es nicht wirklich nachteilig für die Republik?

Dr. Michael Kutschera: Die Einziehung der Schwellenwerte hat abgesichert, dass die Gegengeschäftsverträge nicht irgendwann, sondern sofort angebahnt werden und damit natürlich wertvoller sind auch volkswirtschaftlich. Und sie haben dazu geführt, dass, wenn gewisse Minima erreicht werden, sich das Volumen insgesamt, das zu erfüllen ist, und damit auch das Pönale erhöht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Aber im Grund genommen laufen die Gegengeschäfte ja irgendwie bereits als Vorleistung, weil ja die Flieger noch gar nicht da sind, aber die Gegengeschäfte bereits zu einem sehr großen Teil auf Schiene sind?

Dr. Michael Kutschera: Mir ist der Stand der Gegengeschäftsbemühungen nicht bekannt. Aber die Idee der Vorleistung findet sich ja darin im Vertrag, dass es da gewisse Geschäfte gibt, deren Anrechnung vereinbart wurde, obwohl sie bereits vor Vertragsabschluss vereinbart waren. Diese Geschäfte wurden – so meine Information – von Eurofighter deshalb angebahnt, um ihrem Angebot hier Nachdruck und Unterstützung zu verleihen. (*Abg. Dr. Fekter: Danke sehr!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. Gibt es noch weitere Fragen? – Kollege Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eine Frage, Herr Doktor: Gibt es Nebenabreden, die hier im Vertrag nicht auftauchen zu diesem Gegengeschäftsvertrag?

Dr. Michael Kutschera: Mir sind keine bekannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist Ihnen etwas bekannt, wonach über diese Gegengeschäftsverträge hinaus auch beispielsweise Sportförderung oder Ähnliches verabredet worden wäre?

Dr. Michael Kutschera: Ich müsste jetzt nachschauen, ob Sportförderung unter jene Kategorien fällt, die da drinnen enthalten sind. Wie gesagt: Ich hatte vorhin gesagt, dass etwa diese grundsätzlichen Ziele, wie sie in § 2 Zif. 1 (??) sind, die waren ein Datum und festgelegt. Ich weiß nicht, ob Sportförderung unter Bildungs- und Qualifikationsinvestitionen fallen sollte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ihre Wahrnehmungen. War das irgendwann einmal Thema in den Verhandlungen?

Dr. Michael Kutschera: In meiner Gegenwart nie.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie noch, wer auf Seiten von Eurofighter bei den Verhandlungen teilgenommen hat. Wir sehen nur, dass Herr Faltlhauser unterschrieben hat. Aber wer hat auf Seiten von Eurofighter teilgenommen?

Dr. Michael Kutschera: Auf Seiten von Eurofighter haben drei Personen teilgenommen: Herr Stefan Moser, Frau Franziska Olbrecht und Herr Klaus Schmitz, und zusätzlich als Rechtsanwalt Dr. Swoboda.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn ich Ihnen vorhalte, dass Herr Stefan Moser Vizepräsident von EADS ist und mit Eurofighter gar nichts zu tun hat. Was sagen Sie dazu? Wie hat der sich ausgewiesen?

Dr. Michael Kutschera: Ich glaube, wir haben eine Visitenkarte bekommen. Ich weiß nicht mehr, was auf der Visitenkarte draufsteht. Ich glaube, ich würde sie im Akt finden. Er und die beiden anderen Personen sagten sich an als die Vertreter der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH. Und ob die vertretungsbefugt waren oder nicht, habe ich nicht nachgeprüft, denn sie haben verhandelt und das, was man mit ihnen vereinbart hat, ist letztlich auch unterschrieben worden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist aus dieser Darstellung zu schließen, dass im Grunde Herr Faltlhauser gar nie an den Verhandlungen teilgenommen hat?

Dr. Michael Kutschera: Es gab eine Vielzahl von Verhandlungsrunden. Es hat, glaube ich, zwei Termine gegeben, bei denen Herr von Rauen zugegen war. Die Verhandlungen, bei denen um die Inhalte und Formulierungen gerungen wurde, bei denen kann ich mich allein an die drei EADS-Vertreter und Herrn Dr. Swoboda erinnern. Ganz zum Schluss – da wurde aber nichts mehr verhandelt –, als es ans Unterschreiben ging, waren wir ein einziges Mal in einem Gebäude des Verteidigungsministeriums am Kai. Da waren noch eine Reihe anderer Personen zugegen, auch von der EADS-Seite. Aber wer das war, weiß ich nicht, und ich hatte mit denen nichts zu verhandeln.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr von Stadler, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, kein Von-tzerl, ja. Das gibt es zwar auch, aber ich habe mit den Von-tzerln nichts zu tun.

Könnten Sie uns beziehungsweise zu Händen des Ausschussvorsitzenden, die Kopien dieser Visitenkarten, die sich ja noch beim Akt befinden, zur Verfügung stellen?

Dr. Kutschera: *Selbstverständlich!*

Das ersuche ich Sie ganz dringend, weil diesem Umstand, wer verhandelt hat, eine durchaus nicht zu unterschätzende Bedeutung zukommt. Das deckt sich mit den Informationen, die ich habe, dass Herr Stefan Moser an diesen Verhandlungen teilgenommen hat.

Können Sie uns in etwa sagen, wer in etwa die Konstanten waren von den Persönlichkeiten, die auf Seiten Eurofighter respektive EADS teilgenommen haben? Wer so in etwa die Verhandlungskonstanten waren, außer dem Herrn Moser?

Dr. Michael Kutschera: Swoboda war bei den meisten Terminen dabei, nicht bei allen. Frau Olbrecht kann ich mich primär zu Beginn erinnern. Herr Schmitz, meine ich, war so gut wie immer dabei.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schmitz war so gut wie immer dabei, Moser meistens, Olbrecht, haben Sie gesagt, auch meistens.

Dr. Michael Kutschera: Also bei Olbrecht bin ich mir jetzt nicht mehr so sicher, aber so als Gesichter vor Augen stehen mir Moser, Schmitz und Swoboda.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Moser, Schmitz, Swoboda. Fallthäuser nur zweimal, haben Sie gesagt, oder überhaupt nicht?

Dr. Michael Kutschera: Mit einem Herr Fallthäuser ist mir nicht erinnerlich, jemals verhandelt zu haben. Herr von – oder nicht von – Rauen war zweimal dabei.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, nein: Das „von“ stimmt schon! Das kann man im Gotha nachprüfen, auch der Herr Ausschussvorsitzende.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dieses Kastendenken gibt es in der FPÖ aber nicht mehr! Gibt es noch weitere Wünsche? – Das ist nicht der Fall. Dann danke ich für Ihr Kommen und Ihre Auskünfte. Ihre Befragung

Dr. Michael Kutschera: Darf ich nur eine Frage stellen?

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, aber wir stehen nicht unter Wahrheitspflicht.
(*Abg. Dr. Fekter:*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Dass die Frau Kollegin Fekter Volksanwältin wird, ist gut für die Frau Kollegin Fekter, und das Volk werden wir noch extra dazu befragen.

Dr. Michael Kutschera: Eine sehr triviale Frage: Wem darf ich diese Visitenkarte schicken?

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte mir. Herrn von Pilz, und ich werde das dann weiterverteilen. Vielen Dank.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir werden jetzt eine kleine Geschäftsordnungssitzung durchführen.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und gleichzeitig übernehme ich den Vorsitz. Und fürs Protokoll beziehungsweise Tonband stelle ich klar, dass mein Name Stadler ist.

Wir kommen nun zur Anhörung des Herrn Mag. Passweg. Ich bitte, die Auskunftsperson in den Saal zu holen. Das gleiche gilt auch für die Medienvertreter.

Grüß Gott, Herr Mag. Passweg! Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und –übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte, lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Mag. Miron Passweg! Ich danke Ihnen für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre Pflicht zur Angabe der Wahrheit und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGb wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet? Bitte, wenn Sie das Mikrofon benutzen, so es Ihnen der Herr Verfahrensanwalt erklärt. Ihr vollständiger Name lautet?

Mag. Miron Passweg, Arbeiterkammer: Mag. Miron Passweg.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Ihr Geburtsdatum?

Mag. Miron Passweg: 22. 6. 1956

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Und Ihre Anschrift?

Mag. Miron Passweg: 1220 Wien, Zschokkegasse 91/8/27

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Sie sind von Beruf?

Mag. Miron Passweg: Ich bin wirtschaftspolitischer Referent in der Arbeiterkammer.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Waren Sie, Herr Magister, im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter?

Mag. Miron Passweg: Nein, war ich nicht.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Herr Mag. Passweg! Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Liegt einer dieser Gründe bei Ihnen vor?

Mag. Miron Passweg: Nein, liegt nicht vor.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Das ist nicht der Fall. Wir können daher mit der Befragung beginnen.

Herr Mag. Passweg! Sie haben vor Eingang in die Befragung die Möglichkeit einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand dieses Zeugnisses bildenden Tatsachen gemäß § 11 Abs. 2 der Verfahrensordnung des Untersuchungsausschusses. Wollen Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen? Oder wollen Sie gleich in die Befragung einsteigen?

Mag. Miron Passweg: Ich würde gleich in die Befragung einsteigen.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Gut, danke. Daher steigen wir gleich in die Befragung ein. Als nächste Fraktion ist die Freiheitliche Fraktion am Wort, sie hat keinerlei Fragen, daher die Grüne Fraktion. Die Grüne Fraktion ist nicht anwesend,

daher kommen wir zur ÖVP-Fraktion. Nun sind wir bei der Sozialdemokratischen Fraktion. Das könnte eine kurze Befragung werden, Herr Magister. – Bitte, Herr Kollege. Bitte, Mikrofon benutzen und den Namen davor dazu sagen fürs Tonband.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Mag. Passweg! Ich habe in einer APA-Aussendung vom 20. 1. 2005 gelesen, dass Sie gesagt haben, ich zitiere wörtlich: „Ich habe oft Bauchweh, wenn etwas als Gegengeschäft anerkannt wird. Es ist schwer, da ganz durchzublicken. Das weiß im Prinzip nur der Vorstand einer Firma.“

Herr Mag. Passweg! Wie kommentieren Sie das? Haben Sie aus dieser Sicht heraus nie einen echten Überblick gehabt, was wirklich an Gegengeschäften aus der Plattform anzuerkennen ist?

Mag. Miron Passweg: Das war folgendermaßen: Wir haben vor allem anfangs bei der Beurteilung der Gegengeschäfte, die ja erst 2003 begonnen hat, sehr wenig Unterlagen, unzureichende Unterlagen bekommen. Es war auf Grund dieser Unterlagen eine seriöse Bewertung nicht möglich. Darüber hinaus würde ich sagen, wie Sie, Herr Abgeordneter, auch zitiert haben, eine echte Beurteilung, ob ein so genanntes Gegengeschäft ein echtes Gegengeschäft ist, können nur die Vertragspartner dem entsprechenden Geschäftsführer liefern.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Das heißt, Herr Mag. Passweg, wenn ich Sie richtig interpretiere, es hat eigentlich für diese Plattform keine Richtlinien gegeben, wonach man Gegengeschäfte auch in Verbindung mit den Firmen, die diese Gegengeschäfte angeboten hätten, zu einer wirklichen aussagekräftigen Beurteilung zusammenfassen hätte können. Und ich frage Sie, weil heute der Kollege Lohberger auch schon gesagt hat, er hat den Gegengeschäftsvertrag gar nicht gekannt. Haben Sie den jemals zur Kenntnis gekriegt, den Gegengeschäftsvertrag zwischen EADS und dem österreichischen Staat?

Mag. Miron Passweg: Nein, bis heute nicht.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Ich korrigiere fürs Protokoll. Der Gegengeschäftsvertrag ist zwischen Eurofighter und der Republik Österreich, einen weiteren Gegengeschäftsvertrag zwischen EADS und der Republik Österreich kennen wir noch nicht.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Noch einmal der Korrektheit wegen: Der Jagdflugzeug GesmbH. Haben Sie auch nicht gesehen?

Mag. Miron Passweg: Nein.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Mag. Passweg! Was waren dann wirklich die Kriterien, wie ist denn so eine Sitzung oder eine Beurteilungssitzung abgelaufen, nach welchen Kriterien, Sie haben keinen Vertrag gekannt, es hat in Wirklichkeit kein Beurteilungsschema gegeben, es hat keine Kriterien gegeben. Wonach haben Sie oder nach welchen Überlegungen haben Sie grundsätzlich beurteilt? Es sind ja aus dieser Plattform dann letztlich doch Zahlen herausgekommen, und wenn ich richtig zitiere oft den Herrn Minister Bartenstein, dass er schon angekündigt hat, nahezu das Doppelte an Gegengeschäften hier leisten zu können, dann frage ich mich, wie ist es zu dieser Auflistung gekommen? Können Sie uns das sagen? Wie hat man ein Gegengeschäft anerkannt? Hat man das geprüft? Hat da jemand vorgetragen, das ist es, das habe ich gehört in Österreich, das ist ein Gegengeschäft, und dann wurde es anerkannt von der Plattform? Erzählen Sie uns das einmal. Das würde mich interessieren.

Mag. Miron Passweg: Zunächst einmal haben wir einen Kriterienkatalog ausgearbeitet. Es waren darin Kriterien wie Beschäftigungswirkungen, Technologiegehalt, Bildung und so weiter. Auf Grund dieses Kriterienkataloges haben

wir uns die Gegengeschäfte angesehen. Später kam dann noch ein mathematisches Modell hinzu. Das, was ich allerdings dazu sagen muss, sehr kompliziert war und nur von wenigen Teilnehmern der Plattform angewandt wurde.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Magister! Ich frage Sie im konkreten Fall, ich frage Sie, es ist um diese Gegengeschäfte in der Größenordnung von 1,6 Milliarden €, die Firma FACC hier genannt, die aber unseres Wissens und eigentlich nachweislich schon 40 Tage vor dem Vertragswerk zum Abschluss der Gegengeschäfte diese Verträge eigentlich abgeschlossen gehabt hat. Haben Sie jemals Kenntnis davon gehabt oder gekriegt, wann solche Gegengeschäftsverträge oder Rückverträge abgeschlossen worden sind, so das man sie hineinrechnen hätte können oder nicht, wenn ich speziell dieses Geschäft ansehe.

Mag. Miron Passweg: Ich kann mich an die konkrete Sitzung, wo FACC jetzt abgehandelt wurde, nicht mehr so genau erinnern. Ich weiß nur aus meiner Erinnerung, dass das für mich nicht befriedigend war und ich nach wie vor der Meinung bin, dass eigentlich nur die Geschäftspartner selbst darüber aussagen können, ob das ein echtes Gegengeschäft ist.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Magister! Uns ist ein ganz interessantes Detail von Schulleistungen aufgefallen speziell in der Steiermark Joanneum Research, wo auf der einen Seite für uns unvorstellbar hohe Summen an Schultransferleistungen verrechnet worden sind. Also es geht hier um die Fachhochschule Joanneum und auf der anderen Seite der Eurofighter GesmbH beziehungsweise der Jagdflug GesmbH und der Plattform, diese Leistungen viel zu wenig hoch anerkannt wurden. Eine Frage, hat man jemals bei Ihnen diskutiert wie man solche schulischen Forschungsleistungen in eine Bewertung bringen könnte?

Mag. Miron Passweg: Es ist so, dieser Fall Fachhochschule Joanneum, es war in der Tat ein sehr schwieriger Fall. Wir haben generell das Problem in der Plattform, dass bei Bildungsinvestitionen EADS immer extrem hohe Anrechnungswerte möchte. Damals wurde ein Kompromiss gefunden. Es wurde nur ein Bruchteil des von EADS in Rechnung gestellten Anrechnungswertes tatsächlich anerkannt. Und das Problem dabei ist auch, dass auch befürchtet wird, dass bei zu geringen Anerkennungen keine Bildungsprojekte mehr kommen.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Magister! Nur so als lebendes Beispiel auch für diejenigen, die diese Gegengeschäfte so verteidigen. Kollege Murauer! Im Herbst 2004 hat ein Dolce & Gabbana Cavalli und Versace Zentrum in Sattledt eröffnet. Dort war eine große Modeschau mit riesigen Pomp und wie die Miss Austria, die Silvia Hackl damals der Presse auch mitgeteilt hat, war ihr nicht bewusst, dass diese 3 200 Quadratmeter große Kaufhausanlage als Gegengeschäft dem Eurofighter zugerechnet worden ist. Vielleicht sind es fliegende Strümpfe oder fliegende BHs. Ich weiß nicht, haben Sie Kenntnis wie man da zu einer Gegenrechnung kommt?

Mag. Miron Passweg: Also dazu muss ich sagen, es waren mehr oder weniger zwei bei drei Personen in der Plattform, die das Rechnungsmodell angewandt haben und eben die entsprechenden Anrechnungswerte herausgefunden haben. Ich muss dazu sagen, dass ich das nicht könnte.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Also in Summe, wenn ich ein bisschen zusammenfasse,

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): *ohne Mikro*

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): *ohne Mikro*

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Kollege Murauer! Das nützt überhaupt nichts, die Zwischenrufe bringen heute gar nichts.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Mag. Passweg! Abschließend eine zusammenfassende Frage. Wenn man das so verfolgt und ich bitte Sie wirklich auch um Ihre persönliche Auffassung. In Wirklichkeit kann man sagen, dass eine anzuerkennende und auch tragbare Darstellung von Gegengeschäften aus der Sicht der Plattform wohl nicht zu machen gewesen sein wird.

Mag. Miron Passweg: Dem würde ich zustimmen.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Okay. Danke vielmals.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Danke. Nächste Fraktion ist der Kollege Darmann.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Danke Herr Vorsitzender! Herr Mag. Passweg! Eine Frage ist ja noch nicht geklärt, auch wenn da schon sehr detaillierte Frage gekommen sind. Was haben Sie eigentlich in diesem ganzen Zusammenhang mit Gegengeschäften persönlich zu tun gehabt? Welche Rolle haben Sie gespielt? In welchem Gremium waren Sie drinnen? Zu welchem Zeitpunkt waren Sie in diesem Gremium drinnen? Was haben Sie persönlich dort gemacht? Welchen Aufgabenbereich haben Sie dort gehabt?

Mag. Miron Passweg: Ich bin von meiner Ausbildung Ökonom und wurde von meinem Dienstgeber der Arbeiterkammer Wien in die Plattform entsandt. Ich bin schon seit vielen Jahren in dieser Plattform. Ich war schon vor den Eurofightern in der Plattform, damals hat es noch Beirat geheißen. Meine Aufgabe dort ist eine volkswirtschaftliche Begutachtung der Gegengeschäfte, sozusagen was für Sinn machen die Gegengeschäfte für Österreich.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sie sagen eine wissenschaftliche Begutachtung der Gegengeschäfte. Wie findet das statt?

Mag. Miron Passweg: Volkswirtschaftlich.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Entschuldigung, habe ich falsch verstanden, volkswirtschaftliche Begutachtung der Gegengeschäfte. Auf welche Punkte nehmen Sie da speziell Bezug? Wie schaut ein Ergebnis einer solchen Bewertung aus? Was berücksichtigen Sie hier konkret?

Mag. Miron Passweg: Für uns als Arbeiterkammer sind die Beschäftigungseffekte sehr wichtig und natürlich auch Bildungsinvestitionen. Aber da gab es ja bisher nur leider einige wenige und mit unter auch problematische Fälle und natürlich also für mich persönlich ist auch der Technologiegehalt wesentlich. Mein Hauptarbeitsgebiet in der Arbeiterkammer ist Forschungs- und Technologiepolitik.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Haben Sie schon bestimmte Gegengeschäfte anerkannt als Arbeiterkammer?

Mag. Miron Passweg: In dieser Plattform ja.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Welche Gegengeschäfte waren das? Können Sie diese nennen? Sind sie Ihnen erinnerlich, welche das waren?

Mag. Miron Passweg: Da müsste ich mir eine Liste machen. Ich könnte jetzt ad hoc nicht sagen, welche das genau waren.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Können Sie den Ausschuss vielleicht Gegengeschäfte nennen, die sie nicht als Arbeiterkammer anerkannt haben?

Mag. Miron Passweg: Ja, wenn ich kurz nachsehen darf.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Bitte.

Mag. Miron Passweg: Ich bitte um Entschuldigung. Ich habe mir das leider nicht notiert was als Arbeiterkammer anerkannt habe oder nicht, sondern was die Plattform anerkannt hat oder nicht, das ist natürlich nachzulesen in den Protokollen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Wenn Sie aber vorhin sehr wohl festgestellt haben, dass Sie sehr wohl als Arbeiterkammer auch Gegengeschäfte anerkannt haben, aber auch welche nicht anerkannt haben, müsste man irgendwie heraushören können, und sagen Sie mir wenn ich da falsch liege, dass das Anerkennungsverfahren funktioniert. Denn wenn man in beide Richtungen entscheiden kann und Sie Entscheidungen treffen in beide Richtungen, dann ist das praktisch auch funktionabel dieses Anerkennungsverfahren.

Mag. Miron Passweg: Ich habe meine Arbeit in der Plattform sehr ernst genommen, weil ich grundsätzlich glaube, dass Gegengeschäfte etwas Sinnvolles sind, und habe hier auch konstruktiv mitgewirkt. Das heißt, es wäre glaube ich nicht sinnvoll gewesen, hier zu opponieren und Anerkennungen zu verweigern, nur auf Grund von Informationsmangel. Ich bin seit 20 Jahren für Forschungspolitik und Industriepolitik in der Arbeiterkammer zuständig und habe eine gewisse Erfahrung, und habe versucht, auch mit geringen Informationen eine gewisse Einschätzung der Sinnhaftigkeit dieser Projekte vorzunehmen. Was ich nicht einschätzen konnte ist, ob es sich um ein tatsächliches Gegengeschäft handelt.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Gibt es vom Kollegen Haimbuchner Fragen?

Ich habe Fragen. Sie haben von einem Beirat im Wirtschaftsministerium gesprochen, der vor dieser Gegengeschäftsplattform getagt hat, dem Sie angehören. Was ist das für eine Beirat und wofür ist der? Ist das ein permanenter Beirat gewesen?

Mag. Miron Passweg: Das war der so genannte Beirat Gegengeschäfte, und dieser Beirat....

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Die Gegengeschäfte zu welchem Hauptgeschäft?

Mag. Miron Passweg: Beispielsweise das Radargeschäft.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Das ist ein Beirat, der nur für Gegengeschäfte zu Rüstungsgeschäften eingerichtet war.

Mag. Miron Passweg: Nur zu Rüstungsgeschäften.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Das ist wesentlich. Das heißt also, diesen Beirat für Gegengeschäfte zu Rüstungsgeschäften, den gibt es im Wirtschaftsministerium schon länger.

Mag. Miron Passweg: Den gibt es schon länger, ja.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Und dieser Beirat hat jetzt mit der Anschaffung des Eurofighters nur einen anderen Namen bekommen?

Mag. Miron Passweg: Nicht nur. Es wurde die Plattform auch geringfügig erweitert.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Das heißt, im Kern ist das immer noch der Beirat plus Erweiterung, und das nennt sich dann Plattform.

Mag. Miron Passweg: Ja.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Und wie heißt die Erweiterung? Personell meine ich jetzt.

Mag. Miron Passweg: Das war das Institut für Höhere Studien und ich glaube, wenn ich mich nicht irre kam auch noch der Rat hinzu, der Rat für Forschung und Technologieentwicklung, war vorher, glaube ich, noch nicht dabei.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Und die Frau Mag. Keglevich?

Mag. Miron Passweg: Nein.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Die gehört nicht dieser Plattform an?

Mag. Miron Passweg: Nein, meinen Aufzeichnungen nach nicht. Ich wüsste nicht, von welcher Institution die Frau Magister sein sollte.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Sie ist sie. Sie braucht keine Institution um tätig zu sein. Sie hat so umfassende PR-Aufgaben gehabt im Bereich der Gegengeschäfte, dass sie schlichtweg der Gegengeschäftsstar ist.

Mag. Miron Passweg: Ich muss dazu sagen, im Rahmen der Plattform kamen immer wieder auch Experten hinzu.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Aber als Mitglied der Plattform haben Sie sie nie wahrgenommen?

Mag. Miron Passweg: Ich denke mir, vielleicht war sie einmal dabei, aber ich war ja selbst nicht bei allen Sitzungen der Plattform anwesend. Ich war eigentlich bei etwa zwei Drittel der Sitzungen persönlich anwesend.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Da ist sie Ihnen nie aufgefallen?

Mag. Miron Passweg: Da ist sie mir nicht aufgefallen.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Taucht Sie in den Protokollen auf?

Mag. Miron Passweg: Das kann ich jetzt nicht genau sagen, da müsste ich die Protokolle nochmals sehen.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Wenn Sie sie kurz durchblättern. Falls sie Ihnen auffällt, wären wir für eine Meldung sehr dankbar.

Mag. Miron Passweg: Selbstverständlich.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Wie ist das mit diesen Gegengeschäftsvolumina? Sie haben gesagt es gibt Anerkennungen und Ablehnungen des Beirates, nicht jetzt die Position der Arbeiterkammer dazu. In welchen Volumina sind sie bisher anerkannt worden? Haben Sie eine ungefähre Größenordnung parat?

Mag. Miron Passweg: Es hat Volumina gegeben von....

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Nein im Gesamten. Ich will jetzt gar nicht die einzelnen Geschäfte wissen, sondern im Gesamten, bisher etwa.

Mag. Miron Passweg: Laut den Informationen des Wirtschaftsministeriums liegt das Volumen derzeit bei über 800 Millionen €.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Das korreliert in etwa mit dem, was wir bisher an Zahlungen an Eurofighter geleistet haben. Ist das richtig? Das ist wie ein kommunizierendes Gefäß offensichtlich.

Mag. Miron Passweg: Ich kenne jetzt die Zahlungen an Eurofighter nicht genau.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Können Sie mir ein Volumen nennen über die Summe der Ablehnungen? Damit wir eine Vorstellung haben, was da alles abgelehnt wird.

Mag. Miron Passweg: Ich muss dazu sagen, ich habe in den Sitzungen eine Evaluierung verlangt, weil ich selbst keinen Überblick mehr habe, und ich habe mir gedacht es wäre sinnvoll zu untersuchen, in welche Richtung die Gegengeschäfte gehen. Wo gehen sie hin? In Richtung Bildung oder Export und so weiter, und diese Evaluierung wurde aber abgelehnt von den Beamten des Wirtschaftsministeriums.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Das heißt es gibt keinerlei Evaluierung der Kriterien? Oder der Bewertung? Was haben Sie verlangt? Kriterienevaluierung oder Bewertungsevaluierung?

Mag. Miron Passweg: Nein, ich rede von der Evaluierung der Wirkung der Gegengeschäfte, von den Geschäften selbst.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Das ist aber eine Frage der Bewertung.

Mag. Miron Passweg: Ja.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Sind Ihnen Gegengeschäfte erinnerlich im Bereich der Sportförderung? Ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass, wenn man Socken bereits in die Gegengeschäfte einrechnet, dass man dann auch Sportförderungsmaßnahmen in die Gegengeschäfte einrechnet. Ist Ihnen da irgend etwas erinnerlich?

Mag. Miron Passweg: Ich kann mich da an kein Geschäft erinnern.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Sie haben Informationsmängel beklagt. Was meinen Sie konkret damit?

Mag. Miron Passweg: Es war so, die ersten Gegengeschäftssitzungen sind so abgelaufen, ich rede von der Plattform, dass wir vor den Sitzungen kaum schriftliche Unterlagen bekommen haben. Es wurden die einzelnen Gegengeschäfte von den Beamten mündlich vorgetragen. Das war eigentlich ein untragbarer Zustand, es hat aber durch Beschwerden der einzelnen Plattformmitglieder, und ich zähle mich da dazu, ist es dann zu einer Verbesserung der Situation gekommen. Es wurden dann Unterlagen bereits vor der Sitzung versandt. Zunächst einmal waren es eher dürftige Unterlagen und in den letzten Sitzungen waren es allerdings sehr ausführliche Unterlagen. Leider sind die Unterlagen manchmal extrem spät angekommen. Ein Extrembeispiel war, dass die Unterlagen am Vorabend der Plattformsitzung angekommen sind.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Gehen wir der Reihe nach vor. Wie muss man sich das vorstellen? Es findet also eine Beiratssitzung statt, an der in etwa wie viele Teilnehmer teilgenommen haben, durchschnittlich so in etwa.

Mag. Miron Passweg: Es waren in etwa zehn Personen.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Gut, in etwa zehn Personen sitzen also da und die kriegen einen mündlichen Vortrag.

Mag. Miron Passweg: Ja.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Über die Gegengeschäfte. Über die behaupteten Gegengeschäfte. Nennen wir sie einmal behauptete Gegengeschäfte. Und diese Gegengeschäfte tauchen dann wenigstens im Protokoll auf.

Mag. Miron Passweg: Die Gegengeschäfte tauchen im Protokoll auf, ja.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Auch mit entsprechenden Erläuterungen?

Mag. Miron Passweg: Die Protokolle wurden eher oberflächlich geführt, auch das hat sich mit der Zeit verbessert. Am Anfang waren sie wirklich sehr oberflächlich und es fanden sich nicht alle Anmerkungen und Erläuterungen der Beiratsmitglieder wieder.

Mag. Miron Passweg: Und Erläuterungen zum Gegengeschäft selbst waren auch keine vorhanden?

Mag. Miron Passweg: Wie darf ich diese Frage verstehen?

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Schauen Sie, wenn ich sage Firma Schmauswaberl, fünf Millionen €, nennen wir sie Schmauswaberl GmbH, fünf Millionen €, Socken, wie der Kollege Faul gesagt hat. Ist das alles, oder hat man da schon eine Erläuterung bekommen, was der Gegengeschäftsinhalt sei und wer der Partner ist?

Mag. Miron Passweg: Nein. Es hat hier schon Erläuterungen gegeben. Ich habe auch den Eindruck gehabt, dass sich die Beamten hier sehr bemühen. Seitens der Beamten wurde aber auch öfters gesagt, dass sie einfach nicht mehr Informationen bekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist aber interessant. Das heißt, die Beamten haben die Informationen selber nicht gehabt?

Mag. Miron Passweg: Naja, die Beamten waren natürlich auch darauf angewiesen, welche Informationen sie von EADS bekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Das heißt, wir halten fest, die Beamtenschaft hatte selber zum Teil ... unzureichende Informationen, und nun hat wer die Anerkennung ausgesprochen, wer hat sozusagen dieses Gütesiegel jetzt beschlossen. Im Beirat oder ist das schon mitgeliefert worden?

Mag. Miron Passweg: Nein, im ... Wir haben im Beirat ... wir haben im Beirat die Empfehlungen gegeben, die Entscheidung hatte das Wirtschaftsministerium gemacht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, die Empfehlung ist aber von den Beamten nicht mitgeliefert worden. ... sie gesagt haben, EADS hat gesagt, das ist zu akzeptieren oder Eurofighter ...?

Mag. Miron Passweg: Sie reden jetzt von den Gegengeschäften ...?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schauen Sie, praktischer Fall, damit niemand eifersüchtig wird: Die Fekter GmbH sagt, Schotterlieferung, fünf Millionen Euro – anerkennen. Ist das so geliefert worden oder hat man gesagt, das ist es gewesen und jetzt bitte entscheiden Sie, meine Damen und Herren, ist das anzuerkennen oder nicht. Wie ist das wirklich gelaufen?

Mag. Miron Passweg: Nein. Es haben die Beamten schon ... schon mehr Informationen als wie Sie erwähnt haben, vorgebracht, haben auch versucht, Hintergrundinformationen zu bringen und oft haben diese Informationen nicht ausgereicht, um das Gegengeschäft anzuerkennen. Dann wurde das Projekt zurückgestellt und die Beamten haben quasi den Auftrag erhalten, weitere Informationen einzuholen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und die Anerkennungsempfehlung haben Sie selber gefasst oder ist die schon mitgeliefert worden?

Mag. Miron Passweg: Nein, die Empfehlung hat die Plattform gefasst, die wurde nicht mitgeliefert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Durch jeweilige Abstimmungen oder einfach nach der Form hat jemand etwas dagegen?

Mag. Miron Passweg: Es waren in erster Linie keine formalen Abstimmungen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, wenn jemand einen Widerspruch erhoben hätte, dann hätte man erst abgestimmt, aber wenn kein Widerspruch, und das war in der Regel nicht der Fall, dass Widerspruch erhoben wurde, hat man einfach die Zustimmung des Beirates angenommen.

Mag. Miron Passweg: Ich muss schon sagen, dass die Plattformmitglieder schon auch kritisch waren und auch hinterfragt haben, was die Beamten vorgetragen haben. Also so widerspruchlos war es nicht. Und ich glaube, dass die Mitglieder versucht haben, quasi aus den vorhandenen Informationen das Beste zu machen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich meine, wissen Sie, wovon ich rede ist, dass das eher das nihil obstat Verfahren gewesen, so quasi wenn niemand etwas dagegen hat, es sagt niemand etwas dagegen, daher gilt es als anerkannt. Ist das so?

Mag. Miron Passweg: Wenn niemand mehr Einwand gemacht hat, dann hat es als anerkannt gegolten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben gesagt, die Informationen sind von Eurofighter oder von EADS gekommen?

Das ist jetzt sehr wesentlich. Ich bitte Sie wirklich, sich das genau zu überlegen, weil für den Ausschuss das von erheblicher Bedeutung ist. Von wem kamen die Informationen jetzt. Von Eurofighter oder von EADS?

Mag. Miron Passweg: Das kann ich Ihnen leider nicht genau sagen, weil ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Können Sie das anhand der Protokolle erschließen?

Mag. Miron Passweg: Eigentlich nicht, nein. Ich glaube, wir haben EADS und Eurofighter immer als Synonym benutzt, wir haben da nicht fein unterschieden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, die Beamten haben selber nicht unterschieden, ob es jetzt von Eurofighter oder von EADS die Informationen haben?

Könnten Sie bitte nachschauen bei den schriftlichen Informationen, die Sie haben, auf welche Quelle hier Bezug benommen wird. Bitte, wenn Sie das machen. Wir werden dann weiterfahren. Ich komme in der nächsten Fragerunde darauf zurück, weil das von wirklich erheblicher Bedeutung ist.

Meine Fragezeit ist um. Lassen wir der Auskunftsperson vielleicht noch ein paar Minuten das zu klären und dann werde ich dem Kollegen Kogler das Wort erteilen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich den Ausschuss fragen, ob uns diese Protokolle vorliegen. Diese Protokolle der Beiratssitzungen ... der Plattformsitzungen, pardon.

Bleiben wir ... haben Sie etwas entdeckt?

Mag. Miron Passweg: Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bitte.

Mag. Miron Passweg: Beispielsweise beim Projekt der Fachhochschule Joanneum, Projektnummer 343 ist von der Eurofighter GmbH die Rede, bei den vielen Projekten ist aber von EADS die Rede.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha, das ist wiederum aufschlussreich. Danke sehr.

Bitte, Herr Kollege Kogler.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gleich zum letzten, gleich eine Protokollergänzung. Unserem Aktenstudium nach ist es so, dass diese Listen, die vertragsgemäß einzureichen sind, per 31.5. des Folgejahres zur Anerkennung mit 31.5.2004 noch von Eurofighter eingereicht wurden, aber ab 2003 ... 2004 eingereicht wurden und ab 2005 von EADS eingereicht wurden. Eben, das ist einmal die Aktenlage, so wie sie sich im Bundesministerium darstellt. Ob und inwieweit, dass das der Plattform so übermittelt wurde, ist die nächste Frage, zu dem Komplex komme ich gleich, was Sie nun wirklich genau erhalten haben, weil das müssen wir noch ein bisschen genauer machen. Aber haben Sie dazu eine Wahrnehmung, weil unser Aktenstudium hat ergeben, 31.5.2004 Eurofighter und ab dann immer EADS. Haben Sie da irgendwas registriert in dieser Richtung?

Mag. Miron Passweg: Ich habe nie darauf Wert gelegt, ob jetzt Eurofighter oder EADS dort steht, das wurde in der Plattform immer als Synonym verwendet.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, da gibt es auch gute Gründe dafür, dass Sie das so machen, das ist auch gar nicht weiter Gegenstand der Befragung, war aber wichtig.

Jetzt aber zum eigentlichen Thema: Inwieweit die Plattform Gegengeschäfte überhaupt in die Lage versetzt war, einzelne Gegengeschäfte zu überprüfen. Wir nähern uns dieser Sache an. Ich darf zitieren aus einem Ergebnisprotokoll, die liegen uns auszugsweise vor, ich weiß nicht, ob es vollständig ist, vom 30.9.2004. Das war im Übrigen jene Sitzung zur Aufhellung, wo das erste Mal eine Liste übermittelt wurde für die Jahre 2003 und 2002 und wo man sie mit konkreten Gegengeschäften befasst hat.

Nun hebt aber eine Debatte an über das Selbstverständnis dieser Plattform.

Zu TOP 4. Das BMWA hat den Mitgliedern der Plattform die Aufstellung der Geschäftsfälle und so weiter übermittelt, wie vorher beschrieben. Vor der Behandlung der einzelnen Geschäftsfälle entwickelte sich eine kurze Diskussion über den tatsächlichen Arbeitsauftrag an die Plattform. Haben Sie eine Erinnerung an diese Diskussion, waren Sie da dabei?

Mag. Miron Passweg: Ich weiß jetzt nicht konkret, welche Diskussion da gemeint ist?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es hat offensichtlich, der Protokolllage zufolge eine Unklarheit darüber gegeben, was genau der Arbeitsauftrag dieser Plattform im Verhältnis und in Zusammenarbeit mit, also im Verhältnis zu und in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium ist. Da heißt es hier, dass das BMWA die Liste das erste Mal übermittelt, man macht sich aber nicht daran, jetzt einmal die Geschäfte anzuschauen, sondern man fragt, was haben wir denn eigentlich damit zu tun. Das geht aus dem Protokoll hervor. Haben Sie Wahrnehmungen um das Selbstverständnis.

Mag. Miron Passweg: Ja, ich glaube, ich weiß jetzt, was Sie meinen, glaube ich. Es ist Folgendes: Wir bekommen vom Wirtschaftsministerium jährlich die Listen der anzurechnenden Gegengeschäfte vorgelegt. Jetzt ist es aber so, in der Plattform ist es unsere Aufgabe, die sogenannten Preapprovals, also die Vorabanrechnungen, zu diskutieren und zu empfehlen. Diese Preapprovals machen nur einen geringen Prozentsatz der gesamten anzurechnenden Gegengeschäfte aus. Nach außen hin wird oft vermittelt, als ob die Plattform alle Gegengeschäfte empfehlen würde. Das stimmt so eigentlich nicht, weil ein großer Teil der Projekte der Plattform mehr oder weniger zur Kenntnisnahme vorgelegt wird.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut. Halten wir einmal fest fürs Protokoll und auch für jene Mitglieder im Ausschuss, die sich nicht im Detail damit beschäftigen. Es gibt mehrere Arbeitsstufen, das Eine, nämlich auch für die Plattform, das Eine ist,

dass sie vorab befragt wird, bevor überhaupt ein Gegengeschäfts, Gegengeschäftsbestätigungskarussell in Gang gesetzt wird, ob etwas grundsätzlich als Gegengeschäft in Frage kommt, und Sie werden vorab um Rat gefragt. Gibt es das? Sie haben ja gerade selbst so einen ähnlichen Vorgang beschrieben.

Mag. Miron Passweg: Ja, es ist so, dass EADS oder Eurofighter das Recht eingeräumt bekommen haben, gewisse Fälle der Plattform, also dem Wirtschaftsministerium zu übermitteln, damit die Plattform sie prüft, und zwar diese Preapprovals haben ja den Grund, dass es hier um die Geschäfte geht, die man nicht beginnen möchte, bevor es nicht eine grundsätzliche Zustimmung des Wirtschaftsministeriums gibt, ob sie überhaupt angerechnet werden würden, und nachdem die Plattform zu diesen Geschäften zusagt, erst im nachhinein prüft dann das Wirtschaftsministerium die Gegengeschäfte mit einer tiefen Prüfung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut. Das ist ein Teil Ihrer Aufgabe. Ich komme jetzt, da kommt auch der Beratungscharakter tatsächlich heraus, ich komme jetzt aber zu etwas Anderem, und beschreibe nur den Vorgang, wie er aus dem Vertrag auch hervorgeht: Mit jedem 31. 5. müssen dann, beim Ministerium allerdings zunächst, vom Verpflichtenden, das ist formal zumindest die Eurofighter GmbH, einreichen eine Liste über die für das vorlaufende Jahr anzurechnende Gegengeschäfte, das ist die Liste der Einreichung, diese muss aber dann entsprechend approbiert werden, also im Sinn eines Anerkennungsverfahrens. Dafür ist zuständig das BMWA in der Letztverantwortung. Ich halte Ihnen jetzt aber vor, was der Bundesminister im Jahr 2003 angekündigt hat für dieses Anerkennungsverfahren, für das rechtlich bindende im Ministerium selbst. Er beschreibt einmal die ganze Transparenz, also in einer Pressekonferenz macht er das, ich habe hier die APA vom 16. 5. 2003. Dann kommt er zur Begleitung und zum Anerkennungsverfahren, und zur Rolle der Plattform.

Die Beurteilung der Auswirkungen wird durch die Plattform Gegengeschäfte und im übrigen auch vom Wirtschaftsforschungsinstitut begleitet. Die Beurteilung der Auswirkungen der Gegengeschäfte wird begleitet. An anderer Stelle musste man sogar den Eindruck gewinnen, dass die Plattform auch zu den einzelnen vorgelegten Gegengeschäften ihre Meinung abgibt. Und meine Frage ist jetzt: Wenn dann, so wie ab dem Jahr 2005, im Juni die Listen übermittelt werden zu einer Vorab-, sozusagen zu einer Kenntnisnahme, und im September, meistens verteilt auf zwei Termine, die Plattform zusammenkommt, und zu dieser ganzen Liste der jährlichen Gegengeschäfte, die jetzt aber endgültig eingereicht sind, haben Sie was für Informationen dazu? Wie gehen Sie mit dieser Liste um, die vom BMWA übermittelt wird, wo das BMWA am Schluss hier endgültig die Verantwortung für die Entscheidung trägt. Es gibt etliche Hinweise, dass BMWA-Vertreter sagen, die Plattform berät uns und ist de facto vorentscheidend, das sagt auch der Rechnungshof. Also, wie ist jetzt ihre Position, wenn Sie im Juni eine Liste kriegen und im September sozusagen endgültig Stellung nehmen?

Mag. Miron Passweg: Ich habe theoretisch die Möglichkeit, mir die Firmen anzusehen, die auf der Liste aufgelistet sind, habe aber nicht mehr Informationen, als eben auf dieser Liste, so quasi eine Zeile pro Firma, und es ist nicht realistisch, auf den Sitzungen ohne Vorausinformationen diese vom BMWA aufgestellten Listen ernsthaft durchzugehen. Es ist so, dass wir auf der Sitzung zwar die Listen durchaus durchgegangen sind, aber ohne Informationen kann ich ja nichts dagegen sagen. Ich kenne auf dieser Liste eigentlich nur die wenigen Gegengeschäfte, die als Preapprovals in die Plattform auch wirklich eingebracht und diskutiert worden sind, die Mehrzahl der Fälle kenne ich eigentlich nicht, ich habe theoretisch die Möglichkeit, hier

auf der betreffenden Sitzung Fragen zu stellen, aber ich muss wohl kaum dazu sagen, dass das eigentlich nicht seriös wäre.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jetzt, diese Liste liegt vor, mit den entsprechenden bescheidenen Informationen. Was ist das Endprodukt der Plattform-Beratungen? Wie, mit welchem Status geht diese Liste zurück an das BMWA? Wird da irgendetwas vermerkt?

Mag. Miron Passweg: Es werden, das Ergebnis der Plattformsitzung fließt in die Liste ein, es gibt dann oft noch offene Punkte, die dann irgendwie, und da muss ich sagen, ich weiß gar nicht genau, wie diese Liste dann finalisiert wird.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie wissen nicht genau, wie die Liste finalisiert wird?

Mag. Miron Passweg: Nein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber wie verbleib... Es ist jetzt der zweite September-Termin, wir haben ja das rekonstruiert, dass es meistens zwei sind, dieser geht zu Ende, man hat jetzt alle Firmen durch, und dann geschieht was? Wie, stehen da alle auf und gehen heim, oder, es ist die letzte Firma in der Liste jetzt auch abgewunken, und dann geschieht was?

Mag. Miron Passweg: Ja, dann ist die Sitzung erledigt, quasi.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die Sitzung ist erledigt. Und wenn es bei einer einzelnen, bei einem einzelnen Gegengeschäft, wo Sie ja im Wesentlichen nur die Information haben, welche Firma das ist, gehen wir das einmal durch.

Die Firma, haben Sie auch das eingereichte Gegengeschäftsvolumen dort stehen?

Mag. Miron Passweg: Ich habe das Gegengeschäftsvolumen, das habe ich dort stehen, ich habe so eine Liste mitgebracht. Ich habe, ja, ich habe hier stehen, den österreichischen Partner, den ausländischen Partner, den Vertragsgegenstand, den Wert des Gegengeschäfts und noch eventuelle Vorumsätze aus der Vorphase, und zum Schluss den Anrechnungswert und das Ergebnis der Beratungen ist dann der Gegengeschäftsanrechnungswert.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, ich habe hier auch eine Liste gefunden in den Unterlagen. Vielleicht kann man die einmal vorhalten, damit man bestätigen kann, ob das denen entspricht, die Sie bekommen haben. Ja, ja. Also für das Protokoll: Der Auskunftsperson wird ein Aktenstück vorgelegt, das das Bundesministerium an diese Plattform übermittelt laut Aktenvermerk.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und ich berichte fürs Protokoll, dass die von der Auskunftsperson selbst mitgebrachte Liste inhaltsgleich ist.

(Zwischenrufe.)

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Können Sie bestätigen, dass Sie solche oder ähnliche Listen bekommen, mit dem gleichen Informationsgehalt?

Mag. Miron Passweg: Ja, also ich kann jetzt nicht bestätigen, ob die Liste identisch ist, mit der, die ich im Büro habe.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Gar nicht im Detail, aber grundsätzlich.

Mag. Miron Passweg: ...weil das ein anderes Jahr ist, aber grundsätzlich, was ich mitgebracht habe, aber was mir hier abgeht ist der Anrechnungswert, was ja eigentlich ein wesentlicher Punkt ist auf dieser Liste, fehlt der Anrechnungswert. Ich kann mich

jetzt nicht mehr genau erinnern, ob auf den früheren Listen, ob die jetzt strukturell vielleicht doch unterschiedlich waren.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wenn Sie das mit Ihrer Liste vergleichen, welche ist die jüngere oder ältere?

Mag. Miron Passweg: Ich habe die Liste aus 2005 und habe die Liste von 2004 vorgelegt bekommen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Die ist aus 2004, aha, vielleicht hat sich das ja dann zum Besseren gewendet. Aber grundsätzlich deckt sich das vom Informationsgehalt.

Mag. Miron Passweg: Es, ja, das einzige, was mir abgeht, ist der Anrechnungswert. Der Anrechnungswert ist drauf nur auf einer anderen Position. Der ist an und für sich drauf. Also es könnte sein, dass die Liste 2004 eben so ausgesehen hat.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Gut, wir kommen auf das Problem noch zurück.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Danke. ÖVP Fraktion, Kollege Muraue. Pardon, die Auskunftsperson hat noch eine Ergänzung, bitte.

Mag. Miron Passweg: Herr Abgeordneter Stadler, Sie haben eine Frau Mag. Keglevitsch erwähnt, ich kann mich erinnern, dass eine Zeitlang eine Dame anwesend war auf den Sitzungen, ich habe aber Ihren Namen völlig vergessen gehabt. Also möglicherweise, ich streite nicht ab

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dass es sich um die Frau Mag. Keglevitsch gehandelt haben könnte. Der Kollege Kräuter legt Ihnen ein Foto vor, aus dem Profil, erkennen Sie die Dame wieder?

Mag. Miron Passweg: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Also es handelt sich nicht um die unbekannt Dame, die an Sitzungen teilgenommen hat?

Mag. Miron Passweg: Ich kann mich an die Dame nicht erinnern.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie können sich nicht erinnern? Wir werden auf eine Gegenüberstellung verzichten, Herr Magister. Bitte, Kollege Muraue.

Abgeordneter Walter Muraue (ÖVP): Herr Magister, wenn ich Ihre Ausführungen interpretiere, würden sie mir übereinstimmen, dass man grundsätzlich sagen kann, dass die Plattform die Diskussion um die Bewertung in einer sehr seriösen Form abläuft?

Mag. Miron Passweg: Ja.

Abgeordneter Walter Muraue (ÖVP): Ist es richtig, dass den Kriterienkatalog, den Sie zitiert haben, Sie auch als Vertretung der Arbeiterkammer hier entsprechend Mitwirkungsmöglichkeit hatten, sodass Sie dann eine Handhabe auch aus Ihrer Seite hatten, um über Richtigkeit der eingereichten Gegengeschäfte?

Mag. Miron Passweg: Ja.

Abgeordneter Walter Muraue (ÖVP): In welcher Höhe würden Sie beurteilen, sind jetzt die bewilligten Gegengeschäfte zu bemessen? Nach Ihrer Aufzeichnung, nach Ihrer Mitschrift, nach Ihrer Zusammenzählung?

Mag. Miron Passweg: Sie meinen die Anrechnungswerte?

Abgeordneter Walter Muraue (ÖVP): Jetzt, der Anrechnungswert.

Mag. Miron Passweg: Gesamt?

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Ja.

Mag. Miron Passweg: Wie ich schon sagte, ich habe hier keinen Gesamtüberblick ich weiß nur die Zahlen, die das Wirtschaftsministerium kolportiert, und das liegt etwas über 800 Millionen €.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Würden Sie sich mit dieser Summe identifizieren, oder gibt es Zweifel, dass diese Summe nach Ihrem Ermessen nicht stimmt in der Höhe?

Mag. Miron Passweg: Nach dem, was in den letzten Jahren so für Anrechnungswerte bewilligt wurden, würde ich die Summe für realistisch halten.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Also auch aus Ihrer Sicht eine realistische Summe, die diesbezüglich bekannt gegeben wurde? Wer hat schlussendlich die Entscheidung getroffen, in der Plattform, welche Summe ist anrechenbar von der eingereichten Summe? Nicht? Hier gab es ja Differenzen, dass EADS oder Eurofighter GmbH entsprechend eine Firma offerierte mit einem Volumen und dies dann reduziert wurde. Wer hat schlussendlich die Entscheidung getroffen? Welche Summe ist bei den einzelnen Geschäften anrechenbar?

Mag. Miron Passweg: Wie schon gesagt, gab es dieses mathematische Modell, dieses Modell war ja der Kriterienkatalog, die Kriterien quasi,

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Der hat das beinhaltet.

Mag. Miron Passweg: Hat Multiplikatoren quasi eingebaut, und das wurde im wesentlichen von zwei bis drei Mitgliedern der Plattform gerechnet und das ergab dann den letztlich anzurechnenden Anrechnungswert.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Das heißt, die Plattform hat als gesamtes Kollegium entschieden, welche anrechenbare Summe weitergegeben wird?

Mag. Miron Passweg: Ja.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Ihr Auftrag ist im besonderen die Bildungs- und Arbeitsplätze, Bildungsangelegenheiten und Arbeitsplätze zu beobachten, und zu schauen, dass auch die Gegengeschäfte entsprechend arbeitsplatzsichernd oder arbeitsplatzvermehrend sind. Können Sie mir ein wenig schildern, in welcher Form, in welcher Höhe, oder in welcher Sparte die Gegengeschäfte bis jetzt arbeitsplatzwirksam gewesen sind?

Mag. Miron Passweg: Ich darf Ihnen nur einige Beispiele nennen.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Bitte.

Mag. Miron Passweg: Beispielsweise MRN?? Sonderfahrzeuge, hier sollten längerfristig 250 bis 300 Arbeitsplätze entstehen, und oder die AMST?? Systemtechnik, eine Firma aus der Luftfahrtsmedizin, hier sollen hundert Arbeitsplätze abgesichert werden. Oder die Firma Dana?? Hier sollten 20 Arbeitsplätze abgesichert werden. Oder Kathrein Austria mit 15 abgesicherten Arbeitsplätzen. Und ich würde nur diese Liste, würde sich natürlich fortsetzen lassen, nur leider, leider gab es über die Beschäftigungswirkungen viel zu wenig Information. Das war das Problem. Weil die Beschäftigungswirkungen sicher weit höher sind, als das, was ich mir notieren konnte.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Sie meinen also, wenn ich Sie richtig verstehe, dass die tatsächliche Auswirkung an Arbeitsplätzen mit hoher Wahrscheinlichkeit höher ist, als die, die Sie hier notiert haben, jetzt zitiert haben, und offensichtlich damals in der Plattform so gesehen wurden?

Mag. Miron Passweg: Ja.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Diese Arbeitsplätze, ob neu oder gesichert, haben Sie innerhalb der Arbeiterkammer Möglichkeiten, dies ein wenig zu überprüfen oder laufend zu kontrollieren, oder sagen Sie, dass diese Angaben durchaus seriös sind und es bedarf keiner weiteren Kontrolle, weil Sie wissen, dass es höhere Wirksamkeit gegeben hat, als ursprünglich angenommen?

Mag. Miron Passweg: Es handelt sich meistens um Projekte, die über mehrere Jahre laufen, insofern ist es noch zu früh, um das Ergebnis wirklich abschätzen zu können.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Das heißt unterm Strich können Sie sagen, dass die Abwicklung seriös in der Plattform ist, dass jeder entzahnte Vertreter dort seine Mitsprache hat, dass man die Ziffern, die weitergegeben werden, als anrechenbare Gegengeschäfte durchaus realistisch ist, und dass die Arbeitsplatzsicherheit in Summe eine Höhere mit großer Wahrscheinlichkeit ist, als damals zum Zeitpunkt der Bewertung angenommen?

Mag. Miron Passweg: Ja.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Danke Herr Kollege. Von der SPÖ bitte.

Abgeordneter Füller.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Herr Mag. Passweg, wie beurteilen Sie den Anteil an den eingereichten Gegengeschäften, die speziell jetzt auf die Steiermark bezogen, auf das Gesamtvolumen und auch im Hinblick auf die bisherige Anrechnung dieser Geschäfte.

Mag. Miron Passweg: Also wenn die Arbeitsplätze, ...

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Speziell was die Gegengeschäfte selber anbelangt, zu den Arbeitsplätzen komme ich später noch.

Mag. Miron Passweg: Wie schon gesagt, was ich direkt der Plattform entnehmen konnte, waren eben angeführte, wie gesagt wir haben ja oft nur sehr dürftige Informationen bekommen und da waren entweder die Arbeitsplatzwirkungen gar nicht dabei, oder oft ein Mix aus abgesicherten oder neuen Arbeitsplätzen, so dass man nicht unterscheiden konnte zwischen neu geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätzen, was natürlich auch einen großen Unterschied ausmacht. Insofern ist eine, bin ich nicht imstande eine wirkliche Abschätzung zu machen, wie viel Arbeitsplätze und schon gar nicht in welcher Region entstanden sind.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Und jetzt speziell auf das Gesamtvolumen gesehen, dieser bereits eingereichten Gegengeschäfte. Jetzt nicht die Arbeitsplätze selber sondern die Geschäfte. Es hat ja früher geheißen und es wurden ja immer wieder, ich beziehe mich jetzt auf eine Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums in der zum Beispiel geheißen hat auf Reaktionen von der Forderung aus der Steiermark, hat es wortwörtlich geheißen, die von Landesrat Paierl aufgestellt These, die Schwerpunkte der steirischen Wirtschaft werden zu wenig betont, ist eindeutig zurückzuweisen. Und es gab ja auch in den Medien immer wieder dementsprechende Aussagen, worin es geheißen hat, dass die Steiermark auch aufgrund der Stationierung einen Vorteil haben könnte, eventuell. Was die Gegengeschäfte selber anbelangt.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Kann man referieren was der Auskunftsperson vorgehalten wird?

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Ich beziehe mich da jetzt auf eine Stellungnahme des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit und da wird darauf reagiert, auf eine Aussage des ehemaligen Wirtschaftslandesrat Paierl, der da kritisiert hat, dass die Schwerpunkte der steirischen Wirtschaft zuwenig betont werden, in den Gegengeschäften bzw. im Anteil die die Steiermark betreffen und dies wird da in dieser Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums eindeutig zurückgewiesen.

Mag. Miron Passweg: Ich habe mir die Gegengeschäfte also nicht nach Bundesländern angesehen. Kann deshalb dazu keine Stellung nehmen.

Abgeordneter Christian Füller (SPÖ): Vielen Dank.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): So, nun möchte ich bitten, dass wir ein bisschen auf die Zeitökonomie achten. Der Dr. Helmenstein ist bereits da. Wenn wir ihn noch vor der Unterbrechung, vor der Besprechung mit der Frau Präsidentin einvernehmen wollen, dann wäre es fair, wenn wir das dann zügig tun, weil sonst müsste er dann wieder warten, bis wir diese Beratungen beendet haben und ich glaube das wäre der Auskunftsperson gegenüber nicht sehr fair.

Gibt es noch Fragen an den Magister. Bitte. Fürs Protokoll Mag. Kogler.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (GRÜNE): Danke, Kogler genau. Na bis 18:15 Uhr sollen wir auch mit dem Helmenstein längst fertig sein. Ich möchte jetzt dort fortsetzen wo wir jetzt einmal den Kenntnisstand haben, was die Plattform, die sogenannte Plattform Gegengeschäfte überhaupt für Informationen bekommt. Und ich komme jetzt zu dem wirklich entscheidendem Kriterium der Sachlichkeit wie es im Vertrag genannt wird. Ich würde ja fast sagen, das Kriterium der Ursächlichkeit ist Entscheidend. Weil was ja wirklich von Interesse ist Herr Passweg, ist doch, ist ein Geschäft selbst wenn es bestätigt ist, deshalb zustande gekommen, weil die Republik 2002 eine Typenentscheidung Eurofighter getroffen hat und im Jahr 2003 einen Vertrag unterschrieben hat. Das ist doch die Frage. Und alles rankt sich darum, ob es nicht auch so ist, dass irgendwelche Geschäfte die stattgefunden haben. Im nachhinein durch ein Bestätigungskarussell erst im Ministerium, dann der Plattform, man merkt hier einen Leidensdruck, vorgelegt werden und jetzt ist einmal, na der Leidensdruck resultiert daher, dass er ja selber sagt, dass relativ wenig Informationen da waren. In dem Vorhalt, der aus dem Dokumenten gekommen ist und den ich gemacht habe der Auskunftsperson geht hervor, dass aus dem vertragsgemäßen Kriterium der sogenannten Sachlichkeit ist gleich Ursächlichkeit eines Gegengeschäfts außer einem Stichwort oder zwei in der Regel in der Liste die sie übermittelt bekommen nichts steht. Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Hier steht, bei irgendeiner Firma, österreichischer Partner, AL Kobergesellschaft mbH Seilzüge, sonst nichts. Wie sind Sie in der Lage aufgrund der Information Seilzüge zu beurteilen, dass vermutliche Seilzuggeschäfte dieser Firma jetzt entweder direkt mit Eurofighter oder mit EADS einer Tochterfirma oder eines Lieferanten von denen. Oder einen dritten Firma, auch das wird ja gemacht, das hier vier oder fünf Firmen zwischen geschaltet werden und dann ein Bestätigungskarussell in Gang gesetzt wird, wo unterschrieben wird, dass irgendwer mit irgendwem was zu tun gehabt hat. So schauen ja die Formulare aus, die haben wir ja in den Akten. Jetzt frage ich Sie. Wir befinden uns in der Plattformsitzung, Sie bekommen die Information AL Kober GmbH Seilzüge. Wo ist hier die Sachlichkeit für Sie erkennbar?

Mag. Miron Passweg: Ich muss dazu sagen, ich habe mich in der Plattform, darüber aufgeregt, dass wir diese Listen vorgelegt bekommen ohne zusätzliche Information. Also wenn ich etwas ausführen darf.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (GRÜNE): Bitte.

Mag. Miron Passweg: Ein Teil der in diesen Listen, vorkommenden Gegengeschäfte wurden sehr wohl in der Plattform behandelt, das sind die sogenannten Preapprovals, die diskutiert. Der große Teil der in dieser Liste vorkommenden Firmen wurde in der Plattform vorher nicht diskutiert, und die Plattform nach außen hin vermittelt das eigentlich den Eindruck als würde die Plattform, und es hat ja dazu auch in den Medien Zitate gegeben, als würde die Plattform also alle Gegengeschäfte genauestens prüfen. Und das ist nicht der Fall.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (GRÜNE): Ich muss da einen anderen Vorhalt einschieben. Der Rechnungshof hat in seinem Bericht über die Gegengeschäfte über die Rolle der Plattform, extra und ausdrücklich gewürdigt und sagt hier unter anderem faktisch kam es zu einer Auslagerung der Entscheidungsfindung. Das BMWA blieb formal für die Überprüfung und Anrechnung zuständig und übernahm die von der Plattform vorgezeichneten Entscheidungen. Das deckt sich bei weitem nicht mit dem was hier auch Ihre Vorgänger und Vorgängerinnen als Auskunftspersonen gesagt haben. Ich fragen Sie also, hat der Rechnungshof mit Vertretern also mit Ihnen Kontakt gehalten, als er seinen Bericht geschrieben hat? Ist Ihnen etwas in Erinnerung?

Mag. Miron Passweg: Ich wurde zweimal vom Rechnungshof interviewt. Das eine Mal das war glaube ich im Dezember 2003. Das war glaube ich der erste Rechnungshofprüfung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (GRÜNE): Ich meine den zweiten jetzt.

Mag. Miron Passweg: Und das zweite Mal war 2005, wenn ich mich recht erinnere.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (GRÜNE): Genau.

Mag. Miron Passweg: Ich wurde beide Male gefragt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (GRÜNE): Haben Sie eine Erklärung dafür wieso der Rechnungshof immerhin kein unprominentes Kontrollorgan der Republik zu dieser Auffassung kommt. Das eigentlich die Plattform, eigentlich die Plattform ich zitiere wortwörtlich die Entscheidungen vorzeichnet. Meint aber alle Geschäfte nicht nur die vorvisierten.

Mag. Miron Passweg: Ich kann mir das nur so erklären, von diesen vorgelegten Firmenlisten wurden über die Pre Approvals hinaus hat das Wirtschaftsministerium auch Diskussionsfälle angezeigt, wo die Beamten gemeint haben, der eine oder andere Fall muss hier in der Plattform noch diskutiert werden. Das waren aber meistens nur wenige Fälle. Und es bleibt aber nach wie vor der Großteil der Liste über, wo es in der Plattform eigentlich keine Diskussion dazu gegeben hat. Theoretisch mit einem großen Vorwissen hätte man sagen können, ich möchte etwas über das oder jenes Gegengeschäft wissen, aber mit der Information, dass man eine Zeile pro Firma hat, geht das wohl schwer.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Da stimmen wir überein. Offensichtlich ist diese Information an den Rechnungshof vom BMWA selbst gekommen nach all dem, was wir wissen. Und wir fragen deshalb so intensiv, weil sich nachher bei der Befragung des BMWA herausstellen wird, dass man dann wieder auf die Plattform verweisen wird und wir vermutlich aus Zeitgründen dann nicht noch einmal alle laden oder gegenüberstellen können. Wir wollen Ihnen aber nichts Böses. Sie haben sich auch in der Öffentlichkeit schon kritisch geäußert, wie wir das rückverfolgt haben. Wir wollen nur rekonstruieren, wer welches Organ hier welche Entscheidungsbefugnis tatsächlich gehabt hat.

Und jetzt mit Ihrem Informationsstand, dieser Einzeiler, wo sich oft nur ein Wort befindet, kommt für mich die nächste Frage: Wie ist für Sie überhaupt ergründbar, und

hat es das gegeben, solche Diskussionen, ob ein Geschäft jetzt ursächlich und/oder zusätzlich stattgefunden hat, nämlich selbst wenn Sie die Informationen haben, die ich hier sage, und selbst wenn Sie die Unterlagen gehabt hätten, ich werde Ihnen das dann gleich zeigen, nämlich die Gegengeschäftsbestätigungen, so wie sie im Ministerium eingetrudelt sind, das ist ja auch nicht die dicke Information, wie können Sie gewiss gehen, dass ein bestimmtes Geschäft, das hier registriert ist, tatsächlich deshalb stattgefunden hat, weil vorgeblich oder eben tatsächlich Eurofighter positiv für die Firma X interveniert hat, dass sie bei einer Firma Y in der Einflussphäre von Eurofighter stehend ein Geschäft abgeschlossen hat. Und zwar nur deshalb abgeschlossen hat, weil Eurofighter Flugzeuge verkauft hat. Wie ergründen Sie das?

Mag. Miron Passweg: Meiner Meinung nach ist die Plattform dazu nicht in der Lage.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nicht in der Lage, da haben Sie uns sehr geholfen. Da möchte ich Ihnen aber trotzdem noch bringen lassen, vorhalten ist ja fast ein zu harter Ausdruck, ob Sie diese Gegengeschäftsbestätigungen, wie sie hier im Ministerium vorliegen, auch in Ihren Unterlagen zur Diskussion dieser Listen beigegeben bekommen haben, oder ob Sie sie zumindest einsehen durften. Ich frage Sie also, wenn Sie das anschauen, sind Ihnen diese Formulare vertraut? So kommen sie ins Ministerium.

Mag. Miron Passweg: Ich würde sagen, diese Art von Formular ist in der Plattform nicht üblich. Ich kann aber nicht ausschließen, bei der Menge an Papieren, die wir bereits bekommen haben, dass das nicht dabei war. Das kann ich jetzt nicht ausschließen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Magister, die Frage ist, ist dieses Formular jeweils, weil dieses Formular muss bei jedem Gegengeschäft, das eingereicht wird, vorliegen, sind Ihnen diese Formulare jeweils vorgelegt worden oder nicht? Kommt Ihnen das Formular bekannt vor? Es ist zweiseitig, der Rest ist Korrespondenz. Es geht nur um die ersten zwei Seiten.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nur ein Fragenkomplex noch.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Wir wollen schon eine Antwort. Kommt Ihnen dieses Formular bekannt vor oder nicht?

Mag. Miron Passweg: Also ich kann das nicht zu 100 Prozent beantworten, aber ich würde sagen, eher nein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Eher nein. Gut.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Die Zeit ist abgelaufen. Gibt es noch weitere Fragen an die Auskunftsperson? Das ist nicht der Fall. Die Befragung ist geschlossen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, Herr Vorsitzender, ich habe noch eine Frage, ich habe sie ja angekündigt. Ich wollte ja nur schauen, ob das Rad weiterwandert. Und ich habe nur eine Frage, weil wir Ihnen genau dieses Formular vorgehalten haben. Ich bringe dem Ausschuss zur Kenntnis, dass es sich bei diesem Formular, das wir hier aus den Akten des Wirtschaftsministeriums haben, um einen Vorgang handelt, der wiederum folgenden Ablauf dokumentieren soll:

EADS steht an der Spitze einer Kette, die eine Partnerfirma MTU Aero-Engin hat, die ihrerseits eine Otto Fuchs KG nennt, die aber immer noch nicht der Gegengeschäftsbegünstigte ist, sondern die Otto Fuchs KG nennt in vierter Stufe unten eine Ing. Rauch-Firma, die jetzt der Begünstigte dieses ganzen Vorgangs sein soll. Das sind als vier Stufen EADS, MTU, Otto Fuchs, Ing. Rauch. Jetzt ist der Vorgang folgender, dass MTU in der angeschlossenen Korrespondenz im Mai 2005

durch die Gegend, es sind ja andere Firmen mit gleicher Schrift auch angeschrieben worden, nur das wir das einmal fürs Protokoll haben. Im Mai 2005 geht die MTU eine Partnerfirma von EADS/Eurofighter GmbH, in dem Fall sogar Eurojet her und schreibt durch die Gegend, wer denn aller Geschäfte ausfindig macht, die als Gegengeschäft taugen könnten, nützlich wären. Bei der Gelegenheit kommt ihnen die Otto Fuchs KG, weil dieser Vorgang findet sich mehrmals, die Otto Fuchs KG bestätigt jetzt plötzlich in der Folge mehrere Gegengeschäfte. In diesem einen Fall ist es so, dass wenn Sie die Korrespondenz zu Rate ziehen, die hinten dran hängt, dass auf Grund einer der wenigen Recherchen des Ministeriums hervor geht, da wurde nach telefoniert, dass dem Ganzen ein Vertrag aus dem Jahr 2003 zu Grunde liegt, die Abwicklung und die Erfüllung des Geschäftes war 2004. Aber die Korrespondenz darüber, von der Partnerfirma von EADS/Eurofighter GmbH erst 2005 eingesetzt hat.

Ja, liebe Mitglieder, was heißt denn das? Das heißt doch nichts anderes, als dass man Geschäfte, die offensichtlich ohnehin stattgefunden haben, im Nachhinein in den Status von Gegengeschäften versetzt, zugegeben waren Firmen beteiligt, die ganz am Schluss (das ist auch nicht immer der Fall, das ist ja noch ein löbliches Beispiel), dass man im Nachhinein Geschäfte, die ganz offensichtlich bereits stattgefunden haben, plötzlich in den Gegengeschäftskarussellweg einschleust.

Herr Passweg! Haben Sie solche Fälle diskutiert? Wo in vier Stufen irgendetwas behauptet wird?

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Da muss man noch erfragen, was das für ein Produkt war, das hier angeboten wurde, oder welche Leistung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es war irgendeine Maschine, Stranggussmaschine. Die steht dort in „Zweck“.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Keine Socken.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber die Firma bestätigt auch, im Plastikfoliengeschäft tätig zu sein. Man muss sich keine Sorgen machen, die sind breiter aufgestellt als EADS selber.

Mag. Miron Passweg: Wir haben in der Plattform viele Fälle gehabt, ich kann mich ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie solche Fälle diskutiert, wo bis ins vierte Glied hinunter alle sich gegenseitig versichern, dass das ein Gegengeschäft ist, weil jeder vom anderen behauptet, das ist nur deshalb zustande gekommen, weil ganz am Schluss der Kette Eurofighter verkauft wurden.

Mag. Miron Passweg: Ich weiß es nicht. Ich kann es bei den vielen Fällen, die wir gehabt haben, kann ich es nicht ausschließen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie können es nicht ausschließen, aber ich möchte die Frage präzisieren. Hier ist ja offensichtlich ein Fall vorliegend, und der ist bei weitem kein Einzelfall, im Gegenteil, dass gar nicht EADS oder Eurofighter GesmbH oder eine Tochterfirma das Gegengeschäft selbst abschließt, wenn Sie so wollen, und eine gewisse Zuordenbarkeit auch für den Laien wenigstens erkennbar wäre, sondern dass hier mehrere Firmen zwischengeschaltet wurden. Haben Sie solche Fälle besprochen?

Mag. Miron Passweg: Also wenn ich Sie richtig verstehe, dann meinen Sie Vermittlungsgeschäfte.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Ich glaube nicht, dass die Frage richtig verstanden worden ist. Sondern die Frage ist, ob Ihnen Unterlagen wie die hiesigen vorgelegt wurden aus denen sich ergibt, dass in Wahrheit sozusagen in abgestufter

Form zu einem Gegengeschäft konstruiert wurde. Ein Geschäft, das unter Umständen mit dem Eurofighter zunächst überhaupt nichts zu tun hat. Sind Ihnen solche Unterlagen vorgelegt worden?

Mag. Miron Passweg: Sie sehen ja wie viele Unterlagen es waren. Ich kann es nicht ausschließen. Ich kann mich nicht mehr an alle Unterlagen erinnern. Es tut mir leid.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Trotzdem die Frage, weg nur von der Unterlagenvorlage. Haben Sie solche Vorgänge und die Problematik der Nachvollziehbarkeit solcher Vorgänge diskutiert, dass wir schon in vier oder fünf Firmengenerationen weg von der Rüstungsfirma immer noch über Gegengeschäfte reden? Ich meine, das schreit doch nach Aufklärung. Das müssen auch Sie einsehen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich frage die Auskunftsperson.

Mag. Miron Passweg: Es handelt sich um mehrere Jahre. Ich kann mich nicht mehr an alle erinnern.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sind Sie noch Mitglied in der Plattform?

Mag. Miron Passweg: Ich bin noch Mitglied in einer Plattform.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich bin weg von dem konkreten Fall. Es ist ja nur ein Beispiel dafür, dass eine ganze Verkettung von Geschäftspartner am Schluss die Behauptung aufstellt mit Unterschriften, die da tatsächlich noch geliefert werden, dass es sich um ein Gegengeschäft handle. Werden solche Fälle besprochen?

Mag. Miron Passweg: Ich kann mich nicht mehr erinnern, ob es solche Fälle gegeben hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut. Dann ist das nicht erinnerlich, ob solche Fälle dort besprochen werden. Und die zweite Fragestellung, die hier involviert ist ist die Fragestellung, dass ganz offensichtlich

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Herr Kollege Kogler! Es kommt nicht mehr heraus.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Eine Frage war schon noch, dass ganz offensichtlich hier durch die Korrespondenz erkennbar Aktivitäten, die erst im Jahr 2005 gesetzt wurden, dazu führen, dass ein Geschäft wo der Vertrag im Jahr 2003 abgeschlossen wurde, der Erfüllungszeitraum mit 2004 korrekterweise sogar noch angegeben ist, tatsächlich als Gegengeschäft gewertet werden. Wo doch die Firma, die dieses Gegengeschäft einhängt und bestätigen soll, erst 2005 eine Handlung setzt. Das heißt, das Ganze hat schon stattgefunden ganz offensichtlich ohne Beteiligung dieser Firma und jetzt wird im Nachhinein ein Gegengeschäft konstruiert. Das ist der Vorwurf nicht an Sie und die Frage lautet, ob Sie solche Problematiken dort diskutieren, weil Sie ja nur ein Stichwort haben in Ihrer Liste?

Mag. Miron Passweg: Ich würde es Ihnen gerne beantworten, aber ich kann mich nicht erinnern.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber Sie werden doch wissen, ob Sie solche Problematiken diskutieren in der Plattform?

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Langsam. Er hat schon gesagt, er erinnert sich nicht. Es nutzt nichts.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Moment. So geht das nicht. Die Auskunftsperson ist Mitglied dieser Plattform bis jetzt. Und ich frage nur, ob diese Problematik erstens dort so überhaupt vertraut ist und zweitens besprochen wird. Wenn Nein, dann Nein oder Ja. Das ist ja nicht so schwierig. Wird das besprochen?

Mag. Miron Passweg: Die Problematik ob es sich um ein echtes Gegengeschäft handelt oder nicht ist der Plattform durchaus bewusst und wird auch besprochen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wird doch besprochen?

Mag. Miron Passweg: Ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut.

Mag. Miron Passweg: Ich kann nur nicht sagen, ob das in dieser Form jetzt besprochen wird, die Sie erläutert haben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, nicht in diesem Einzelfall, aber grundsätzlich wird das besprochen.

Mag. Miron Passweg: Ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut. Und wie ist dann am Schluss Ihr Befund, wenn ein solches Geschäft auftaucht, wo diese Problematik besprochen wurde. Welche Instrumente stehen Ihnen zur Verfügung, das zu überprüfen, ob das ein Gegengeschäft ist?

Mag. Miron Passweg: Der Plattform stehen keine Instrumente zur Verfügung. Das ist dann Aufgabe der tieferen Prüfung durch das Wirtschaftsministerium.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut wunderbar. Der Plattform stehen keine Instrumente zur Verfügung. Das BMWA prüft. Danke.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nun frage ich, liegen jetzt weitere Fragewünsche vor? Das ist nicht der Fall. Dann beeile ich mich zu sagen, die Befragung ist geschlossen. Ich danke Ihnen, Herr Magister, für Ihre Bereitschaft, uns im Ausschuss Rede und Antwort zu stehen. Danke sehr.

Mag. Miron Passweg: Bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): So darf ich ums Croquie bitten. Nun bitte ich die nächste Auskunftsperson, Herrn Dr. Christian Helmenstein und seine Vertrauensperson ins Ausschusslokal zu bieten.

Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn Dr. Helmenstein als Auskunftsperson. Ich ersuche Sie und seine Vertrauensperson in den Saal zu lassen. Sie sind bereits da. Das gilt auch für die Medienvertreter. Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und Übertragung sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen ausgeschaltet sein.

Herr Dr. Helmenstein. Ich danke für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre Pflicht zur Angabe der Wahrheit und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine falsche oder vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288, Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im amtlichen Protokoll festgehalten. Ihr vollständiger Name lautet?

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: Christian Helmenstein. Verzeihung mit Doppelvornamen, also Christian Siegfried Helmenstein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dr. Christian Wilfried Helmenstein.

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: Siegfried.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dr. Christian Siegfried Helmenstein. Geburtsdatum?

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: 20. August 1966.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ihre Anschrift lautet?

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: 2384 Breitenfurt bei Wien.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und Ihr Beruf ist?

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: Wirtschaftsforscher.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Doktor! Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter?

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Dr. Helmenstein. Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Liegt einer dieser Gründe bei Ihnen vor?

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: Können Sie mir bitte eben kurz helfen, welche Gründe das sind?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich lese Ihnen die Gründe im § 7 vor. Die Aussageverweigerungsgründe sind hier taxativ aufgezählt. Sie sind in der Ladung allerdings drinnen gewesen, aber ich lese sie Ihnen zur Sicherheit noch einmal vor.

Die Aussage darf von einer Auskunftsperson verweigert werden:

1. Über Fragen, deren Beantwortung die Privatsphäre der Auskunftsperson oder eines Angehörigen § 72 StGB betreffen oder für sie oder für einen Angehörigen die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung nach sich ziehen würden.

2. Über Fragen, deren Beantwortung für die Auskunftsperson oder eine der in Ziffer 1 bezeichneten Personen einen unmittelbaren bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteil nach sich ziehen würde.

3. In Bezug auf Tatsachen, über welche sie nicht würde aussagen können, ohne eine gesetzlich anerkannte Pflicht zur Verschwiegenheit zu verletzen, sofern sie von der Pflicht zur Geheimhaltung nicht genügend entbunden wurde oder sie als öffentlich Bediensteter gemäß § 6 zur Aussage verhalten wurde.

4. In Ansehung desjenigen, was hier in ihrer Eigenschaft als Verteidiger oder Rechtsanwalt bekanntgeworden ist.

5. Über Fragen, welche die Auskunftsperson nicht beantworten würde können, ohne ein Kunst- oder Geschäftsgeheimnis zu offenbaren.

6. über die Frage, wie die Auskunftsperson ihr Wahlrecht oder Stimmrecht ausgeübt hat, wenn dessen Ausübung gesetzlich für geheim erklärt ist.

Absatz 2: Die Aussage kann in den unter Ziffer 1 und 2 angegebenen Fällen mit Rücksicht auf die dort bezeichneten Angehörigen auch dann verweigert werden, wenn das eheliche Verhältnis, welches die Angehörigkeit begründet, nicht mehr besteht. Ende des Zitats.

Liegt einer dieser Gründe vor?

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: Herzlichen Dank. Das mag der Fall sein und zwar insbesondere der vermögensrechtliche Nachteil und insbesondere Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse. Aber das wird sich natürlich erst im Laufe der Befragung ergeben.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Das werden wir im Laufe der Befragung dann jeweils im Einzelfall beurteilen müssen.

Herr Dr. Helmenstein! Vor Eingang in die Befragung haben Sie die Möglichkeit einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnis bildenden Tatsachen. Wollen Sie eine derartige Erzählung uns referieren?

Dr. Christian Helmenstein: Ja, Herr Vorsitzender, von dieser Möglichkeit möchte ich Gebrauch machen.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Das werden Sie machen. Zunächst muss ich aber Ihre Vertrauensperson noch belehren und befragen.

Ich darf Sie als Vertrauensperson um Ihre Personaldaten ersuchen. Ich vollständiger Name lautet?

Dr. Kurt Freiler: Dr. Kurt Freiler, geboren am 16.3.1955, Anschrift Wien 1.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Ich befrage die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Freiler als Vertrauensperson auszuschließen wäre, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird, oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte.

Das ist nicht der Fall. Ich setze mit der Belehrung der Vertrauensperson fort.

Ich habe auch Sie über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer falschen oder vorsätzlichen falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört.

Diese Belehrung wird auch im amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnten daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben, § 12 in Verbindung mit 288 StGB.

Ihre Aufgabe ist die Beratung der Auskunftsperson. Sie haben aber nicht das Recht Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Das ist der Herr Dr. Strasser. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält mich informieren.

Wir kommen damit zur Erklärung des Herrn Dr. Helmenstein.

Herr Dr. Helmenstein, Sie haben das Wort.

Dr. Christian Helmenstein: Danke schön: Meine Damen und Herren! Mir wurden insgesamt zwei Ladungen zum gegenständlichen Untersuchungsausschuss zugestellt, die erste widerrufen, die zweite am vergangenen Donnerstag Nachmittag, dem 10. Mai dieses Jahres. Da beide Ladungen an die Adresse der Industriellenvereinigung zugestellt wurden, scheint es mir zunächst an dieser Stelle hilfreich zu sein, das Thema der dienstrechtlichen Affiliation meiner Person zu klären.

Außer meinen Aufgaben bei der Industriellenvereinigung als Chefökonom dort, fungiere ich als Geschäftsführer von Sports Econ Austria, einem gemeinnützigen Verein, sowie als Geschäftsführer des ESCE Economic and Social Research Center in Eisenstadt - Wien. Es ist die letztgenannte Institution, also das ESCE, nicht hingegen die Industriellenvereinigung, als deren Vertreter ich in der Plattform des BMWA präsent bin, und es wird wohl diese Funktion und diese Präsenz sein, die Sie bewogen hat mich als Auskunftsperson in diesen Untersuchungsausschuss zu laden.

Dementsprechend bitte ich darum, allfällige weitere Ladungen auch an die Adresse des ESCS und nicht an die Adresse der Industriellenvereinigung adäquater Weise zuzustellen. Danke.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Danke, Herr Doktor.

Wir kommen damit zur nächsten Fragerunde. Es beginnt die Grüne Fraktion. Bitte, Kollege Kogler.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Dr. Helmenstein! Das muss man einmal genau erklären. Es geht uns in erster Linie um die so genannte Plattform Gegengeschäfte. Sind Sie dort Vertreter der Industriellenvereinigung oder nicht? Oder waren Sie es zeitweise?

Dr. Christian Helmenstein: Ich sitze in der Plattform Gegengeschäfte beim BMWA auf einem, wie ich es nennen würde akademischen Ticket, und zwar einem Ticket, welches aus der Zeit meiner Abteilungsleiterschaft im Institut für Höhere Studien herrührt. Es gibt drei akademische Institutionen in der Plattform, nämlich Wirtschaftsforschungsinstitut, WU Wien und IHS. Die drei Institutionen mit Ausnahme der WU nehmen dieses Ticket wohl nicht regelmäßig wahr und ich nehme also das Ticket des IHS weiterhin wahr. Das ESCE war einmal die Niederlassung des IHS in Eisenstadt im Burgenland, und insofern gehörte das ESCE zur IHS-Gruppe dazu. Insofern ist das also nach wie vor ein IHS -Ticket oder ein akademisches Ticket.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wunderbar, akademisch oder nicht, wir müssen Sie ohnehin zu Ihren Wahrnehmungen in der Plattform befragen.

Dazu ein Erstes: Als im Herbst 2004 das erste Mal die Liste der Gegengeschäfte vom Wirtschaftsministerium, der Plattform übermittelt wurde, geht aus dem Protokoll vom 30.9.2004 hervor, dass offensichtlich eine selbstreflexive Debatte eingesetzt hat.

Zu TOP 4: Das BMWA hat den Mitgliedern der Plattform die Aufstellung und so weiter übermittelt. Vor der Behandlung der einzelnen Geschäftsfälle entwickelte sich eine kurze Diskussion über den tatsächlichen Arbeitsauftrag an die Plattform. Haben Sie diese Diskussion in Erinnerung?

Dr. Christian Helmenstein: Diese ganz konkrete Diskussion nicht, aber in der Tat hat es immer wieder Diskussionen über den Arbeitsauftrag gegeben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich spreche jetzt immer nur für die Zeit der konkreten Einzelfallsbewertung in der Plattformgeschichte und nicht über jene, wo die Angebotseinholung respektive die Angebote bewertet wurden, also die konkret eintrudelnden Gegengeschäfte. Wie haben die einzelnen Vertreter in der Plattform die Rolle der Plattformgegengeschäfte betrachtet? Was können Sie uns da erzählen?

Dr. Christian Helmenstein: Ich vermag nur über meine eigene Rolle in der Plattform Auskunft zu geben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Auch das wäre eine Hilfe, wenn Sie einmal über Ihr eigenes Verständnis referieren.

Dr. Christian Helmenstein: Nach meinem Verständnis ist die Plattform ein beratendes Gremium für das Bundeswirtschaftsministerium, insbesondere wenn es um komplexe, anspruchsvolle, schwierige Gegengeschäftsvorfälle geht, die die Einbringung volkswirtschaftlichen Know-hows, aber genauso auch betriebswirtschaftliches und juristisches Know-how erfordern. In genau dieser Form bringen sich die Plattformmitglieder ein. Meine persönliche Rolle bezieht sich dann auf das volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Know-how, nicht auf das juristische.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie trotzdem Wahrnehmungen über die Haltung und die Einschätzung anderer Plattformmitglieder zum Selbstverständnis dieser Plattform, weil es ist einzige Mal, dass sich dieser Hinweis findet, dass es mitten im konkreten Arbeiten eine Debatte über das Selbstverständnis des Gremiums gibt. Das ist natürlich für uns interessant, wieso es ständig dazu kommt.

Dr. Christian Helmenstein: Einen Anhaltspunkt, denke ich, gibt der Rechnungshofbericht. Denn der Rechnungshofbericht listet ja expressis verbis verschiedene Kriterien auf. Sachliche Entsprechung, zeitliche Entsprechung et cetera. Und als ich eben sagte, dass häufiger über das Selbstverständnis der Plattform diskutiert worden ist, da hat man sich im Prinzip immer genau über die Kriterien, die der Rechnungshofbericht in seinem Bericht auflistet, unterhalten. Über die Arbeitsteilung, dass die Plattform nicht die sachliche Entsprechung prüft, dass die Plattform nicht die zeitliche Entsprechung prüft, dass die Plattform nicht die Additionalität prüft.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Der Reihe nach. Die Kriterien ergeben sich im übrigen aus dem Gegengeschäftsvertrag mit der verpflichteten Eurofighter GmbH selbst. Ich darf eine Frage dazwischen einschieben. Ist der Plattform jemals der gesamte Gegengeschäftsvertrag vorgelegen?

Dr. Christian Helmenstein: Das vermag ich nicht zu beantworten, weil ich in der ersten oder den ersten Plattformsitzungen noch nicht präsent war. Ich weiß also nicht, wie viele Sitzungen es vor meiner Erstpräsenz gegeben hat. Seitdem ich in der Plattform war ist er mir nie vorgelegt worden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie kennen ihn auch nicht vollumfänglich?

Dr. Christian Helmenstein: So ist es. Ich kenne ihn nicht vollumfänglich.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie kennen ihn nicht. Da sind diese Kriterien natürlich auch aufgeführt, richtig ist, dass der Rechnungshof sich dann damit beschäftigt hat. Der Rechnungshof sagt allerdings auch noch ganz etwas Anderes. Ich möchte Ihnen das zur Kenntnis bringen.

Zur Plattform, in seinem Bericht 2006, wo er die Erhebungen 2005 gemacht hat und ganz offensichtlich auch Plattformmitglieder befragt hat. Der Rechnungshof hält fest: „Die im Rahmen der Typenentscheidung über die Abfangjäger 2002 eingerichtete Plattform war zunächst nur beratend tätig, in der Folge wurde aber auch in der Bewertung der Gegengeschäfte die Plattform einbezogen. Dies führte zu einer Aufgabenverteilung, die mit zeitlichen und organisatorischen Problemen verbunden war.“ Das ist es aber nicht, was mir wesentlich ist, sondern – es kommt jetzt – faktisch kam es zu einer Auslagerung der Entscheidungsfindung, denn das BMWA blieb formal für die Überprüfung, also formal und sogar die Anrechnung zuständig und übernahm die von der Plattform vorgezeichneten Entscheidungen. Welche Entscheidungen haben Sie vorgezeichnet?

Dr. Christian Helmenstein: Da vermag ich den Ausführungen des Rechnungshofes nicht zu folgen, nicht in diesem Punkt. In den anderen Punkten auch nicht. Es bleibt dabei, zumindest was meine persönliche Rolle in der Plattform anbetrifft. Ich verstehe mich als ein Berater des Bundeswirtschaftsministeriums im Rahmen dieser Plattform. Sprich, wenn Rechnungen durchgeführt werden, werden die als Bewertungsvorschlag an die Plattform herangetragen und selbstverständlich nach Diskussion in der Plattform nach meinem Verständnis auch lediglich als Bewertungsvorschlag der Plattform im BMWA unsererseits vorgetragen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das deckt sich jedenfalls auch mit meinem Verständnis. Nachdem ich aber vom Rechnungshof nicht a priori die Meinung habe, dass die irgendwas zu Papier bringen, möchte ich Sie in diesem Zusammenhang etwas anderes fragen. Sind Sie vom Rechnungshof, in dem Fall im Jahr 2005, kontaktiert und befragt worden.

Dr. Christian Helmenstein: Ja, so ist es.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Was war hier die Themenstellung?

Dr. Christian Helmenstein: Sehr umfangreich. Es war ein mehrstündiges Gespräch, insbesondere ... das durfte zwei Drittel bis drei Viertel, wenn nicht vier Fünftel der Zeit in Anspruch genommen haben, die Darlegung der Erklärungsmethodik, wenn ich eben sagte, dass ich auch in anderen Punkten den Ausführungen des Rechnungshofes nicht zu folgen vermag, dann insbesondere, was die konkreten Ausführungen zum Bewertungsmodell betrifft.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut. Haben Sie innerhalb der Plattform-Diskussionen, dort sitzen auch Vertreter des Wirtschaftsministeriums, den Eindruck gewonnen oder eine Wahrnehmung darüber, dass das Wirtschaftsministerium selber eine Darstellung forciert hat, dass die Plattform eigentlich ein De-facto-Entscheidungsorgan ist, so wie es der Rechnungshof hier ausführt, weil irgendwo muss er das ja herhaben. Wie hat sich die Vertretung des Wirtschaftsministeriums in diesen Fragen geäußert? Wissen Sie da was?

Dr. Christian Helmenstein: Nein, ich vermag Ihnen da nicht weiterzuhelfen. Ich habe keine Wahrnehmung, weder in der einen noch anderen Form.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Keine Wahrnehmung. Wir werden die Vertreter des Wirtschaftsministeriums fragen müssen, wieso der Rechnungshof auf solche Ideen verfällt.

Wir kommen zu einem weiteren Bereich jetzt aus der unmittelbaren Plattformarbeit. Die Problematiken, die mit Gegengeschäften volkswirtschaftlichen und theoretisch betrachtet verbunden sind, sind Ihnen vertraut. Sie kennen die Literatur. Ich will aber nur in die praktischen Fälle einsteigen. Ich unterstelle einmal, dass Sie bestätigen, dass die Auskunftsperson vorher gesagt hat und ich frage Sie auch noch, dass die Mitteilungen über einzelne Gegengeschäfte, die Sie listenweise übermittelt bekommen haben, im Wesentlichen beinhalten, die gegengeschäftsprofitierende Firma hierzulande oder jedenfalls die Firma, die die Wertschöpfung lukriert für den heimischen Standort, die Angaben über die zeitlichen Abfolgen und was den Vertragsgegenstand betrifft, in Stichworten. Diese Angaben sind uns aus den Unterlagen vertraut. Wie ist jetzt die Frage, wie können Sie als Plattform, wenn Sie hier die Problematiken im Einzelfall und im Konkreten diskutieren, erkennen, ob das Kriterium der Sachlichkeit, im Sinne von Ursächlichkeit des Gegengeschäfts zutrifft mit den Informationen, die Sie vom BMWA bekommen. Wie hat sich das abgespielt?

Dr. Christian Helmenstein: Zwei Gedanken dazu: Der erste Gedanke ist, ich sagte es eben schon, die Prüfung der Kriterien, Sachlichkeit, zeitliche Entsprechung, Zusätzlichkeit, liegt nach meinem Verständnis beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. Das prüfen nicht die Plattform-Mitglieder.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut.

Dr. Christian Helmenstein: Darf ich fortfahren. Zweiter Gedanke, ich glaube, da ist eine Präzisierung der Aussage des Vorredners erforderlich, wenn das die Gesamtaussage war, die Sie eben zitiert haben, denn es gibt natürlich zu den komplexeren Bewertungsvorfällen ein sehr umfangreiches Material.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Bleiben wir bei der Aussage eins: Wenn die Gesamtliste übermittelt wird, die zunächst dem BMWA mit jedem 31.5. wiederum zu übermitteln ist seitens der verpflichteten Eurofighter GesmbH, dann bekommt diese Liste auch die Plattform und das sind eine Reihe von Geschäften, sozusagen stichwortartig beschrieben. Hier ordne ich Ihre Aussage jetzt zu, dass die Kriterien der Sachlichkeit gar nicht von der Plattform geprüft werden, wohl aber sagen Sie, dass in einzelnen ausgewählten komplexeren Fällen die Plattform diskutiert. Ist das so?

Dr. Christian Helmenstein: Ja, und das Kriterium der Sachlichkeit braucht vielleicht noch eine Qualifizierung. Bei dem Kriterium der zeitlichen Entsprechung ist es einfach, da fällt es in den Erfüllungszeitraum oder nicht, das wird eben natürlich auch nicht von uns geprüft. Bei bestimmten Projekten liegt schon die Projektbezeichnung nahe, dass ein Diskussionsbedarf im Bezug auf die sachliche Entsprechung bestehen könnte, und in diesem Fall wird typischerweise von unserer Seite nachgefragt, wo uns da auffällt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das war offensichtlich immer wieder mit Schwierigkeiten verbunden, die Arbeit der Bewertung. Ich halte Ihnen vor ein Schreiben des Professors Krammer. Herr Professor Krammer war bis 2004 Mitglied in der Plattform. Können Sie das bestätigen.

Dr. Christian Helmenstein: Nein, das vermag ich so nicht zu bestätigen. Ich habe meiner Erinnerung nach Professor Krammer entweder überhaupt nicht oder maximal einmal in einer Plattformsitzung, in der ich auch anwesend gewesen wäre, erlebt. Wenn das eine juristisch belastbare Aussage sein soll, maximal zweimal, aber nach meiner Erinnerung eigentlich höchstens einmal.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es gibt ein Schreiben des Professors Krammer an das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit vom 22. März 2004. Ich versichere mich nur, waren Sie da selbst schon Plattformmitglied?

Dr. Christian Helmenstein: Das vermag ich ad hoc nicht zu beantworten. Aber da in der Plattform jedes Mal eine Anwesenheitsliste zu unterzeichnen ist, wird das einfach eruiert sein, ob es da eine zeitliche Überschneidung gibt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut. Wir werden die Frage so formulieren, dass Sie einen Beitrag leisten können. Professor Krammer schreibt an den Sektionschef – wohl Meier, genau – Mag. Josef Meier unter anderem, er scheidet aus und begründet, dass das jetzt nicht nur mit der, wie er sich ausdrückt, der Konkurrenz mit anderen dringenden Aufgaben sieht, sondern auch darin, dass die Beurteilung konkreter Gegengeschäftsangebote in der praktizierten Form, nämlich der in der Plattform, in der praktizierten Form aus Sicht der wissenschaftlichen Wirtschaftsforschung ausgeschlossen erscheint. Ausgeschlossen erscheint. Haben Sie eine Wahrnehmung zu diesem Ausscheiden und zu dieser Haltung des Professor Krammer?

Dr. Christian Helmenstein: Nun das würde kongruieren mit meiner Wahrnehmung, dass wir wohl einander höchstens ein einziges Mal bei der Plattform gesehen haben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber es hätte ja sein können, und das ist auch die nächste Frage, dass in der Plattform das diskutiert wird. Ich meine, der Professor Krammer muss ich Ihnen nicht in Erinnerung rufen, war zu der Zeit immerhin noch Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts und scheidet aus mit der Behauptung, dass man so nicht arbeiten kann, um es abzukürzen. Gleichzeitig wird Professor Krammer dauernd auch im Emblem geführt, wenn es darum geht, wie toll die Gegengeschäfte, erstens, nicht nur sind, sondern dass sie dieses Mal, nämlich im Fall Eurofighter ganz genau kontrolliert werden und dass auch die Plattform einen wesentlichen Anteil an Kontrolle und Transparenz ausüben wird. Professor Krammer ist immer genannt worden als prominentes Mitglied, und der sagt jetzt, da ist es noch gar nicht einmal richtig losgegangen, im März 2004, das ist ihm jetzt aber suspekt, jedenfalls aus Sicht der wissenschaftlichen Wirtschaftsforschung scheint ihm das ausgeschlossen. Ist da nie darüber debattiert worden.

Dr. Christian Helmenstein: In meinem Beisein ist zu keinem Zeitpunkt darüber debattiert worden. Zumindest nicht in der großen Runde. Es ist mir nicht erinnerlich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollegin Fekter, bitte.

Abgeordnete Dr. Maria-Theresia Fekter (ÖVP): Herr Dr. Helmenstein, wie war denn diese, sage ich einmal, Besprechungs-, Bewertungsdiskussion in Hinblick auf die Einzelfälle oder auch auf die, sage ich einmal, ökonomische akademische Art und Weise, hat es da Präsentationen gegeben, hat es Berechnungen gegeben, wie ist man an diese Sacher herangegangen?

Dr. Christian Helmenstein: Durchaus aufwendig. Das Ganze hat ja eine Vorgeschichte: Es gibt ein Gutachten von Professor Klement, ich glaube aus dem Jahre 2002, welches ja bereits eine Bewertungsmethodologie vorschlug, und auf dieser aufbauend habe ich einen eigenen Bewertungsvorschlag entwickelt, wie man insbesondere technologieintensive oder humankapitalintensive Gegengeschäfte bewerten könnte. Ich bin seitens des BMWA und/oder, das vermag ich auch nicht mehr genau zu rekonstruieren, seitens des BMVIT mehrfach eingeladen worden, diese Überlegungen, wir haben das die inverse Pyramide genannt, zu präsentieren. Das ist auch erfolgt, bis es dann im Jahre 2004, 2005 müsste das gewesen sein, zu einer formellen Beauftragung gekommen ist von Foresee?, dem Institut von Professor

Klement, und ESCE ein Gutachten anzufertigen betreffend einen belastbaren und akademisch haltbaren Bewertungsansatz von humankapital- und technologieintensiven Gegengeschäften.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist dieses formelle Prüfverfahren für Gegengeschäfte, das also wissenschaftlichen Kriterien gerecht wird, bereits im Einsatz?

Dr. Christian Helmenstein: Das seinerzeit entwickelte und bewertete Verfahren? Das ist der Fall.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, hier ist man nicht nach Gutdünken und Meinung von Einzelpersonen und Bauchgefühl vorgegangen, sondern es wurde ein wissenschaftliches Modell entwickelt, das fokussiert war auf die technologische Intensität und die Humankapitalintensität, das heißt also, möglichst viel Technologietransfer und möglichst viel Arbeitsplätze in Österreich im Hinblick auf die Wertschöpfungskriterien. Kann man sich das so vorstellen?

Dr. Christian Helmenstein: Genau so ist es. Das war in der Tat eine interessante akademische Herausforderung und ich glaube, dass wir in Österreich ein Bewertungsverfahren heute implementiert haben, welches in Europa in dieser Form seinesgleichen sucht. Ich werde jederzeit bereit sein, täte ich natürlich nicht, weil das ja unter Vertrauensvorbehalt steht, aber ich würde jederzeit bereit sein, das auf volkswirtschaftlichen Konferenzen zu präsentieren, möchte vielleicht auch in dieser Rund anregen, ob man nicht einmal eine Konferenz zum Thema Bewertung von Gegengeschäften in Österreich am Standort Wien organisieren könnte, um zu zeigen, mit welchem Aufwand wir da eigentlich vorgehen, und das wir uns wirklich nicht technologisch verstecken brauchen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt also, man ist bei der Überprüfung der Gegengeschäfte durch die Plattform nicht nur traditionellerweise jetzt, sage ich einmal, im breiten Konsens vorgegangen, weil da ist ja eigentlich institutionell alles in dieser Plattform drin, was irgendwie auch nur annähernd mit den Wirtschaftsbereichen zu tun hat, also das Wirtschaftsministerium, Landesverteidigung, Finanzen, BMVIT, die Kammern, die Industriellenvereinigung, die Austrian Business Agency, der Technologie- und Forschungsrat, die WU, dann das Wirtschaftsforschungsinstitut und das Institut für Höhere Studien, das heißt, Wissenschaft, Interessensvertretung und Bürokratie war da drin vertreten mit ihrem Know-how und gleichzeitig hat man ein formalisiertes Verfahren entwickelt. Also, wenn Sie jetzt sagen, inverse Pyramide, was muss man sich darunter vorstellen?

Weil eine Pyramide ist dann ... müsste das so sein oder nicht?

Dr. Christian Helmenstein: Ja, das will ich gerne erklären. Sie steht also sozusagen auf der Spitze, und das hängt damit zusammen, dass wir auf der ersten Ebene, sozusagen im Spitzendreieck, zunächst einmal das betriebswirtschaftliche Kostenkorsett dokumentieren. Wir sprechen jetzt wohl gemerkt nicht über 0815-Gegengeschäfte des klassischen Count of Purchase, da gibt es ja die klassische 1:1-Anrechnung des Umsatzes, wir sprechen über komplexe, hybride Gegengeschäftsvorfälle. Das heißt, dort wird zunächst das betriebswirtschaftliche Kostenkorsett identifiziert, ein Mengengerüst, damit das auch ganz, das Ganze auch intersubjektiv nachvollziehbar ist, und dieses Mengengerüst wird quantitativ bewertet, auf diese Weise kommen wir zu einer Aussage, welche betriebswirtschaftlichen Werteverzehr sind angefallen. Dann gehen wir eine Ebene höher, da wird es dann schon breiter. Wir fragen als nächstes dieses betriebswirtschaftliche Kostenkorsett oder der betriebswirtschaftliche Werteverzehr, welchen Wertschöpfungsimpact hat der in Österreich ausgelöst. Ich betone ausdrücklich, in Österreich ausgelöst. Wenn etwa

über bestimmte Leistungen ausländische Fluglinien in Anspruch genommen worden sind, ist das keine Wertschöpfung in Österreich, wird also auf der volkswirtschaftlichen Ebene ausgeschlossen von einer Bewertung.

Das heißt, wir bewerten auf der volkswirtschaftlichen Ebene zum Einen die Schiene der sogenannten Input-Additionalität, inwieweit ist also bei diesem konkreten Bewertungsvorfall der betriebswirtschaftliche Werteverzehr seitens des Gegengeschäftsverpflichteten kausal ursächlich dafür, dass in Österreich weitere F- und E-Mittel mobilisiert werden konnten, und zwar wohl gemerkt nicht F- und E-Mittel der öffentlichen Hand, denn diese werden wieder in Abzug gebracht, sondern private F- und E-Mittel oder auch Mittel der Europäischen Union. Das ist die sogenannte Input-Additionalitätskomponente, und daneben, parallel dazu, wird auf der volkswirtschaftlichen ... ebenfalls berechnet die sogenannte, das sogenannte Input-Output-Modell, die Input-Output-Komponente bildet ab, zusätzlich zu den direkten Effekten in Österreich, welche indirekten und induzierten Effekte in Österreich noch anfallen. Das klingt sehr komplex, wenn Sie mögen, kann ich Ihnen das in einer Grafik hier aushändigen, dass Sie vielleicht die Komplexität besser nachvollziehen können.

Das heißt, Input...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, Sie haben eine mit, diese können wir kopieren und Sie können sie dem Vorsitzenden geben und wir haben sie beim Protokoll, das wäre sehr hilfreich. Also, das können wir...

Dr. Christian Helmenstein: Also, nicht spezifisch jetzt auf das Modell habe ich das dabei, sondern nur das, was ich jetzt erkläre in Bezug auf Input-Output-Modell, das habe ich schematisch abgebildet in einem anderen Kontext jüngst, weil man das auch in einem anderen Kontext benutzt, sodass nachvollziehbar ist, wie da eigentlich vorgegangen wird, also die Unterscheidung in direkte, indirekte und induzierte Effekte.

Also Input-Additionalität plus Input-Output-Komponente, das zusammen ergibt den volkswirtschaftlichen Effekt im Inland, wohl gemerkt. Und dann gibt es eine dritte Ebene, das ist eine verhandlungstheoretische Lösung: Die Republik hat bestimmte technologiepolitische, bildungspolitische Interessen, klarerweise auch regionalpolitische Entwicklungsinteressen, die es expressis verbis ja noch zu berücksichtigen gilt, und das wirft, in das Modell hereingenommen, über ein Bewertungs- oder Indikatorenschema, welches der EAP-Form beziehungsweise die FFG auch in der Bewertung von technologieintensiven Projekten verwendet, und das wird gematcht in einem, wie gesagt, verhandlungstheoretischen Ansatz mit der Perspektive des jeweiligen Gegengeschäftsverpflichteten, welcher Erträge, prospektiven Erträge, der Gegengeschäftsverpflichtete aus einem komplexen Gegengeschäft erwarten würde, um dieses spezifische Projekt noch in Österreich durchzuführen, um das konkreter zu machen: Bei einem klassischen Counter-Purchase ist es so, dass für den Gegengeschäftsverpflichteten völlig klar ist, worin sein Ertrag besteht, nämlich er bekommt eben eine Lieferung oder eine Leistung. Bei einem Technologietransfer ist das ja nicht mehr so klar, worin eigentlich sein Ertrag besteht, denn der Technologietransfer ist zunächst einmal ein Abfluss von Wert nach Österreich. Also ist natürlich die Frage dann, aus der Perspektive des Gegengeschäftsverpflichteten: Wie kann der Gegengeschäftsverpflichtete noch einen Ertrag darstellen, und wenn eben kein Ertrag dargestellt werden kann, dann ist nur noch der Credit, der Anrechnungs-Credit, der potenzielle, erwartete Ertrag des Gegengeschäftes verpflichtet. Dementsprechend erweisen sich, das haben wir auch in unserem Gutachten ja klar formuliert, Bildungsprojekte als am teuersten, teuer im Sinne, dass der Credit, den die Republik anbieten muss, im Falle von Bildungsprojekten besonders hoch sein muss, denn der Gegengeschäftsverpflichtete bekommt ja keinen unmittelbaren Return aus einem Bildungsprojekt in Österreich,

während er eben bei einem klassischen Counter-Purchase eine Lieferung und Leistung bekommt, und dazwischen liegen typischerweise die technologieintensiven Gegengeschäfte, die sind nicht so teuer wie Bildungsprojekte, aber teurer als klassische Counter-Purchase-Geschäfte, weil da auch typischerweise eben ein Technologietransfer, Technologieabfluss nach Österreich erfolgt und möglicherweise, das ist gut im Bericht des BOC im Report to Congress nachlesbar, dass möglicherweise ja im begünstigten Land, in diesem Fall Österreich, eine Konkurrenzindustrie entsteht, die dem Gegengeschäftsverpflichteten eines Tages Konkurrenz macht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Also, Herr, sind Sie Professor? Herr Professor oder Herr Doktor. Sie haben jetzt mit Ihren Ausführungen, ich hoffe die meisten sind Ihnen gefolgt, zwei ganz wesentliche Dinge beantwortet, die bisher den ganzen Tag uns schon geschäftigen, nämlich das erste was der Kollege Kogler ausgeführt hat, wie kann man den Nutzen eines Gegengeschäftes noch als solchen bezeichnen wenn da eine lange Kette und womöglich nicht nur direkt, sondern unter Umständen mit einer Zeitverzögerung Gegengeschäfte angerechnet werden. Das heißt im Hinblick auf den volkswirtschaftlichen Input oder auf diese Technologieintensität, Humankapitalintensität, im Hinblick auf die volkswirtschaftliche Wertschöpfung und um das geht es ja bei den Gegengeschäften können Sie mit Ihrem Modell auch so komplexe Zusammenhänge noch berechnen. Ist es anrechenbar oder nicht. Habe ich das richtig verstanden?

Dr. Christian Helmenstein: Genau für diesen Fall ist das Modell entwickelt worden, denn für den klassischen counter-purchase Fall braucht man kein Modell, es sei denn man würde bei zukünftigen Beschaffungen, das vielleicht als Nebenbemerkung bei zukünftigen Beschaffungsvorgängen auch abstellen wollen auf die Wertschöpfung im Lande. Im Moment wird überall weltweit immer auf den Umsatz abgestellt, aber vielleicht möchte man bei zukünftigen Gegengeschäftsprogrammen in Österreich auf die Wertschöpfung abstellen.

...? Und den zweiten Problemfall, den wir heute auch schon ziemlich intensiv zelebriert haben. Wie kann es sein, dass Joanneum als Bildungseinrichtung sozusagen Gegengeschäftsmäßig anerkannt wird, noch dazu in einem hohen Bereich, vielleicht könne Sie Bildungseinrichtung als Gegengeschäft mit Technologietransfer durch Professoren, wie immer, noch einmal erläutern, damit wir als Laien uns das besser vorstellen können. Weil ich bin erst jetzt durch ihr Modell eigentlich auch schlauer geworden, warum wir in unserer schlichten Denkungsweise vorher. Warum ich mit meiner schlichten Denkungsweise es sozusagen im Hinblick auf die Bildungseinrichtung als Gegengeschäft es nicht so gut bewerten habe können, als ich es jetzt mit ihrem Modell bewerten kann. Können Sie uns das am Beispiel Joanneum Fachhochschule erläutern?

Dr. Christian Helmenstein: Das würde ich im Prinzip ja sehr gerne tun. Es wäre natürlich sehr hilfreich gewesen, wenn ich das vorher bei der Ladung gewusst hätte, hätte ich den konkreten Bewertungsvorfall mitgebracht. Aber ich werde es gerne skizzenhaft probieren. Es wäre vorteilhaft gewesen, das jetzt anhand des ganz konkreten Bewertungsvorfalles zu tun. Vielleicht ist das aber eine gute Gelegenheit noch darauf aufmerksam zu machen, jeder Bewertungsvorfall der sich auf die Technologie- oder Bildungsintensiven Gegengeschäfte bezieht, bekommt eine separate Bewertungsdokumentation anbei. Das heißt aus dieser separaten Bewertungsdokumentation heraus, kann man auch ex post jeden einzelnen Bewertungsschritt nachvollziehen. Ich bräuchte im Prinzip jetzt für den Bewertungsvorfall Joanneum Research die Bewertungsunterlage, die ich seinerseits selber produziert habe um das wirklich detailliert zu tun. Aber ich will es jetzt aus dem

Handgelenk versuchen. Also wie ich eben sagte, wir haben es mit drei Ebenen zu tun. Zunächst gilt es auf der ersten Ebene den betriebswirtschaftlichen Werteverzehr zu identifizieren und zu bewerten. Im Falle von Joanneum soweit ich mich entsinne, wir sprechen ja über einen Vorgang aus dem Jahr 2003 oder 2004, ging es unter anderem, das war ja auch ein Bündelprojekt um Lehrleistungen. Diese Lehrleistungen sind von uns entgegen den Bewertungsvorstellungen, entgegen den Bewertungsvorstellungen des Gegengeschäftsverpflichteten, nicht als summarischer Wert in die Berechnung übernommen worden, sondern wir haben nach der Stundenzahl konkret gefragt. Wie viele Stunden Lehrleistungen sind vor Ort in der Institution geleistet worden. Wir haben diese Stundenleistung in Beziehung gesetzt zu der Stundenleistung eines vollentwickelten Lehrstuhles. Da hatten wir in dem seinerzeitigen Zeitraum, das Glück, das wir alternative Etablierungen von Stiftungslehrstühlen heranziehen konnten. In Kärnten sind nämlich in diesem Zeitfenster wenn ich das richtig in Erinnerung habe drei oder vier Stiftungslehrstühle eingerichtet worden. Durch das Universitätsorganisationsgesetz seinerzeit, gab es glaube ich auch, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, bestimmte Leitlinien über welchen Kostenrahmen man bei Stiftungslehrstühlen sprechen kann. Und wir haben also diese Kostenrahmen herangezogen um die Lehrleistung die der Gegengeschäftsverpflichtete vor Ort gebracht hat, in Beziehung zu setzen, zu dem Leistungsvolumen was ein Stiftungslehrstuhl erbringen müsste. Und da kommt ein Prozentsatz heraus, an den ich mich jetzt nicht erinnern kann, aber das kann man unmittelbar aus dem Bewertungsheft entnehmen. Wenn ich mich dann recht entsinne, gab es eine intensive Diskussion in der Plattform darüber, ob die Aktivitäten vor Ort vergleichbar wären, einem Stiftungslehrstuhl im Bereich der Ökonomie, oder ob sie nicht eher vergleichbar wären den Aktivitäten eines Lehrstuhls im Bereich technische Wissenschaften. Wenn das so wäre, das müsste man, das haben wir über Recherchen von Professor Moser WU Wien, dann herausgefunden, wohl einen Aufwertungsfaktor von 2,09 anwenden, für das technische. Nein Ökonomie ist weniger aufwendig, es geht nicht um Wert, ist weniger aufwendig auf der Inputseite einfach deswegen, weil sie da keine Laborausstattung benötigen. Sie benötigen allenfalls Computer und die Software die darauf läuft. Das heißt also wir haben, wenn ich das recht erinnere, den Aufwertungsfaktor von 2,09 in Anwendung gebracht. Und dann gibt es eine ganze weitere Liste weiterer Kriterien, die entweder so oder so entschieden worden sind, ob das hier anzurechnen ist oder nicht anzurechnen ist, und dann kommt jedenfalls ein Prozentsatz heraus, den die Lehrleistung des Gegengeschäfts Verpflichteten ausmacht relativ zur Gesamtleistung. Und da wir ja den Wert eines Stiftungslehrstuhls quantitativ in Eurogrößen kanten, ergibt sich dadurch durch einfaches Ausmultiplizieren Leistung multipliziert mit dem Wert eines Stiftungslehrstuhls oder den Kosten eines Stiftungslehrstuhls ein Werteverzehr auf der ersten betriebswirtschaftlichen Ebene. Dann da das ganze ja in Österreich stattfindet und nicht in München oder an einem anderen Standort werden natürlich Einkommen an diesem Lehrstuhl erzielt und insoweit diese Einkommen in Österreich erzielt werden und ausgabewirksam werden, sind sie aufzuwerten nach Maßgabe des Input-Output-Modelles insoweit dort qualifiziertes Humankapital geschaffen wird, ist auch die Möglichkeit gegeben, dass man EU-Projekte zusätzlich akquiriert, oder Projekte aus der Privatwirtschaft. All das ist abgefragt worden. Dadurch sind Multiplikatoren im Bereich der Input-Additionalität und des Input-Output-Modells ermittelt worden. Und das ist dann wieder ausmultipliziert worden, dann kam man zu einem zweiten Zwischenwert. Das war dann der Wert auf der Ebene Volkswirtschaft. Und dann war noch die Frage, die ich eben schon ausgeführt habe. Kann man EADS oder MTU oder wer auch immer der Gegengeschäftsverpflichtete war auf dieser Grundlage motivieren, diesen Lehrgang am Joanneum einzurichten, fortzuführen, wie auch immer.

....? Wer finanziert das?

Dr. Christian Helmenstein: Also nach meinem Kenntnisstand war das ja eine Lehrleistung die vom Personal der Gegengeschäftsverpflichteten erbracht wird.

....? Die Industrie und die Wirtschaft?

Dr. Christian Helmenstein: Nein, der Gegengeschäftsverpflichtete.

...? Na vielleicht kann er uns die Kausalität noch erzählen. Wir sind ja noch nicht ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Zeit ist schon vorbei. Aber vielleicht kann ich noch eine ergänzende Frage stellen. Wenn Sie solche Leo...?Matrizen entwickeln, den Wert welcher Ebene führen Sie dann ein in die endgültige Bewertung, also welchen Wert der Leon....Matrize verwenden Sie dann zur Bewertung des Gegengeschäftes?

Dr. Christian Helmenstein: Wir verwenden dann aus der jeweiligen Nace-Kategorie den adäquaten Multiplikator, also wenn es sich beispielsweise um eine Leistung handelt, die eher im Bereich Consulting angesiedelt ist, dann wird der Multiplikator verwendet, wenn es sich um eine Leistung im Bereich Forschung und Entwicklung handelt, der andere Multiplikator. Und es gibt auch weitere Multiplikatoren die eine Rolle spielen, wenn zum Beispiel Austrian Airlines Flüge entsprechend dokumentiert werden konnten, oder....

Obmann Dr. Peter Pilz: Das heißt, ist ja ganz einfach. Das heißt in die Anrechnung des Gegengeschäftes kommt bereits das Grundgeschäft multipliziert mit dem Wertschöpfungsmultiplikator ist das richtig.

Dr. Christian Helmenstein: Ja das Grundgeschäft nach Maßgabe der Ebene eins der betriebswirtschaftlichen Bewertung und dann multipliziert mit dem ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Aha, ja. Haben Sie irgendeine Ahnung, darüber ob das Grundgeschäft, nämlich der Eurofighter Kauf mit einem ähnlichen Wertschöpfungsmultiplikator versehen worden ist?

Dr. Christian Helmenstein: Ich vermag die Frage nicht nachzuvollziehen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Schauen Sie, wir haben an der Akademie der Wissenschaften vor etwa 20 Jahren mit Input-Output-Matrizen und mit Leonidow Matrizen gearbeitet. Das ist ja ein altbewährtes und altumstrittenes Verfahren. Weil es schlicht und einfach darum geht, welche Parameter Sie einsetzen, und welche Tabellen Sie verwenden.

Dr. Christian Helmenstein: Nein, das würde ich nicht als willkürlich darstellen ... das ist die Matrix der Statistik Austria.

Obmann Dr. Peter Pilz: Oh ja, weil ... Sie kennen die Diskussionen, die es da gibt. Aber mir geht es um etwas ganz anderes. Wenn Sie die Gesamtwertschöpfung darstellen, und das vergleichen wollen mit dem Grundgeschäft, wer hat den Versuch unternommen, im Grundgeschäft die Gesamtwertschöpfung darzustellen?

Dr. Christian Helmenstein: Also ich tu mir wirklich schwer, Ihre Frage zu beantworten. Das Grundgeschäft ist der Kauf der Eurofighter Ihrem Verständnis nach.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja.

Dr. Christian Helmenstein: Aber der Kauf der Eurofighter an sich generiert doch nun keine Wertschöpfungen in Österreich, sondern die Wertschöpfung, die wir zu bewerten haben, ist die Wertschöpfung der Gegengeschäfte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Schon. Aber mir geht es ja nur um eine ganz einfache Frage. Geht dann in die Berechnung der Prozentanteile, die dem Grundgeschäft gegenübergestellt wird, geht da die Bewertung der Wertschöpfung mit ein oder nicht? Ich meine, entweder man vergleicht zwei Geschäfte ohne Wertschöpfungsmultiplikator,

oder zwei Geschäfte mit Wertschöpfungsmultiplikator, und letzten Endes ist es im Vergleich der Wertschöpfungsketten vollkommen irrelevant, ob das nationale oder supernationale Wertschöpfungsketten sind. Das ist die eine Seite. Die zweite Seite ist, wenn es einen interessiert, zusätzlich, wie hoch die Wertschöpfung in Österreich ist, dann ist es auch nicht unspannend, die beiden Wertschöpfungspotentiale einander gegenüber zu stellen, weil man dann drittens über Alternativen reden kann, nämlich wie schaut eine Alternative aus, wenn man anstelle der Eurofighter ein Grundgeschäft mit primär österreichischer Wertschöpfung abwickelt und diese Alternative ist ja nie berechnet worden.

Dr. Christian Helmenstein: Okay, danke. Jetzt ist mir klar, auf was Sie abstellen. Auf eine völlig andere Mittelverwendung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, das war nur der Punkt 3. Im Gegensatz zur Kollegin Fekter, die sich da ja in die Akten ziemlich vertieft hat, habe ich mir das sicherlich nicht so genau angeschaut. Es ist wirklich nur eine Frage, die Sie wahrscheinlich leicht beantworten können. Okay, wenn Sie jetzt Wertschöpfungsketten für die so genannten Gegengeschäfte berechnen, was sagt Ihnen die Summe in Bezug auf das Gegengeschäftsvolumen? Das Gegengeschäftsvolumen kann ja nur die Summe der Grundgeschäfte sein.

Dr. Christian Helmenstein: Nein. Die Offset-Quoten international divergieren weit. Die reichen von Null bis zu sehr ambitionierten 345 Prozent.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich glaube, da reden wir jetzt etwas aneinander vorbei. Wir haben eine Quote von 250 Prozent, ich weiß es gar nicht. Wie viel sind es? In dem Fall 200 Prozent. Okay. Da werden einander gegenüber gestellt Grundgeschäfte ohne Bewertung der Wertschöpfungsketten. Ist das richtig?

Dr. Christian Helmenstein: Wobei ich nie in die Bewertung des Grundgeschäftes involviert war, sondern in die Bewertung der Gegengeschäfte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und welche Summe der Gegengeschäfte wird am Ende dem Grundgeschäft gegenüber gestellt? Eine bereits mit Wertschöpfungsketten bewertete Summe der Gegengeschäfte, oder eine reine Zahl der Gegengeschäftsgrundgeschäfte. Das ist mir nicht klar.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): ...Multiplikator bei Grundgeschäften musste ja abgezogen werden. Na, natürlich, weil das Multiplikatorgeschäft beim Grundgeschäft im Hinblick auf die Wertschöpfung, dass man in Zeltweg Arbeitsplätze hat, dass dort Wirtschaft wächst, das könnte man ja rein theoretisch beim Grundgeschäft abziehen, diesen Multiplikatoreffekt. Also er unterliegt ja da einem riesigen volkswirtschaftlichen Irrtum zu glauben, dass er das Grundgeschäft aufmultiplizieren muss, sondern ganz im Gegenteil, die Wertschöpfung, die uns durch den Kauf der Flieger in Zeltweg, in Österreich durch die Arbeitsplätze, durch das, was da passiert, an Multiplikatoreffekt passiert, das müsste man ja vom Kaufpreis abziehen, wenn er wirklich aufs Grundgeschäft gehen will, weil wir da ja eine Wertschöpfung allein durch den Kauf beim Grundgeschäft schon erzielen, die ja eine Wertschöpfung für Österreich hat. Also ich muss jetzt ganz ehrlich sagen, vertieft euch da nicht, sondern lasst den Herrn Professor reden, weil der erklärt uns das ordentlich.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich möchte mich da in die Professur jetzt nicht einmischen. Ich komme nachher auf diese Frage zurück, weil an und für sich ich nicht einmal zum fragen dran war.

Auf 200 Prozent, bei 200 Prozent. Kollege Kräuter bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte da ein bisschen fortsetzen, wo der Herr Professor begonnen hat und diesen fiktiven Wissenstransfer, das ist, wo er den Terminus dargestellt hat mit Multiplikatoren, Aufrechnungsfaktoren, Prozentsätzen und so weiter. Das Ergebnis waren ja dann 7,8 Millionen € für hundert Unterrichtsstunden, also satte 78 500 € für eine einzige Unterrichtsstunde. Herr Doktor, wissen Sie, wie das damals die Parteifreunde von Minister Bartenstein, die Steirische Wirtschaftslandesrätin, die damalige Frau Mag. Edlinger-Ploder kommentiert hat? Wissen Sie das noch?

Dr. Christian Helmenstein: Sie werden es mir sagen. Ich kann mich an nichts erinnern.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie hat gesagt, die im Wirtschaftsministerium machen einen Blödsinn nach dem anderen. Das war der Kommentar von der steirischen Parteifreundin vom Wirtschaftsminister.

Obmann Dr. Peter Pilz: Aber das ist nicht unsere Art, das zu kommentieren.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Natürlich nicht, um Gottes Willen! Das ist wirklich nicht meine Art. Aber ich möchte Sie jetzt fragen, war denn letztlich das Schicksal, weil das ist ja nicht dabei geblieben, diese 7,8 Millionen € sind ja letztendlich nicht anerkannt worden, die noch auf dieser Gegengeschäftsbestätigung übrigens aus dem Jahr 2004, das hat gestimmt, ausgewiesen sind.

Der Herr Dr. Lohberger hat gesagt, da hätte es zu diesem Fall ein Gutachten gegeben, entweder von einem Professor Moser oder von Ihnen. Das weiß ich jetzt nicht.

Also die Frage, um das noch einmal klar zu machen, was ist letztendlich anerkannt worden von diesem Wissenstransfer an die Fachhochschule Joanneum?

Dr. Christian Helmenstein: Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass ich Gelegenheit habe, das auszuführen, denn ich würde mich durchaus in nahezu rufschädigender Weise betroffen, wenn behauptet wird, und von Ihnen ist das behauptet worden, dass 7,85 Millionen € angerechnet worden wären. Angerechnet worden sind 1,382.183 €, wenn ich richtig informiert bin.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Danke. Und jetzt sind wir ja beim Kern meiner Frage. Wie kann es dazu kommen, dass in einer Gegengeschäftsbestätigung, ich kann Ihnen die gerne vorlegen, sich für etwas 7,8 Millionen € finden, die dann letztlich mit 1,3 Millionen enden?

Dr. Christian Helmenstein: Das unterstreicht die Seriosität und die Ernsthaftigkeit der Arbeit der Plattform und auch der jeweiligen Untergruppen, die sich dann mit den Bewertungen konkret beschäftigen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich werde das punktgenau, dafür ist heute nicht die Zeit, dokumentieren, dass diese Veränderungsarbeit und dieser Summe von Plattform und irgendwelchen Gruppen und Beiräten eingesetzt hat, nachdem das öffentlich bekannt geworden ist und ein entsprechender Skandal war, das haben praktisch alle österreichischen Medien aufgegriffen.

Ich möchte aber jetzt gleich zu einer anderen Frage kommen, und vollkommen in die Niederungen der Praxis, weg von der wissenschaftlichen Ebene. Wenn jemand Gegengeschäfte vermittelt, haben Sie da Wahrnehmungen, dass es dafür Provisionen zu lukrieren gibt? Ist Ihnen das einmal untergekommen, dass jemand, der ein Gegengeschäft vermittelt, dann einen Provisionsanspruch dadurch bekommt?

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: Also das ist zu unterscheiden zwischen zwei unterschiedlichen Vorgängen. Was die ganzen Vorgänge angeht wie sie in der Presse

diskutiert worden sind, das sind ja keine Vorgänge, mit denen die Plattform beim BMWA in irgendeiner Weise beschäftigt oder befasst ist. Wenn Sie hingegen darauf abstellen, dass Gegengeschäftsverpflichtete Geschäftsvorfelder einreichen zur Anrechnung, die man bei sorgfältiger volkswirtschaftlicher Analyse als Vermittlungsgeschäft kategorisieren könnte, dann gibt es solche Anrechnungsvorschläge oder Anrechnungsersuchen und dann gibt es dann typischerweise eine sehr intensive mitunter auch sehr kontroverse Diskussion in der Plattform unter den Mitgliedern wie der jeweilige Geschäftsvorgang zu behandeln ist.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich bringe Ihnen ein konkretes Beispiel, dann ist es, glaube ich klar, was ich meine. Mir schreibt da, ich kann Ihnen das auch gerne vorlegen. In meiner eigenen Sache, die Voest Alpine betreffend wurden mir von EADS drei Prozent Vermittlungshonorar nach Maßgabe der vom BMWA anerkannten Auftragssummen zugesagt.

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: Hat dieser Vorfall eine Nummer im Katalog des BMWA?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nein das ist eine Mitteilung an mich persönlich. Ich kann sie Ihnen gerne vorlegen. Würde aber ersuchen, dass man eben die Namen entsprechend vertraulich behandelt. Es gibt hier jemanden, der Name ist hier bekannt per E-Mail, der in seiner eigenen Sache die Voest Alpine betreffend hier ausführt, dass ihm von EADS drei Prozent Vermittlungshonorar zugesagt wurden. Ich wollte Sie nur fragen, ob Sie Wahrnehmungen haben, dass so etwas vorkommt oder üblich ist?

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: Das ist die genau die Kategorie, die ich eben ausgeschlossen habe. An einen solchen Vorgang kann ich mich nicht erinnern. Wie gesagt, es gibt bestimmte Geschäftsvorfälle, wo wir bei der Plattform mitunter den Eindruck haben, bei volkswirtschaftlicher Analyse wären sie zu kategorisieren als Vermittlungsgeschäft. Aber das setzt immer voraus, dass der Geschäftsvorfall ja längst eine Nummer hat und längst kategorisiert ist sonst würden wir ihn ja überhaupt nicht diskutiere.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja ich verstehe was Sie meinen. Das heißt, ich muss einfach Auskunftspersonen von EADS befragen, ob Provisionen zugesagt werden. Das können Sie von Ihrer Seite nicht beurteilen.

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: So ist es.

Eine vorletzte Angelegenheit. Die Kriterien der Anerkennung hat ja auch der Wirtschaftsminister in einer parlamentarischen Anfrage im Jahre 2003 ganz ganz klar definiert und hat gesagt, die einzelnen Geschäfte müssen dem Prinzip der Sachlichkeit, Zeitlichkeit, Zusätzlichkeit und inländischen Wertschöpfungen entsprechen, um als Gegengeschäfte anerkannt zu werden. Das ist, glaube ich, eigentlich eine sehr zulässige Interpretation von der Gesamtsituation.

Jetzt der große Fall von FACC. Es ist allgemein bekannt, dass das ein typisches SingleSourcing ist und dass 40 Tage vorm Stichtag die Entscheidung längst gefallen war. Das heißt, nach diesen Kriterien des Prinzips der Zeitlichkeit, wenn man das wirklich ernst nimmt, mittlerweile bestätigt Miteigentümer Androsch das, auch damals der Airbus-Manager Klöpfer hat klare Aussagen getroffen, ist ja FACC in Wahrheit nicht anrechenbar, weil das Geschäft dem Prinzip der Zeitlichkeit nicht entspricht. Da wollte ich Sie um Ihre Meinung fragen?

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: Ich habe ausgeführt, dass die zeitliche Entsprechung nicht von den Mitgliedern der Plattform geprüft wird, sondern vom

Bundesministerium geprüft wird. Zweitens zu dem Zeitpunkt als das relevante Geschäft realisiert worden ist, gehörte ich der Plattform noch gar nicht an denke ich.

A: Ich wollte hier einfach Ihre Meinung als kompetenten Sachverständigen in dieser Angelegenheit wissen, jetzt nicht aus der Perspektive der Plattform, ob, wenn eine Zusage 40 Tage vor dem Stichtag unter Dach und Fach ist und die Verträge unterzeichnet sind, ob das dem Prinzip der Zeitlichkeit entspricht?

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: Ja die Zeitlichkeit und deren Entsprechung bewerte ich nicht. Dafür bin ich nicht zuständig.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):

ohne Mikro

Xxxxxxxxxxxxxxxxxx??? Frau Fekter! Sie sind nicht gefragt in Wirklichkeit. Also Sie wollen keine Antwort geben. Ich kann es nicht anders interpretieren. Weil die Frage ist ja eigentlich sehr deutlich und sehr einfach.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):

ohne Mikro

xxxxxxxxxxxxxxxxx???? Ich frage nicht nach der Plattform. Wenn 40 Tage vor dem Stichtag ein Geschäft abgeschlossen wird, entspricht das dann dem Prinzip der Zeitlichkeit oder nicht?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die zeitliche Komponente hat die Plattform nicht geprüft hat uns jetzt die Auskunftsperson viermal hintereinander beantwortet.

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter! Wenn Sie Volksanwältin sind, kriegen Sie ein eigenes Spielmikrofon.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Lieber Kollege Kräuter! Fragen Sie nicht immer dasselbe.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie kriegen ein eigenes Spielmikrofon, aber jetzt der Kollege Kräuter noch am Wort.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):

Obmann Dr. Peter Pilz: Auf das zeitökonomische Vorgehen werde ich dadurch achten, dass ich darauf hinweise, dass wir spätestens um 18.20 Uhr im Sinne der Abgeordneten, die nicht zur Besprechung mit der Präsidentin mitgehen, Schluss machen wollen. Und deswegen bin ich dafür, dass wir jetzt keine zehnminütigen Beiträge mehr machen, sondern nur noch einzelne Fragen stellen, damit sich das alles mit der Zeit ausgeht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Kann man die Zeit, die die Frau Fekter

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Frau Fekter darf überhaupt nichts mehr sagen, weil Sie Zwischenrufe macht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich weiß nicht, ob ich die Frage noch einmal wiederholen muss?

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, Kollege Kräuter. Machen wir jetzt einfach weiter. Kollege Darmann. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Danke. Aus zeitökonomischen Gründen habe ich keine Fragen. Aber ich möchte den Vorsitzenden noch ersuchen darauf

einzuwirken, dass der Kollege Kräuter beim Zitat einer E-Mail auch dazu sagt von wem der die bekommen hat und nicht sagt, er möchte das vertraulich behandeln.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist ein guter Vorschlag. Kollege Kräuter! Wollen Sie das noch kurz sagen, damit das beim Protokoll ist?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Fürs Protokoll?

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das ist von einer Firma Eberhart Consulting.

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: Von welcher Person?

Obmann Dr. Peter Pilz: Von Herrn Consulting, die Firma heißt Eberhart.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Scherz ohne, bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das hat der Vorsitzende sehr richtig interpretiert. Von Herrn Friedrich Eberhart von der Eberhart Consulting ist diese Mailnachricht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP):

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: Danke schön.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gut danke. Das war von der Länge her wirklich vorbildlich. Kollege Stadler. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Doktor! Kennen Sie die Frau Mag. Keglevich.

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): War die Frau Mag. Keglevich in diesen Plattformsitzungen dabei?

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: Also da muss man ja aufpassen, da gibt es eine gewisse Begriffsverwirrung in der Öffentlichkeit. Nämlich nach meinem Kenntnisstand gibt es sehr wohl so etwas wie eine Technologieplattform, die beim BMVIT oder wo anders angesiedelt ist und es gibt eben die Plattform beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. Letzterer gehöre ich ja an. Und bei Letzterer war Frau Keglevich, wenn überhaupt in meinem Beisein lediglich ein oder zweimal eingeladen. Ich bin aber nicht mal sicher, ob sie überhaupt jemals da war. Denn ich bin mit Frau Keglevich zusammengetroffen bei Besprechungen im BMVIT. Also das muss nicht unbedingt eine reguläre Plattformsitzung gewesen sein. Jedenfalls war es so, dass Vertreter der Gegengeschäftsverpflichteten bei, denke ich, mindestens zwei Sitzungen anwesend waren. Und ob da Frau Keglevich dabei war, vermag ich nicht wirklich definitiv zu bestätigen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn wir davon ausgehen, dass die Frau Keglevich als Vertreterin der Gegengeschäftsverpflichteten teilgenommen hat, erinnern Sie sich noch, wie Sie sich ausgewiesen hat für Eurofighter oder für EADS?

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: Ich denke, das ist hier auch nie kommuniziert worden auch bei den Sitzungen im BMVIT nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie eine Erinnerung daran wie die Geschäfte jeweils referiert wurden? Ob sie als Darstellungen der Firma Eurofighter oder als Darstellung der Firma EADS kommuniziert wurden?

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: In diesem Punkt vermag ich nicht weiterzuhelfen. Mir ist jetzt aus der öffentlich-medialen Diskussion klar geworden, dass ich auch bei den eigenen Bewertungsvorgängen noch sehr präzise hinschreiben sollte, ob es sich um Eurofighter oder EADS-Vorgänge handelt, denn da war ich bisher möglicherweise selber ein wenig unpräzise, weil für mich EADS Eurofighter in der Wahrnehmung immer die eine Gruppe von Gegengeschäftsverpflichtete waren und BMA eine andere Gruppe und MTU eine dritte Gruppe war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Doktor! Das kann Ihnen niemand verübeln, weil die sind selber so auch aufgetreten, dass das in Wirklichkeit ein Synonym war. Entspricht das auch Ihrer Wahrnehmung, dass hier eine Differenzierung vorgenommen wurde?

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: Mir ist nie direkt kommuniziert worden, wir gehören zu EADS oder wir gehören zu Eurofighter. Sondern mir ist die betreffende Person namentlich vorgestellt worden und weitere Information eigentlich nicht gegeben worden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Welche betreffende Person meinen Sie jetzt?

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: Frau Keglevich zum Beispiel.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Frau Keglevich ja. Sind dort auch der Herr Stefan Moser einmal aufgetreten?

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Herr Stefan Moser hat sich dem Ministerium gegenüber mehrfach als EADS-Vertreter ausgewiesen. Haben Sie diesbezüglich eine Wahrnehmung?

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: Also ich vermag das eben auch nicht zu unterscheiden, ob das nun EADS oder Eurofighter gewesen wäre. Aber das ist genau die Gruppe Gegengeschäftsverpflichteter EADS in meiner Wahrnehmung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist auch die Franziska Olbrecht dort aufgetreten?

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut dann haben wir das auch beim Protokoll. Eine nächste Frage. Ist Ihnen aufgefallen, ob auch Sportförderung zu Gegengeschäften gerechnet wurden?

Dr. Christian Siegfried Helmenstein: Ad hoc vermag ich mich an keinen einzigen Vorgang zu erinnern, der einen unmittelbaren Sportförderungsbezug gehabt hätte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn ich Ihnen sage, dass massive Zahlungen in den letzten Tagen an SC Rapid bekannt wurden, ist das irgendwann einmal Thema gewesen im Beirat?

Dr. Christian Helmenstein: Nein, das habe ich als Neuigkeit den Medien entnommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war Ihnen vorher nicht bekannt.

Bei den Firmen, die Sie selbst haben, sind die in irgendeiner Weise mit den Gegengeschäften von Relevanz gewesen? Cognion zum Beispiel?

Dr. Christian Helmenstein: Die Firmengruppe beziehungsweise die Gruppe von Instituten, die ganze Forschungsgruppe ist natürlich hier Auftragnehmer gewesen, aber ausschließlich gegenüber dem BMWA und gegenüber dem BMFIT.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, nicht gegenüber der Gegengeschäftsverpflichteten Seite.

Dr. Christian Helmenstein: So ist es, und zwar in keinem einzigen Fall.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nur damit wir es festhalten, das gilt für Cognion genauso wie für Semper Capital?

Dr. Christian Helmenstein: Semper Capital gehört nicht zur Firmengruppe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha. Aber ist Semper Capital im Zusammenhang mit Gegengeschäftsverpflichteten einmal in Kontakt gestanden oder in wirtschaftlicher Beziehung gestanden?

Dr. Christian Helmenstein: In Semper Capital habe ich persönlich nie eine operative Funktion gehabt im Sinne Geschäftsführungsmandat oder so, also in diesem Sinne. Ich vermag das nicht zu sagen, ob der Geschäftsführer von Semper Capital in irgendeiner Weise einmal mit den betreffenden Unternehmen gesprochen hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber Sie waren Gesellschafter bei Semper Capital?

Dr. Christian Helmenstein: Sie sehen aber aus dem Firmenbuch-Auszug, dass das nur kurzzeitig der Fall war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schon, aber es hätte doch sein können, dass diese Firma mit der Gegengeschäftsverpflichteten Seite Geschäfte getätigt hat.

Dr. Christian Helmenstein: Es ist mir nichts bekannt dazu, aber noch einmal. Ich möchte ausdrücklich nicht ausschließen, dass mit den Gegengeschäftsverpflichteten Kontakt aufgenommen worden ist. Jedenfalls niemals von meiner Person.

Vielleicht noch ein Wort dazu was Semper Capital getan hat und wie die Dinge sich fortentwickelt haben. Semper Capital hat genau zwei Typen von Modellen entwickelt, nämlich Wechselkursmodelle und Optionspreismodelle, und die Cognion Forschungsgruppe hat das Wechselkursmodell von der Semper Capital übernommen. Was Semper Capital heute tut und ob es überhaupt noch existiert ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler(FPÖ): Eine letzte Frage. Sagt Ihnen die Initiative Sicherer Luftraum etwas?

Dr. Christian Helmenstein: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie sind ja Mitarbeiter der Industriellenvereinigung?

Dr. Christian Helmenstein: Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Diese Initiative wurde im Schoß der Industriellenvereinigung im Krupp Saal des Hauses der Industrie gegründet. Haben Sie eine Erinnerung daran?

Dr. Christian Helmenstein: Nein, wann soll das gewesen sein?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war interessanter Weise genau im Jahr 2002, zwei Monate vor der Typenentscheidung.

Dr. Christian Helmenstein: Nein, zu dem Zeitpunkt war ich noch gar nicht bei der Industriellenvereinigung. Da bin ich im September 2004 eingetreten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Erst im September 2004? Ist Ihnen der Herr Silvan Fügenschuh noch in Erinnerung?

Dr. Christian Helmenstein: Darf ich den Namen noch einmal hören?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Silvan Fügenschuh.

Dr. Christian Helmenstein: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben auch mit dem Herrn Steininger, nehme ich an, nie etwas zu tun gehabt?

Dr. Christian Helmenstein: Genau so ist es.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich frage Sie jetzt nur der Sicherheit halber ab, weil das lauter Vertreter waren, die bei dieser Veranstaltung im Krupp Saal des Hauses der Industrie dabei waren. Wolfgang Aldag?

Dr. Christian Helmenstein: Nein, ich hätte ihn heute zum ersten Mal getroffen hier bei dieser Befragung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hier haben Sie ihn getroffen?

Dr. Christian Helmenstein: Ich hätte ihn hier getroffen, wenn er wohl hier aufgetreten wäre.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ach so, Sie spekulieren, ob Sie ihn hätten erkennen können. Sie kennen ihn nicht, das schließe ich daraus.

Dr. Christian Helmenstein: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Den Herrn Brigadier Karl Gruber?

Dr. Christian Helmenstein: Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Den Herrn Erich Wolf?

Dr. Christian Helmenstein: Das ist der Airchief? Auch nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Kogler, bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Im Zuge dieser Firmen- und Namensabfragung Klaus Dieter Bergner?

Dr. Christian Helmenstein: Ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Den kennen Sie. Im Kontext mit EBD.

Dr. Christian Helmenstein: So ist es. Aber das hieß am Anfang nicht EBD.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, da haben Sie recht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie sagen wie das am Anfang geheißen hat?

Dr. Christian Helmenstein: Ich kann mich nicht erinnern wie das hieß.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wissen Sie wem die Firma EBD gehört?

Dr. Christian Helmenstein: Nein, ich habe keinerlei Informationen über die gesellschaftsrechtlichen Aspekte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): In dem Zusammenhang. Nachdem Sie Plattformmitglied sind. In welcher Weise gibt es hier eine Überschneidung oder Verflechtung in der Aufgabenstellung mit EBD? Wie treten die in Erscheinung? Wo haben Sie die wahrgenommen?

Dr. Christian Helmenstein: Ich überlege gerade, deswegen bedarf die Antwort einen Moment der Reflektion, ob das nicht wechselnde Besetzungen waren. Also, typischer Weise, wenn ich mich recht entsinne, waren die Termine im BMFIT, bei denen verschiedene Projekte von Seiten der Gegengeschäftsverpflichteten vorgestellt worden sind und von unserer Seite, damit meine ich Prof. Klement und mich, das

Bewertungsmodell in seinen groben Zügen geschildert worden ist, dass da Herr Dr. Bergner mit Frau Mag. Keglevich anwesend war. Hingegen bei den Besprechungen im BMWA wohl Herr Moser und Frau Olbrecht anwesend waren. Ich vermag mich nicht zu erinnern, ob bei den beiden Letztgenannten auch Dr. Bergner anwesend war.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Im BMFIT, Sie helfen und ohnehin weiter, ist eine andere Plattform offensichtlich angesiedelt, eine Plattform Technologie. Würden Sie die auch von der Namensgebung so umschreiben, weil die findet sich nicht eindeutig in den Akten, wenn man so will. Aber bei uns heißt das jetzt Plattform Technologie und Sie haben den Begriff auch verwendet.

Dr. Christian Helmenstein: Ich habe den Begriff, glaube ich, eben einmal so verwendet, weil das medial so kommuniziert wurde. Wo der herkommt vermag ich nicht zu sagen. Nach meinem Kenntnisstand ist das offensichtlich keine öffentlich institutionalisierte Plattform so wie die beim BMWA. Aber möglicher Weise irre ich mich da.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und wie ist der Herr Bergner bei dieser Gelegenheit dort aufgetreten beim BMFIT?

Dr. Christian Helmenstein: Das steht ja wohl hinter Ihrer Frage, ich vermag nicht zu beantworten, ob das unter dem Stichwort läuft, dass man Treffen der Plattform Technologie oder wie immer sie dann heißt beim BMFIT. Ich hatte immer nur eine Einladung des BMFIT dort zu erscheinen, und typischer Weise mir anzuhören, was an Technologieintensiven Gegengeschäften geplant war. Wie gesagt, ob das eine Veranstaltung war, die nachher dann als Sitzung der Plattform Technologie gelabelt worden ist, vermag ich nicht zu sagen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wie oft haben die Meetings stattgefunden, zu denen Sie eingeladen wurden?

Dr. Christian Helmenstein: Mindestens zweimal, eher dreimal unter Beisein von Dr. Bergner und Frau Keglevich.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die waren jedes Mal dabei, wenn Sie....

Dr. Christian Helmenstein: Nein, eben nicht, sondern es gab weitaus mehr Sitzungen, aber ich denke zwei- oder dreimal, das müsste hinkommen, dass dieses Zusammentreffen stattgefunden hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und die Einlader waren jeweils aus dem BMFIT.

Dr. Christian Helmenstein: So ist es.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und der Ort der Veranstaltung war auch das Ministerium.

Dr. Christian Helmenstein: So ist es.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ein Letztes: Die Industriellenvereinigung ist im Jahr 2004 jetzt nicht aus der Plattform, sondern aus der ARGE Offset, die in der Wirtschaftskammer angesiedelt ist, ausgetreten. Und hat das ausdrücklich registrieren lassen, dass sie nicht mehr Mitglied der ARGE Offset ist. Haben Sie dazu eine Wahrnehmung?

Dr. Christian Helmenstein: Nein, das war mir auch gar nicht bekannt bis dato.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, das war Ihnen gar nicht bekannt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollegin Fekter, bitte.'

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Der Ordnung halber für das Protokoll sei auch erwähnt, dass der Stichtag für die Gegengeschäfte, nämlich die Vertragswirksamkeit des Gegengeschäftsvertrages am 22. August 2003 war. Im Punkt 5,3,2 des Gegengeschäftsvertrages ist aber für die zeitliche Entsprechung eigens angeführt, dass darüber hinaus auch Geschäfte angerechnet werden, die vor dem Stichtag der Vertragswirksamkeit liegen, aber nach dem 2. Juli 2002. Und die FACC Geschäfte, die angerechnet worden sind, Herr Kollege Kräuter, lagen alle nach dem 2. Juli 2002. Das kann man entnehmen der aktualisierten Liste der Gegengeschäfte. Und jene Gegengeschäfte, die diesbezüglich vielleicht eingereicht aber nicht anerkannt worden sind, und das waren einige, die nicht anerkannt worden sind, unter anderem wegen der nicht zeitlichen Entsprechung.

Also, Herr Kollege Kräuter, wir als Oberösterreicher sind sehr froh, dass FACC investiert hat und dort eine Fülle von neuen Arbeitsplätzen geschaffen hat.

Danke sehr. Keine weiteren Fragen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Kräuter, bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte die Zeit noch gerne, vor allem die Frau Kollegin Fekter entwendet hat, noch nützen und möchte noch einmal auf das zurückkommen. Die Frage der Provisionen.

Ich frage Sie jetzt nicht als Mitglied der Plattform, sondern einfach als Auskunftsperson im Untersuchungsausschuss, der sehr intensiv mit der Gesamtsache befasst ist und ein ganz hohes Wissen und Insiderwissen hat. Können Sie ausschließen, dass von EADS über reine Vermittlerprovisionen, das heißt, EADS hat Eurofighter, macht Geschäfte mit VOEST Alpine oder FACC, dass da reine Vermittlungsprovisionen vereinbart wurden.

Dr. Christian Helmenstein: Das kann ich selbstverständlich nicht ausschließen, denn wie ... Verzeihung, ich weiß nicht mehr welcher Abgeordnetenkollege Ihrerseits das war, dargestellt worden ist. Ein erheblicher Anteil von Geschäftsvorfällen wird den Mitgliedern der Plattform summarisch präsentiert. Da haben wir nicht die nötigen ... Verzeihung ... da haben wir nicht die Detailinformationen, um so einen Vorgang überhaupt identifizieren zu können.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Man kann, und es ist lebensnahe im Wirtschaftsleben, dass es Vermittlungen gibt, und daher ist das aus Ihrer Sicht auf jeden Fall nicht auszuschließen, dass EADS in dem einen von mir geschilderten Fall drei Prozent Provision für die Vermittlung eines Gegengeschäftes vereinbart.

Dr. Christian Helmenstein: Ja, das ist nicht auszuschließen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Danke.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke auch. Gibt es noch weitere Fragen. Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann danke ich für das Kommen und für die Auskünfte und die Befragung ist geschlossen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gibt es noch irgendwas geschäftsordnungsmäßig zu behandeln. Dieses ist ganz offensichtlich nicht der Fall. Dann ist auch die Sitzung geschlossen. Danke sehr.

Schluss der Sitzung: 18.12 Uhr